DER EISENBAHNER

Zentralorgan

des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien, V/1, Bentgasse Nr. 5.

Redaktionschluss vier Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Auf jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährig Kr. 2.88
 Ganzjährig „ 5.76
 Für das Deutsche Reich ganzjährig Mt. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährig 9 Franken.

Telephon Nr. 2325.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Wahlspruch:
 Was wir begehren von der Zukunft fernem:
 Daß Brot und Arbeit uns gerettet seien,
 Daß unsere Kinder in der Schule lernen,
 Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
 G. Serweg.

Ungesunde Wirtschaftspolitik.

Politik heißt mit einfachen Mitteln den Staat zum Wohle der Völker zu lenken und zu leiten. Dieses Axiom, auf die Verhältnisse und Zustände unseres eigenen Vaterlandes angewendet, läßt erkennen, daß in der Tat „etwas faul sein muß“, nicht bloß im Staate Dänemark. Denn daß bei uns das wirtschaftliche Wohl der Völker sehr darniederliegt, steht wohl für keinen im Zweifel, der da weiß, wie im Verlauf der letzten Jahre unablässig die Preise für alle die täglichen Gebrauchsartikel in die Höhe gegangen sind. Es hat daher auch nicht ganz mit Unrecht bei der kürzlich in Wien stattgefundenen industriellen Protestkundgebung gegen das agrarische Kesseltreiben ein Redner darauf hingewiesen, daß die Lohnkämpfe der letzten Jahre vor allem auf die unablässige Preissteigerung der Lebensmittel zurückgeführt werden müssen. Das ist auch in der Tat der Punkt, wo alle praktische Wirtschaftspolitik enge an der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Staates interessiert erscheint. Die gewerkschaftliche Arbeit nämlich, die in allererster Linie darauf gerichtet sein muß, höhere Löhne durchzusetzen, gelangt eben immer wieder an den toten Punkt, wenn die Wirtschaftspolitik des Staates dazu dient, eine steigende Tendenz aller Warenpreise zu begünstigen, so daß schließlich die Preisquote immer wieder über den erreichten Lohnaufschlag hinausreicht. Gerade in Oesterreich, wo man so gern bereit ist, in den hohen Preisen nur die notwendige Folge der von den Arbeitern durchgesetzten Lohnerhöhungen zu sehen, erscheint es am Platze, von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß diese Annahme grundsätzlich ist. Für keine Waren-gattung sind doch die Preise so ungeheuer gestiegen, wie für die agrarischen Produkte, wobei die Tatsache feststeht, daß die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter noch immer auf der ungemein niedrigen Stufe stehen, wie seit jeher. Daran gerade vermag man zu erkennen, wie hoch die Phrase ist, die da lautet, daß hohe Preise nur die Folge von Lohnerhöhungen sind.

Seit die Wirtschaftspolitik Oesterreichs von den ungarischen Großmagnaten und Landjunkern bestimmt wird, ist es eine alte Erfahrungstatsache, daß das arbeitende und konsumierende Volk die Wucherpreise zu zahlen hat, die das Interesse dieser Leute erheischt. Niemals aber hatten die Preise eine so schwindelnde Höhe erreicht, als dies seit dem Inkrafttreten des letzten neuen Zolltarifs geschah. Der neue Zolltarif setzte bekanntlich die Tarife bei einzelnen landwirtschaftlichen Artikeln gleich um das Doppelte gegen früher hinauf. Nicht genug daran, stehen wir mit den für uns so wichtigen Balkanländern seit 1907 in einem Zollkrieg, da die Agrarier in den etlichen Tausend Schweinen, die alljährlich aus Serbien auf den Wiener Markt kommen, eine eminente Gefahr für ihre Interessen sahen und das handelspolitische Einvernehmen hintertrieben. Daß alle diese Siege, die das Agrariertum gegenüber einer allezeit gefügigen Regierung eroberte, sich in der fortgesetzten Preissteigerung der Lebensmittel äußerten, geht aus der Tatsache deutlich hervor, daß in diesem Jahre die höchsten Getreidepreise zu verzeichnen sind, die wir seit vierzig Jahren hatten. Nur einmal hatte der Weizenpreis im Verlauf der letzten vierzig Jahre, der heute in Wien je nach Qualität 32 bis 34 Kr. per Meterzentner beträgt, die gleiche Höhe erreicht, und zwar im Jahre 1873 wo er gleichfalls 34 Kr. per Meterzentner notierte. Aber das war die Folge einer Missernte. Mein im Jahre 1908 hatten wir ein ungemein günstiges Erntergebnis, das sich mit 42 Millionen Meterzentnern beziffert. Erwägt man weiters die Tatsache, daß die

österreichischen Getreidepreise im heurigen Jahre unter den Preisnotierungen aller übrigen Staaten die höchsten sind, so steht es über jedem Zweifel fest, daß diese Preise die fast ausschließliche Folge der enormen Zollerhöhungen und der Einfuhrschwierigkeiten sind. Nach einer Zusammenstellung der deutschen „Agrarischen Korrespondenz“ war nämlich der Weizenpreis im Mai 1909 höher als im Mai 1908:

In Berlin	um 39 Mark per Tonne
„ Wien	55 „ „ „
„ Pest	52 „ „ „
„ Amsterdam	48 „ „ „
„ Chicago	41 „ „ „
„ New York	44 „ „ „

Die Preise hatten also in Wien am kräftigsten angezogen.

Sehr interessant und für den engen Zusammenhang zwischen Getreide- und Brotpreisen beweiskräftig ist auch folgende Vergleichung, die im Jahresbericht der niederösterreichischen Handelskammer gemacht wird. Sie bezieht sich nämlich auf die Brot- und Gebäckpreise der Jahre 1907 und 1908. Hier muß zur Beurteilung der Preisverschiebung das Gewicht des Brotes verglichen werden. Eine Kaisersemmel zu 4 G. wog als Mindestgewicht im März 1907 3.8 Defagramm, im Dezember 1908 3.3 Defagramm. Das Gewicht ist also um 1/2 Defagramm zurückgegangen, was mit Rücksicht auf den gleichbleibenden Preis einer effektiven Verteuerung von fast 14 Prozent gleichkommt. Eine Mundsemmel, die gleichfalls 4 G. kostet, wog im März 1907 5.4 Defagramm, im Dezember 1908 4.2 Defagramm, also um 1.2 Defagramm weniger. Hier beträgt die Preiserhöhung also tatsächlich mehr als 27 Prozent. Im März 1907 kostete ein Kilogramm gemischtes Brot 18.6 G., im Dezember 1908 24.6 G. Es beträgt also die Preissteigerung mehr als 30 Prozent. Ein Kilogramm schwarzes Brot kostete im März 1907 19.2 G. und im Dezember 1908 28.28 G. Demnach ist eine Preissteigerung von fast 40 Prozent zu verzeichnen!

Hier wird also durch die Praxis bestätigt, was Paul Rombert in seiner Schrift „Die Belastung der Arbeitereinkommen durch die Kornzölle“ theoretisch so treffend nachgewiesen hat, daß nämlich jene Familien am schwersten getroffen werden, deren Einkommen am kleinsten ist. Wo also von den Ausgaben des Haushalts auf Brot, Hülsenfrüchte etc. der größte prozentuelle Anteil entfällt, da macht sich die Verteuerung, die infolge der Zölle eintritt, auch am schwersten fühlbar.

Der „Schutz der agrarischen Interessen“, der uns auf solche Art unsere Lebenshaltung erschwert, hat aber auch noch andere bedenkliche Seiten. Die aggressiven Vorkehrungen gegen die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten gegen Länder, deren ganze wirtschaftliche Existenz auf agrarischer Produktion beruht, mußten notwendigerweise dazu führen, daß die so bedrohten Länder auch ihrerseits ihre Grenzen gegen die Einfuhr von österreichischen Industrieartikeln verschlossen hielten. So deckte zum Beispiel Oesterreich noch vor zwanzig Jahren 50 Prozent der Gesamteinfuhr Rumäniens, gegenwärtig kaum noch 28 Prozent. Noch vor 1905, also vor Ausbruch des Weltkrieges, deckte Oesterreich 60.04 Prozent des gesamten Imports Serbiens, 1907 war er bereits auf 36.27 Prozent gesunken. Dagegen hob sich Deutschlands Absatz, welcher 1905 ganze 11.57 Prozent der serbischen Gesamteinfuhr ausmachte, 1906 auf 21.96 und 1907 auf 28.79 Prozent. Auch die Einfuhr aller übrigen Länder ist ganz gewaltig in die Höhe gegangen, während die österreichische Industrie immer

mehr an Absatzquellen verlor und so die Kosten für die unsinnige Agrarierpolitik zahlte. Hohe Lebensmittelpreise auf der einen und zunehmende Geschäftslöschung, Arbeitslosigkeit und Krisis auf der anderen Seite, das sind also die Wirkungen, die aus einer solchen ungesunden Wirtschaftspolitik hervorgehen!

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist also an diesen Fragen die Arbeiterschaft lebhaft interessiert, weil nicht nur jede Verteuerung der Lebensmittel sie zu neuen Lohnkämpfen zwingt, sondern weil auch andererseits gerade die Zeit der schlechten industriellen Konjunktur, die aus dieser Wirtschaftspolitik folgt, in jeder Hinsicht den gewerkschaftlichen Kampf erschwert.

Sinkt die Absatzmöglichkeit, vergrößert sich mit der steigenden Arbeitslosigkeit auch die Zahl der Arbeitslosen, die den Druck auf die Löhne steigern helfen, so daß es gerade in solchen Zeiten oft alle Mühe kostet, den bereits errungenen Lohn an seiner gegebenen Grenze zu erhalten. Im gegenwärtigen Augenblick, wo es der agrarischen Obstruktion gelang, das Parlament abermals lahmzulegen und durch die Hintertreibung des so wichtigen handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes den Lebensmittelnutzer aufs neue zu begünstigen, sind diese Fragen für die Arbeiterschaft doppelt wichtig. Der donnernde Protest, der sich im ganzen Reiche gegen eine Wirtschaftspolitik des Wuchers und der Verelendung erhebt, muß mit aller Kraft von der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gefördert werden. Es gilt unser Wohl und unsere Zukunft zu verteidigen gegen den planmäßigen Beutezug nimmerstatter Wucherer!

Von den Oberbauarbeitern der k. k. Staatsbahnen.

(Schluß.)

Nach welchem System die Oberbauprofessionisten behandelt werden, ist zumindest für die Gehirne von Oberbauarbeitern unergründlich. Die Regel ist, daß dieselben aus dem Stande der Oberbauarbeiter genommen werden, daß ist schon deswegen vorteilhaft, weil das meist Schiffsbrüchige sind, die froh wären, aus dem Wasser herauszukommen. Dagegen würde auch niemand etwas einwenden, wenn man den Willen hätte, sie dadurch zu retten, aber wenn man den ehemaligen Zimmermann oder Maurer, Tischler oder Schlosser in seinem Handwerk beschäftigt und dafür eine Lohnzulage von 20 G. gibt oder wie es bei ihm einigen Strecken üblich ist, weitere 20 G. für die Abnutzung des eigenen Werkzeuges, wonach der Lohn gegenüber der Privatmanufaktur noch um eine oder zwei Kronen zurückbleibt, so ist das keine Rettung, sondern überhaupt keine Hilfe! Aber ein bedeutender Schaden für andere, die dadurch entbehrlich geworden sind.

Demgegenüber gibt es aber auch Professionisten, die nicht so stiefmütterlich behandelt werden, die mit höherem Lohn aufgenommen werden, von Zeit zu Zeit vorrücken und kein Werkzeug kaufen müssen von denen aber doch auch niemand behaupten kann, daß sie in ihrer Profession leistungsfähiger wären, als solche mit niedrigerem Lohne. Die Unterschiede spielen sich so nahe ab, daß von einer Sektion folgendes festgestellt werden konnte:

1. Professionist dient 10 Jahre Kr. 4.40
2. „ „ „ 2 „ „ 3.80
3. „ „ „ 25 „ „ 3.80

Hier vermag jede Theorie, aber auch die bekannte Praxis. Bemerkenswert ist noch, wie fein der Staat zwischen seinen Staatsbürgern und den Ausländern unterscheidet. Man verwendet Ungarn und Kroaten als Oberbauarbeiter, bezahlt ihnen selbstverständlich den üblichen Lohn oder auch noch mehr, stellt ihnen Baracken mit den notwendigen Einrichtungen zur Verfügung, gibt noch Heiz- und Lichtmaterial, stellt ihnen jeden Samstag Freitagen zur Dispo-

in ihre Heimat aus, wo sie sich billige, oft selbst produzierte Lebensmittel holen, und gibt dazu den Samstag nachmittag sowie den Montagvormittag zum Zeile oder ganz ohne jede Abzüge frei. Die Leute konsumieren infolgedessen von hier höchstens Schnaps, wogegen das ersparte Geld ins Ausland wandert. Das ist nicht nur die krautrigste Praxis der k. k. Staatsbahnen, sondern auch echt Oesterreich. Wir meinen nicht den ausländischen Arbeitskollegen diese Bevorzugung, sondern verlangen, daß der Staat auch unsere Arbeitsleistung, die zumindest jener der Ausländer nicht nachsteht, gleich hoch bewertet. Ob sich auch hier die vielseitige Praxis zum Hindernis einer einheitlichen Theorie gestalten wird, muß erst abgewartet werden. Jedenfalls bedarf es eines ernstlichen Willens, um Ordnung zu schaffen. Die Lohnverhältnisse sind nicht den „örtlichen“ Bedürfnissen angepaßt, sondern den am betreffenden Ort herrschenden Vorgesetzten der Oberbauarbeiter. Dieses Uebel zieht sich wie ein roter Faden durch das Dasein unserer Oberbauarbeiter. Den Beweis dafür wollen wir durch einige Beispiele erbringen. Die Jahrbegünstigung gehört zu den feststehenden Regeln bei den k. k. Staatsbahnen. Trotzdem wird noch vielen Arbeitern ihr unstreitiges Recht vorenthalten, statt nach fünf Jahren wird eine Freikarte oft erst nach zehn Jahren gewährt. Die Freikarte wird auch noch durch die Bestimmung „nur an Wochentagen gültig“ illusorisch gemacht, außerdem erfinden sich die Herren noch die größtmöglichen Beschränkungen, drei bis vier Stück im Jahre u. s. w.

Die verschiedenartigste Auslegung besteht in Betreff von „ständigen“ und „nichtständigen“ Arbeitern, es ist ganz ausgeschlossen, hier alles anzuführen, einige Beispiele werden jedoch vollständig genügen. Bei einer Direktion wird der Arbeiter „ständig“, wenn er außer einer bestimmten Anzahl von Jahren ununterbrochener Beschäftigung noch besondere Eigenschaften nachzuweisen vermag, durch die Aufnahme in den Provisionsfonds werden viele Arbeiter zugleich „ständig“, weil einzelne Vorgesetzte die ganz richtige Auffassung haben, daß ein Mitglied des Provisionsfonds Rechte erwirbt, die auch dem „ständigen“ Arbeiter nicht zukommen, das ist Bezug von Regiekohle, Gewährung der Regiekarte für sich und die Familie, Anspruch auf Kündigung und auf Grund mehrerer Ministerialerlässe größtmögliche Berücksichtigung bei eventueller Reduzierung der Arbeiter und schließlich schon deswegen, weil das Provisionsfondsmittel die Bedingung eines ständigen Arbeiters bereits erfüllt hat. Im Provisionsstatut heißt es, die Ausnahme „kann“ erst nach mindestens einjähriger ununterbrochener Dienstleistung bewilligt werden, es besteht daher gar kein Zweifel, daß derjenige, der Mitglied des Provisionsfonds werden will, zuerst „ständiger“ Arbeiter sein muß und daß er ständiger Arbeiter eben nach dem Statut des Provisionsfonds nach einjähriger ununterbrochener Dienstzeit wird. Nachdem andere Bestimmungen über ständige Arbeiter nicht bestehen und nicht angenommen werden kann, daß das Eisenbahnministerium bei Schaffung des Provisionsstatuts den Begriff zwischen einem ständigen und nichtständigen Arbeiter nicht zu unterscheiden vermochte, sondern vielmehr die Mitglieder des Provisionsfonds in jeder Beziehung als aktive Bedienstete betrachtet, was auch wieder anlässlich der Wählbarkeit in die Arbeiterausschüsse zu bemerken war, so muß die in dem Provisionsstatut enthaltene Bedingung auch zu Recht bestehen. Darüber wäre eine Meinungsverschiedenheit eben mit Ausnahme der k. k. Staatsbahnen nirgends möglich. In einzelnen Direktionen werden diese Bestimmungen in jeder Weise ignoriert, am lieblichsten ist die strikte Verweigerung der Aufnahme in den Provisionsfonds, woraus schon zu ersehen ist, daß man allgemein fürchtet, dem Arbeiter irgendwelche Rechte zuzugestehen, trotzdem das Eisenbahnministerium wiederholt in Erlässen mit Rücksicht auf die Altersversorgung gegen diesen Vorgang sehr energisch Stellung genommen hat.

Andererseits nimmt man die Arbeiter zwar in den Provisionsfonds auf, betrachtet sie aber noch nicht als ständige Arbeiter, für sie ist der Provisionsfonds nur die Möglichkeit zu einer Altersunterstützung, ohne dienstlich irgendwie einen Zusammenhang zu haben. Dabei verweigert man den Leuten auch noch alle Rechte, die ihnen ausdrücklich im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zustanden worden sind. Es fehlt aber auch nicht an Fällen, wo der Begriff eines ständigen Arbeiters im umgekehrten Verhältnis zum Provisionsfonds steht, indem man auch den schon „Ständigen“ den Eintritt in das Provisionsinstitut von einer Wächterprüfung oder einer fünf- und mehrjährigen Dienstzeit abhängig macht; manchesmal wird den Arbeitern auch erzählt, es dürfe in den Provisionsfonds nur jedes Jahr ein Mann von jeder Partei aufgenommen werden und bei den Aufnahmewerbern muß die Dienstzeit genau berücksichtigt werden. Ein andermal ist wieder der Provisionsfonds überfüllt u. s. w. Wie hier, so schwanken die Meinungen der einzelnen Vorgesetzten auch noch darüber, was eigentlich ein ständiger Arbeiter ist. Das Eisenbahnministerium dürfte eine Definition mit Rücksicht auf das klare deutsche Wort nicht zu geben für notwendig befunden haben, oder die betreffenden Bestimmungen werden ebenso mißachtet wie alle anderen, uns Arbeitern ist darüber nichts bekannt, wir sind uns aber über die Bedeutung der beiden Bezeichnungen nicht im geringsten unklar.

„Ständiger Arbeiter“, das ist ein voraussichtlich dauernd Beschäftigter!
 „Nichtständiger Arbeiter“, das ist ein nicht dauernd oder vorübergehend Beschäftigter!

Wenn die Herren Vorgesetzten normal veranlagte Leute wären, so müßten sie alle zu diesem Schlusse kommen und ein Zweifel über den Unterschied von einem gegen den anderen wäre vollständig ausgeschlossen. Es muß aber zur Entschuldigungsverantwortung angenommen werden, daß sie das nicht sind. Abgesehen davon, daß kaum ein Bahnmeister weiß, wie viel Arbeiter als ständig zu führen zulässig ist, weiß man kaum noch irgendwo, nach welchem Schlüssel man diese bestimmen könnte, ob die Anzahl der gedienten Jahre oder die Verwendbarkeit zur Arbeit oder irgend ein Verhältnis zur Gesamtanzahl der Arbeiter maßgebend sein soll. Weiters ist man sich nicht vollständig klar, wodurch man den Ständigen vom Nichtständigen unterscheiden soll. Die Auffassungen darüber sind unglücklich.

Jemand argumentiert: Der ständige Arbeiter muß höheren Lohn haben, er ist ein älterer Arbeiter, besser qualifiziert, besser und selbständiger verwendbar u. s. w. Ein zweiter dagegen sagt: Dem nichtständigen Arbeiter muß man mehr bezahlen, weil seine Existenz nicht gesichert ist, er muß vielleicht im Herbst und Winter ausgehen und mühe dann Not leiden, wenn er sich nichts erspart hat, dabei von der ganz richtigen Anschauung ausgehend, daß der Lohn eines ständigen Arbeiters nicht einmal zur Beschaffung des täglichen Brotes hinreicht, ein anderer meint, den Ständigen damit zu unterscheiden, daß er ihn mit dem Lohn vorrücken läßt, worauf der Nichtständige keinen Anspruch hat u. s. w. Die wenigsten kümmern sich aber um derlei Unterschiede! Für die Mehrzahl besteht der Unterschied nur darin, daß sie den einen mit „st.“ den anderen mit „n. st.“ im Arbeitsbuch führen, es besteht kein Unterschied im Lohn, keiner in der Vorrückung — es wird nämlich keiner befördert — und auch kein Unterschied beim Ausgehen. Der ständige Arbeiter hat meist nicht einmal ständige Beschäftigung. Wenn sollte es darnach noch auffallen, daß man die Arbeiter ohne jede Regel straft, ohne triftigen Grund brotlos macht oder sonstige schwer hüben läßt, nur weil sie beim Vorgesetzten denunziert wurden. Daß für geleistete Ueberstunden sowie bei Verwendung außer Domizil keine Entschädigung gewährt wird. Wenn die Arbeiter nach voll-

endeter Arbeitszeit oder vor Beginn derselben das Werkzeug schleppen müssen, oder wenn die Arbeiter auch bei dem schlechtesten Wetter im Freien ihr Brot essen und Mittag halten müssen, indem ihnen Wartesäle und Wächterhäuser versperrt werden, andere Räumlichkeiten aber nicht zur Verfügung stehen, bei Verwendung zu einem Dienst selbst die Uniform kaufen müssen, die Sonn- und Feiertagsarbeit nicht geregelt ist, für Regentage und auch bei Waffennübung keine Entschädigung geleistet wird.

Das alles mitammen machte die Schwierigkeiten aus, die bisher der Arbeitsordnung im Wege gestanden sind. Daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind, begreifen nun auch schon die Herren im Eisenbahnministerium, ob sie aber heute schon den festen Willen haben, dieselben zu beseitigen, ist nach ihrem bisherigen Verhalten sehr zweifelhaft. Was dem Eisenbahnministerium an Willen, vielleicht auch an Mut und Autorität fehlt, müssen die Arbeiter durch Solidarität und Organisation selbst aufzubringen imstande sein, es muß leider auch gesagt werden, daß die vielseitige Praxis nur möglich ist, weil die Arbeiter zu uneinig sind, um sich dagegen wehren zu können, viele unserer Genossen glauben schon eine große Leistung vollbracht zu haben, wenn es ihnen gelingt, dem Bahnmeister, Ingenieur oder Vorstand im „Eisenbahner“ eins am Zeug zu stecken, obwohl dadurch das uneliebliche Verhältnis meist ganz nutzlos verschärft wird.

Auch durch eine Arbeitsordnung werden die Vorgesetzten nicht zu Engeln werden, und die Arbeitsordnung selbst wird sich auch nicht bemerkbar machen, sie bildet nur die Grundlage, worauf die Arbeiter ihre Rechte verlangen können, aber verlangen werden sie ihr Recht auch dann müssen. Wenn das bisher schon in ergiebiger Weise geschehen wäre, so könnten die Zustände nicht so kraß, so vielfältig sein. Derzeit handelt es sich aber nicht nur um die Arbeitsordnung überhaupt, sondern darum was darin als Rechte gegenüber den Pflichten enthalten ist.

Bei der Südbahn besteht bereits eine Arbeitsordnung, die ja auch noch sehr vieles zu wünschen übrig läßt, aber den Oberbauarbeitern doch schon einen bezahlten Urlaub gewährt.

Die St. E. O. gewährt ebenfalls den Oberbauarbeitern bezahlten Urlaub; bei der Südbahn wird auch eine teilweise Entschädigung während der Waffennübung gewährt. Das Eisenbahnministerium hat bisher bloß von einer teilweisen Entschädigung von Regentagen hören lassen.

Eine Aufrechterhaltung dieser Zustände ist weiter ausgeschlossen, aber ob alle einzelnen Schikanen vollständig unterbleiben werden wird von der Tüchtigkeit und Geschlossenheit aller Oberbauarbeiter und Professionisten abhängen.

Die neu geschaffenen Arbeiterausschüsse werden die Aufgabe, die ihnen obliegt, nur dann vollständig erfüllen können, wenn ihnen die entsprechenden Kräfte zur Seite stehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiterausschüsse kraft ihres Mandats noch sehr wenig bedeuten, die Einführungsbestimmungen schaffen ihnen soviel wie gar keine Existenzberechtigung. Diese kann nur eine kräftige Organisation bieten. Eine Organisation, die den Zweck erfüllen soll, muß aber anders aussehen als sie bisher bei den Oberbauarbeitern bestanden hat. Das heißt, die Organisation darf nicht nur in so und so vielen hundert oder tausend Oberbauarbeitern bestehen, die alle glauben, durch regelmäßige Entrichtung ihres Vereinsbeitrages ihre Pflicht getan zu haben, sondern sie muß in jeder Partie zur Wahrheit gemacht werden.

Einigkeit und Solidarität ist die Grundbedingung, weiter muß in jeder Partie ein Vertrauensmann aufgestellt werden. Die Vertrauensmänner einer Sektion treten zusammen und bilden einen Ausschuss. Der beste Wortführer wird zum Hauptvertrauensmann oder Obmann gewählt.

Feuilleton.

Schwindlucht.

Von Marius Braatt. Aus dem Norwegischen von Theobald Böcker.

Es steckte in ihm.

Alles schrie in ihm: Schwindlucht, Schwindlucht! Alles schrie ihm zu: Schwindlucht, Schwindlucht! Beständig peitschte ihn dieses eine Wort. Beständig schwebte es ihm vor. Er sah und hörte es in allem. Sah es in den mittelbeig betrachtenden Blicken von Leuten, die ihn anschauten. Hörte es in jeder ausweichenden Antwort. Sah es an seiner eigenen gebeugten, skeletthastigen Gestalt. Hörte es in seinem schleppenden Gang. Fühlte es in seiner Anlust zur Arbeit.

Und machte er eine kraftlose Anstrengung zu denken, so kam dieses Wort als ein unüberwindliches Hemmnis. Schwindlucht, Schwindlucht, klang es.

Sah er eine Blume und freute er sich des Duftes und der Pracht, dann stand da mit feuerroten Buchstaben, die ihm gleichsam in die Augen stachen und brannten: Schwindlucht!

Sah er eine üppige, bestirrende Frauengestalt, die er in wildem Sinnentausch in die Arme schließen möchte, da trat das Wort stimmend dazwischen und entmutigte ihn.

Es verhegte ihn am Tage... es verhegte ihn zur Nachtzeit. Es war in seinen Träumen — schreckhaften Träumen von Totengebein.

Die Kleider wurden ihm weiter und weiter. Er sah aus wie ein Gespenst mit glanzlosen Augen, ungelämmtem Haar.

Seine letzte Kraft brauchte er, Gott zu suchen. Ha, ha, ha! Ja gewiß, einen Gott gab es! Einen recht verschmitzten Gott! Oa, ha, ha, ha! Einen Gott, der das Ganze der Hölle preisgab! Einen Gott, der lachte über seine verzweifelnden Menschenkinder. Ein ganz verschmitzter Gott! Ha, ha, ha! Ein lustiger Gott, der mit seinen „heiligen“ Engeln einen reizenden Sandango aufführte, während er hier unten in grauer Verzweiflung herumliefe, den Schwindluchtsstempel auf der heißen Stirn. Ha, ha, ha! Hölle und Teufel, was das nicht ein ganz verschmitzter Gott! „Großer Gott, wie bist du gut,“ sang er mit schneidender Stimme. Ja, gewiß war er gut! Gut, gut! Hier sah ja er, der Mensch. Hatte „bloß“ die Schwindlucht! Oa, ha, ha! Der war gut!

Nach solchen Anstrengungen hustete er Blut. Und lag lange auf dem Bett... stille, ganz stille.

Aber, obgleich jenes eine Wort ihn mit Schrecken erfüllte, war er doch noch nicht beim Arzt gewesen. Er wußte es ja so wie so. Doch, sich die letzte Gewißheit zu verschaffen, dazu fehlte ihm der Mut. Es fehlte ihm geradezu der Mut.

Aber daheim und auferm Hause bestürmten sie ihn mit: Geh' zum Doktor! Geh' zum Doktor!

Als ob das helfen könnte!

Er sagte zu ihnen allen:

„Morgen, morgen werd' ich gehen!“

Aber wenn der andere Tag kam, hatte er nicht den Mut.

Wochen und Monate gingen dahin. Schimmer und schlimmer ward es.

Endlich mußte es doch geschehen.

Er sammelte die Reste seines gebrochenen Mutes und begab sich auf den Weg zum Arzt.

Er war lange nicht aus gewesen. Hatte sich drinnen festgelegt und gelesen. Sich hineingelesen in eine phantastische Traumwelt. Obwohl er es nicht lange aushielt.

Alles wurde ihm genommen. Nur nicht die Schwindlucht. Die konnte er behalten! Er trübte sich selbst an, Wege zu machen. Krampfhaft kamen sie heraus — — eines toten Mannes Wege.

Als er an einem blühenden Garten vorbeikam, hörte er Vogelgesang.

„Freue dich des Lebens“, zwitscherten die lustigen kleinen Sänger.

In seiner Freude über die leichte, linde Luft, den klaren, gleichsam reingewaschenen Himmel, die herrliche goldene Sonne, die so schön, ach so schön herniederleuchtete, vergaß er seine kleinen täglichen Sorgen.

Ja, wer vergessen könnte, vergessen... vergessen nur ein einziges Mal!

Schöne Frauen sah er auf seinem Wege. Schöne Frauen mit vollem, strogendem Busen!

„Freue dich des Lebens“, sangen die wogenden Brüste in süßem Takt.

Er ballte die Hände in martender Majerei, daß die Nägel sich einbohrten in das abgekehrte Fleisch. Blut drang aus seinem Munde hervor. Hatte er sich in die Lippen gebissen? Vielleicht. Oder war es etwa Blut nach einem Hustenanfall? —

Nach einigem Suchen fand er den Arzt, der ihm anempfohlen war.

Es war ein alter, gemütlich aussehender Herr.

... Nachdem er ihn beklopft und an verschiedenen Stellen des Körpers behorcht hatte, sagte er langsam und nicht ohne gewisse innere Bewegung:

„Ja, ja, mein junger Freund, es tut mir leid, es Ihnen zu sagen; aber sehen Sie, es ist das Beste für Sie und andere, die Wahrheit zu erfahren; denn Sie müssen wissen, mein junger Freund, daß Ungewißheit schlimmer ist als Gewißheit. Und obgleich es mir sehr weh tut, es Ihnen sagen zu müssen, muß ich es doch. Es ist, wie Sie es wohl schon geahnt haben. Es ist Schwindlucht.“

Etwas, das einem Aufschluchen gleich, drängte sich hervor aus der Brust des Schwindluchtigen.

... Ein langes Schwelgen folgte...

Dann sagte er mit Anstrengung:

„Wie lange glauben Sie, daß ich noch zu leben habe, Doktor?“

„Es ist schwer zu sagen, junger Freund, vielleicht eine Woche, vielleicht noch jahrelang.“

„Ja, ja, adieu und ich dank auch, Herr Doktor.“

Er reichte ihm eine magere, abgekehrte Hand.

„Adieu, adieu!“

Der Doktor geleitete ihn hinaus.

Er klopfte ihm mittelbeig auf die Schulter und sagte:

„Mein armer junger Freund, Sie müssen nicht den Mut verlieren.“

Da kam schmerzhaft und gebrochen:

„Den hab' ich schon verloren, Doktor!“

Wier im Kopfe wandte er die Treppe hinunter, Freue dich des Lebens!

Schwindlucht, Schwindlucht, Schwindlucht!

Diese Worte sangen und sausten durcheinander ihm vor den Ohren.

Er wurde sicherlich verrückt! Ja, er war es schon!

Es kam ihm so eine rasende Lust an zu irren: Trallala la la — trallala la la — li olei — li olei — li olei — trillerte er, so daß das Echo im Treppengang widerhallte.

Das klang wie ein satanisches Heulen aus der Hölle.

Ein Menschenschiff, hinausgeschleudert auf das sturmbelegte Meer, war gescheitert an des Lebens unbarmherzigen Klippe.

von Zeit zu Zeit wird es dann notwendig sein, alle Hauptvertrauensmänner einer Staatsbahndirektion zusammenzurufen, damit die Arbeiterauschussmitglieder Bericht erstatten und Berichte und Wünsche oder Aufträge entgegennehmen können; nur auf diese Weise kann es möglich sein, die Arbeiterauschüsse am laufenden zu erhalten und wirksam zu unterstützen, andererseits aber gezielte Zustände im letzten Winkel herbeizuführen.

Diese Arbeit muß nicht nur, sondern muß so rasch als möglich gemacht werden! Es gilt nicht nur die gemachten Zugeständnisse zur Durchführung zu bringen, sondern noch weitere und größere Fortschritte zu erzielen, ob und wie weit das gelingen wird, das hängt von der Tüchtigkeit und Ausdauer der Vertrauensmänner und von der Stärke und Schlagfertigkeit der Organisation ab. Darum, Genossen und Kollegen, gilt es zu arbeiten, jede Verzögerung kann für uns alle unheimlicher Schaden sein, es liegt an jedem einzelnen seine Pflicht zu erfüllen, seinen Teil beizutragen, damit sein Anteil größer wird. Erst wenn die Organisation auf diese Weise ausgebaut ist, kann auf sicheren und dauernden Erfolg gerechnet werden.

H. K.

Auszug

aus dem Rechenschaftsbericht der Betriebskrankenkasse der Südbahn für das Jahr 1908.

Wir haben im heurigen Jahre schon zweimal die Gelegenheit wahrgenommen, um die Mitglieder über wichtige von Seiten des Ausschusses gefasste Beschlüsse zu informieren, und zwar haben wir in der Nr. 9 des „Eisenbahner“ vom 20. März 1909 eine wichtige Statutenänderung mitgeteilt, bei welcher es sich um die Anrechnung der ununterbrochenen Mitgliedschaft handelte; ferner haben wir in der Nr. 18 vom 20. Juni das Zirkular über die Bewilligung von Badekuren bekanntgegeben.

Heute werden wir in großen Umrissen ein allgemeines Bild der Geschäftsgebarung liefern, damit diejenigen Mitglieder, die sich für etwas interessieren, beurteilen können, wie der Ausschuss im Interesse der Mitglieder zu arbeiten bestrebt war.

Die Entwicklung der Kasse bewegte sich in aufsteigender Linie, trotz der kolossalen Mehrleistungen. Die günstige finanzielle Lage der Kasse hat dahin geführt, daß immer wieder neue Leistungen zugunsten der nach dem Gesetz versicherungspflichtigen Personen eingeführt oder bereits bestanden Leistungen erweitert worden sind; sie hat auch im Ausschuss den Plan reifen lassen, die Angehörigen der Mitglieder auf Kosten der Kasse unentgeltlich behandeln zu lassen und denselben auch die Medikamente kostenlos beizustellen.

Wir haben schon im Vorjahr berichtet, daß der Antrag im Ausschuss vom gewählten Ausschussmitglied Scheibum auf Einführung der obligatorischen Angehörigenbehandlung und unentgeltlichen Beistellung der Medikamente an erkrankte Angehörige eingebracht worden ist, daß aber die ganze Aktion durch den Widerstand der Ärzte fast zum Stillstand gebracht wurde.

Die Bahnärzte, welche zur Vertretung ihrer Interessen ein fünfgliedriges Komitee gewählt haben, überreichten als Antwort auf die Wünsche der Kasse, die Familienangehörigenbehandlung zu übernehmen, ein umfassendes Memorandum, von dessen Berücksichtigung sie die weitere Stellungnahme zum Projekt des Ausschusses abhängig machten.

Hierbei erachten wir es für notwendig, den Krankentassenmitgliedern zu sagen, wie hoch die Herren Bahnärzte die gewählten Ausschussmitglieder überhaupt einschätzen und wie selbe über ihre Tätigkeit denken. Da sagen die Herren zum Beispiel in ihrer Ditt- und Denkschrift an den Herrn Generaldirektor, daß der Krankentassenauschuss bei Neubefragungen den Arzt selbst wählen will und sich nur für den entscheidet, der in sein Horn bläst und ihm ein williges Werkzeug zu werden verspricht, da ihm (nämlich dem Kassenausschuss) die Fähigkeit zu einer sachlichen Beurteilung wissenschaftlicher Befähigung naturgemäß fehlt. Ferner heißt es: „Ein weiterer Mangel, der sich nachgerade zu einer wahren Kalamität zu entwickeln droht, sind die Kontrollreisen der gewählten (niemals der ernannten) Ausschussmitglieder. Diese Reisen stellen sich nur als eine Rundfrage dar, ob der betreffende Arzt auch fleißig Besuche mache, nach Wunsch Unfälle anerkennen und entsprechend einschätze oder irgendwie Anlaß zu einer Klage gebe; aus diesem Grund appellieren wir, hochgeehrter Herr Hofrat, an Ihren Gerechtigkeitsinn und an Ihr akademisches Standesgefühl und bitten, die unwürdigen und verlegenden Kontrollreisen durch Unterbeamte oder Diener abzuschaffen, bevor wir den ersten Schritt der Selbsthilfe zu tun gezwungen sind.“

Auch glauben die Herren, daß weder vom materiellen noch vom sachlichen Standpunkt aus gegen ihr Bestreben, Beamte der Gesellschaft zu werden, ernste Einwendungen erhoben werden können, weshalb sie die Bitte an den Herrn Hofrat stellen, allen Bahnärzten, deren fixe Bezüge die Höhe von 1400 Kr. (den niedrigsten Beamtengehalt) erreichen oder überschreiten, mit der Verleihung des Beamtenranges den Eintritt in den Pensionsfonds für Beamte zu erwidern. Die Vorrückungen sollen in derselben Weise wie für die übrigen Beamten derselben Gehaltsstufe erfolgen. (Status I.)

Auch verlangen die Herren den Nachlaß von Jahren zu gestatten im Pensionsfonds mit Rücksicht der Altersüberschreitung bis zum 45. Lebensjahre und Minimalwitwenpension.

Für diejenigen Bahnärzte, deren Bezüge sich zwischen 750 und 1400 Kr. bewegen, wird die Aufnahme in das Pensionsinstitut für Diener verlangt, mit dem Bemerkten, ein Vorrückungsschema zu erstellen, wonach alle Bahnärzte mit einem Gehalt unter 1400 Kr. alle zwei Jahre um 100 Kr. vorrücken. Die übrigen, die weniger als 750 Kr. Honorar beziehen, sollen eine der Höhe ihrer Bezüge entsprechende dauernde Altersrente aus dem schon bestehenden Unterstützungsfonds für Bahnärzte erhalten. Die vorangeführten Bedingungen sind nur ein ganz kleiner Auszug aus ihrem Memorandum, über welche das von Seiten des Ausschusses gewählte Komitee bei den Verhandlungen mit

den Herren Bahnärzten, respektive ihren Vertretern zu beraten hatte.

Die gewählten Ausschussmitglieder haben gegen die von den Bahnärzten erhobenen materiellen Forderungen absolut nichts einzuwenden, aber gegen was dieselben Stellung nehmen müssen, und zwar im Interesse ihrer Wähler, ist die brutale und hirnlosige Forderung, daß der Herr Generaldirektor der Südbahn mit einem Federstrich die statutarischen und gesetzlichen Rechte der gewählten Ausschussmitglieder wegstreichen soll.

Hieraus können die Kassensmitglieder erkennen, in welcher Geistesrichtung sich die Reformationsideen des Ärzteauschusses bewegen und welche Behandlungsweise die Bediensteten zu erwarten haben, wenn die hochnasigen Herren definitiv angestellte Beamte der Gesellschaft sind.

Wenn die Behandlung der Mitglieder noch so roh, brutal und nachlässig war, so wollen diese Herrschaften doch niemandem ein Wort der Kritik über ihr Tun oder Nichtstun gestatten, weil nämlich wir Laien eine solche faule, nachlässige oder indolente Behandlung nicht zu beurteilen vermögen.

Ein jeder, der nicht Medizin studiert hat, versteht nach der Meinung dieser Herren gar nichts, sie hingegen alles. Ein von 10.000 Bediensteten gewähltes Ausschussmitglied ist bei den Herren Bahnärzten der Niemand und hat nichts zu reden; weil jedoch der Gesetzgeber bei der Schaffung des Krankenkassengesetzes vor 20 Jahren schon erkannt hat, daß es notwendig ist, auch den gewählten Ausschussmitgliedern ein bißchen Recht einzuräumen, so hat er das im § 30, Punkt i und k, festgelegt. Der Punkt i räumt dem Ausschuss das Recht ein, die Gebarung der Krankenkasse der Bahnärzte zu überwachen und der Punkt k, die Krankenkassentabelle auszuüben.

Diese beiden Punkte sind den faulen und indolenten Bahnärzten, die ihren Obliegenheiten nicht nachkommen, ein Dorn im Auge, weshalb sie die Abschaffung durch den Generaldirektor der Südbahn in ihrem Memorandum verlangten.

Daß eine Person, und wenn es auch der oberste Beamte eines großen Unternehmens ist, eine gesetzliche Bestimmung nicht abschaffen kann, kam diesen hochweisen Herren nicht in den Sinn.

Derjenige Arzt, welcher seinen Obliegenheiten nachzukommen trachtet, hat eine Kontrolle ebensowenig zu fürchten wie ein anständiger, gewissenhafter Bediensteter.

Die Herren wollen jedoch ihre Tätigkeit oder Untätigkeit ganz kontrolllos ausüben, damit sie machen können, was sie wollen.

Wehe den Eisenbahnbediensteten, wenn dies so weit kommen sollte! Diese Herrschaften würden dann in ihrem dünkelfhaften Stolz und in ihrer Annahme einfach tun, was ihnen beliebt. Derjenige Bedienstete, welcher sich vielleicht erdreisten würde, sich über die ungehörige Behandlung eines Bahnarztes zu beschweren, könnte sich noch eine Disziplinaruntersuchung oder Strafe zuziehen.

Den gewählten Ausschussmitgliedern ist es nie eingefallen, sich eine Kritik über die Verschreibweise anzumachen; sie haben es nur kritisiert, wenn der Arzt den Patienten, der nicht in die gehen Ordination konnte, entweder gar nicht besuchte oder äußerst selten oder den Patienten roh und brutal behandelte.

Daß beim Einlangen solcher Beschwerden von Seiten der Krankentassenmitglieder dem Ausschuss die Pflicht erwuchs, dieselben zu untersuchen und auf ihre Berechtigung zu prüfen, wird wohl auch ein jeder Einsichtiger begreifen und die Herren Bahnärzte haben es bis jetzt noch nicht begriffen und eingesehen, sondern haben in ihren ärztlichen Standeszeitungen nachträglich dagegen remonstriert, wobei die Zucht zu unwahren Behauptungen sogar nicht verschmäht wurde. Wir werden noch Gelegenheit haben, in einer der nächsten Nummern des „Eisenbahner“ darauf zurückzukommen und den Herren das nachzuweisen.

Daß man sich bei einem solchen gespannten Verhältnis zwischen Ausschuss und Bahnärzten mit keiner besonderen Lust und Freude zu den Verhandlungen setzt, um im Wege persönlicher Aussprache eine beiden Parteien genehme Basis zu finden, ist wohl einleuchtend. Diese Verhandlungen wurden jedoch im Monat Februar abgebrochen, weil zuerst das statistische Material zur Neueinteilung der Mayone beschafft werden mußte. Es soll künftig kein Bahnarzt mehr als 600 Mitglieder nebst den dazugehörigen Frauen und Kindern zur Behandlung zugewiesen erhalten.

Zu diesem Behufe mußte mittels Zählkarten der genaue Stand der Familienangehörigen und Wohnorte erhoben werden, damit die neue Mayoneinteilung fertiggestellt werden kann. Das ganze Material hat jetzt der Herr Chefarzt in Händen, um diese Mayoneinteilung zu treffen. Wie lange dieser Herr dazu brauchen wird, werden wir erst sehen, wir wollen hoffen, daß er bei seinem bekannten Arbeitseifer bald damit fertig wird, um endlich einmal an die endgültige Beratung und Beschlussfassung schreiten zu können.

Die Bediensteten haben dormalen noch kein Recht, eine unentgeltliche Behandlung der Familienangehörigen von einem Bahnarzt zu verlangen, auf welchen Umstand besonders aufmerksam gemacht wird.

Und nun gehen wir zur näheren Berichterstattung des Rechnungsabchlusses über:

Die Krankentage betragen im Jahre 1908 553.350 Tage, während sich im Jahre 1907 die Zahl der Kranken-

tage auf 596.373 belief. Es resultiert eine Verminderung um 43.028 Tage, Prozentuell stellen sich die Krankentage zu den Arbeitstagen im Jahre 1908 auf 8,13 Prozent gegen 6,93 Prozent im Jahre 1907.

Im Durchschnitt entfallen auf ein Mitglied 17,33 Krankentage per 1908 gegen 19,45 Krankentage per 1907. Die durchschnittliche Krankheitsdauer belief sich im Jahre 1908 auf 16,61 Tage gegen 19,23 Tage im Jahre 1907.

Was nun den

Rechnungsabschluß

für das Jahr 1908 betrifft, so muß dieser als sehr günstig bezeichnet werden, da trotz eines Kursverlustes von Kr. 22.698,90 ein Gebarungüberschuss von Kr. 49.269,85 erzielt wurde. Dieses Ergebnis ist um so höher anzuschlagen, als die Ausgaben aus fast allen Titeln abermals eine Steigerung erfahren haben und ein ähnliches Resultat seit dem Jahre 1898 nicht mehr gegeben hat.

Der Reservefonds beträgt somit zu Ende des Jahres 1908 Kr. 1.108.348,72.

Die nachstehende Tabelle ermöglicht eine Vergleichung zunächst der Einnahmen des Berichtsjahres mit denen des Jahres 1907.

Einnahmen	Einnahmen		
	1908	1907	daher
	Kronen	Kronen	+ -
2%ige Beiträge der Mitglieder	625.852,71	561.665,97	64.186,74
3%ige Beiträge der Mitglieder	23.448,18	7.924,66	15.523,52
Beiträge der Gesellschaft	312.926,39	280.969,65	31.956,74
Sonstige Einnahmen		8,80	3,80
Zinsen	44.450,76	43.370,41	1.080,35
Zusammen	1.006.678,04	893.934,49	112.743,55

Die abermalige bedeutende Zunahme der zweiprozentigen Beiträge der Mitglieder und somit auch des gesellschaftlichen Beitrages ist darauf zurückzuführen, daß sich der Mitgliederstand neuerdings erhöht hat und die zu Ende des Jahres 1907 eingetretene Lohnerböhung im abgelaufenen Jahre 1908 voll zur Wirkung gekommen sind.

Die namhafte Erhöhung der dreiprozentigen Beiträge der Mitglieder hat darin seinen Grund, daß, wie wir schon im vorjährigen Berichte ausgeführt haben, keine Befreiungen von der Krankenversicherungspflicht mehr stattgefunden haben und zufolge des neuen Gehaltschemas für Beamte die Mehrzahl der Beamtenmitglieder bereits in jene Gehaltsstufen eingereicht ist, in welchen der volle dreiprozentige Beitrag von ihnen allein zu leisten ist.

Die Post „Zinsen“ im Betrage von Kr. 44.450,76 besteht aus den wirklich vereinnahmten Zinsen von Effekten per 32.557,92 aus solchen von Kontokorrentguthaben bei der Gesellschaft per 626,41 und aus den Stückzinsen der Effekten per 31. Dezember 1908 mit 11.266,43

Die gesamten Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahre um 12,6 Prozent erhöht, während sich die Erhöhung im Jahre 1907 nur auf 11,3 Prozent stellte.

Wenn wir nun die Gesamteinnahmen per Kr. 1.006.678,04 den Gesamtausgaben per 957.408,39

gegenüberstellen, so ergibt sich der schon oben erwähnte Gebarungüberschuss von Kr. 49.269,85 das heißt der mit 31. Dezember 1907 nachgewiesene Stand des Reservefonds per 1.059.079,07 hat eine Vermehrung auf 1.108.348,72 erfahren.

In den obenverzeichneten und besprochenen Auslagen sind auch jene Mehrauslagen

enthalten, welche unserer Krankenkasse aus Anlaß der seit dem Jahre 1889 vorgenommenen Statutenänderungen erwachsen sind. Dieselben sind aus der folgenden Tabelle zu ersehen:

Mehrauslagen per 1908		Fälle	Kronen
I.	Infolge Ausdehnung des Krankengeldbezuges auf 40 Wochen, eventuell auf 1 Jahr für 39.772 Krankheitstage	391	69.189,22
II.	Infolge Zahlung des Krankengeldes auch während der Spitalsverpflegung	1034	21.311,69
III.	Infolge Festsetzung des Minimalbeitrages per 60 Kr. für den Wiedererstattungsbeitrag, Wiedereinführung der Vegetabilienkostengattungen u. Erhöhung des Beerdigungskostenbeitrages auf das 25fache des Tagelohnes	427	14.484,60
IV.	Infolge Zahlung von außergewöhnlichen Bargeldunterstützungen: in 944 Fällen infolge Erkrankung von Mitgliedern Kr. 27.975 in 1241 Fällen infolge Erkrankung von Familienangehörigen 85.177 in 97 Fällen an die Hinterbliebenen von Mitgliedern 3.900	2282	67.052,-
V.	Infolge Zahlung von Entbindungskostenbeiträgen (§ 16, Absatz 27)	3469	41.628,-

Die Zunahme der Kosten für Medikamente sowie für chirurgische Mittel bietet keine Besonderheiten. Was die ersteren betrifft, so haben wir selbstverständlich auch im abgelaufenen Jahre von den Apothekern den seitens des k. k. Ministeriums des Innern normierten Nachlaß in Anspruch genommen.

Was die Entwicklung der

Auslagen

der Krankenkasse im Jahre 1908 im Vergleiche zu denen des Jahres 1907 betrifft, so gibt hierüber die nunmehr folgende Tabelle Aufschluß:

Ausgaben	Ausgaben		
	1908	1907	daher
	Kronen		
			+ -
Krankengelder	554.932,03	538.790,55	16.141,48
Kosten der Ärzte und Krankenkontrolloren	94.595,08	93.115,72	1.479,36
Medikamente	75.857,98	69.646,97	6.211,01
Chirurgische Mittel	5.737,25	4.579,71	1.157,54
Bäder	10.091,19	13.503,43	3.412,24
Spitalkosten	44.382,60	40.047,78	4.334,82
Transportkosten	723,87	825,90	102,03
Beerdigungskosten	30.112,52	29.291,73	820,79
Kurkosten	7.780,47	6.445,50	1.334,97
Verwaltungskosten	1.836,50	1.886,60	50,10
Entbindungskosten	41.628,-	38.328,-	3.300,-
Unterstützungen Diverse	67.052,-	71.301,-	4.249,-
Kursverlust an Effekten	22.698,90	22,62	22,62
Zusammen	957.408,39	931.457,11	25.951,28

Im allgemeinen haben also die Ausgaben keine besondere Erhöhung erfahren.

Die Zunahme beläuft sich im Berichtsjahre nur auf 28 Prozent gegenüber 1914 Prozent im Jahre 1907.

Auffallend ist, daß die Krankengelder trotz einer Verminderung der Anzahl der Krankentage abermals gestiegen sind, wenn auch die absolute Steigerung (29 Prozent) nur eine geringfügige genannt werden kann.

In dem als „Krankengelder“ ausgewiesenen Betrage von Kr. 554.932-03 ist jener Betrag von 56.211-02 nicht enthalten, welcher an Krankengeld zwar ausbezahlt, aber der Krankentasse teils von den in Betracht kommenden Unfallversicherungsanstalten refundiert, teils seitens der Mitglieder als ungebührlich empfangen rückvergütet worden ist.

Die Kosten der Ärzte und der Krankenkontrolle haben mit Rücksicht darauf, daß im Jahre 1908 überhaupt kein Verletzungsanfall stattgefunden hat, nur unbedeutend zugenommen und betragen im ganzen Kr. 125.011-58

Da jedoch auch in dem abgelaufenen Jahre die Gesellschaft einen Beitrag, und zwar in der Höhe von 30.416-50 leistete, so verbleibt zu Lasten der Krankentasse nur der oben ausgewiesene Betrag von 94.595-08

Die Spitals-, Transport- und Beerdigungskosten bewegen sich ungefähr in den alljährlichen Ziffern und bedürfen daher keiner eingehenderen Besprechung.

Was die Kurkosten anbelangt, so haben sich dieselben abermals, und zwar um 20 Prozent erhöht. Zur Erklärung führen wir an, daß im Jahre 1908 die Bestrebungen, kurbefähigen Klassenmitgliedern den Gebrauch von Bädern u. a. auf Kosten der Kuranstalten zu ermöglichen, fortgesetzt und neue Verbindungen mit Kuranstalten erzielt worden sind.

Table with 2 columns: Location and Kronen. Rows include Hörgas (6 Mitglieder), Bistrian (3), Tepitz i. R. (4), Dall (2), Karlsbad (1 Mitglied).

Ferner wurden für mehrere Mitglieder, welche Krampfadern, Beugungsabweise Waden und Krampfadern ausfinden mußten, die Wäcker bezahlt. Schließlich konnte sich ein Mitglied in der „Heilstätte für Lungenkranke“ auf Kosten der Lichtbehandlung nach Zinsen unterziehen.

Der gegenwärtige Reservefonds per Kr. 1.108.348-72 hat die volle statutenmäßige Höhe noch nicht erreicht.

Da die Kasseneinstellungen im Jahre 1906 Kr. 780.051- im Jahre 1907 931.051- und im Jahre 1908 957.408-39

baher zusammen Kr. 2.668.510-89 und durchschnittlich per Jahr 889.508-46 betragen haben, so stellt sich die von uns gemäß § 13 des Statutes anzunehmende Reserve auf 1.779.006-92

Es fehlt somit auf die statutenmäßige Höhe ein Betrag von 670.658-20

Das abgelaufene Geschäftsjahr war das zwanzigste seit dem Bestehen des Gesetzes vom 30. März 1888. Wir benötigen diese Gelegenheit, um mittels der nachfolgenden Tabelle die Entwicklung unserer Kasse in den letzten zwei Jahrzehnten zu zeigen.

Table with 6 columns: Jahr, Durchsch. Mitgl.-zahl, Gesamt-einnahmen, Gesamt-ausgaben, Reserve-fonds, An-merkung. Rows from 1889 to 1908.

Bodenbacher Brief.

Aus der Werkstätte der k. k. Staatsbahn.

Abteilung I, Dreherei gleicht mehr einem Straßhaufe als einer Arbeitsstätte. Nicht nur, daß die beiden Werkmeister Bouzel und Storch stundenlang in regelmäßigen Schwingungen wie ein Uhrpendel die Räumlichkeiten durchschlendern mit der Devise, das Unmöglichste zu verlangen, um nur das Möglichste zu erhalten, werden sie in diesem schweren Amte noch von den hochgebildeten Herren Technikern in wirksamer Weise unterstützt. In erster Reihe ist es das nie ruhende Erfindergenie Herr Abteilungsleiter Kauterlitz, dem alles zu langsam geht. Die Maschinen könnten nach seiner Ansicht viel schneller laufen, Schlichtpläne machen den Herrn nervös, das „bissel“ könnte — meinte er pfiffig — gleich mit heruntergenommen werden. Die Arbeiter, welche auf einer Werkzeugmaschine zu arbeiten verurteilt sind, scheint er als Tagediebe zu betrachten. Er schleicht von Maschine zu Maschine, Fragen stellend, gute(?) Ratsschläge erteilend, manchmal auch eine Mumie markierend. Der Herr kümmert sich um alles, mit Vorliebe aber um das, was er nicht versteht. Zum Beispiel beim Schleifsteinregulieren, wenn recht tiefe Löcher in demselben sind, braucht es nicht ganz reguliert zu werden. Schleifsteine sind überhaupt nur zwei vorhanden, was für das zahlreiche Personal viel zu wenig ist. Seit Einführung der Lantienemwirtschaft wird mit allem Möglichen mehr als geknausert. So sind zum Beispiel Kuhwalle, Öl, Schmirgelpapier u. Navitäten, und sind die Schlosser gezwungen, die kleineren Maschinenbestandteile auf dem Schleifstein blank zu putzen, bei welcher Arbeit sie bald den Biegemachern gleichen. Die Arbeiter der Dreherei müssen dann oft halbe und ganze Stunden

lang warten, bis ein Schleifstein frei wird. Wenn das der Fall ist, kann auf dem mit Fett und Schmutz verschmier-ten Stein nur schwer ein Stück Werkzeug geschliffen werden. Dem Herrn, der sich gar so viel für die Dreherei zu interessieren scheint, wollen wir, damit es recht vorwärts geht, den Rat erteilen, sich um besseres Material zu kümmern. Hunderte Bestandteile, speziell in Metall — welches oft mehr einem vom Bumm gernagten Stück Holz als einem Stück Metall ähnlich ist — müssen als unbrauchbar weg-geworfen werden. Dasselbe gilt auch vom Rohguß, welcher größtenteils hart, porös und kernig ist. Das Schmiedeeisen ist langrissig und manchmal vom Dreher kaum zu be-stein. Ueberhaupt ist alles, mit wenig rühmlichen Aus-nahmen, was Rohmaterial heißt, von sehr fragwürdiger Qualität. Dem Herrn mit dem großen Schaffensdrang ist dies alles sehr gut bekannt. Daß er in der Beseitigung dieser krassen Uebelstände so wenig Eifer bekundet, ist be-dauerlich. Das können wir dem Herrn verraten: daß durch solch unsinnige Antreiberei die Arbeit anstatt be-schleunigt nur aufgehalten wird. Es gibt eine Menge Ar-beiter, welche durch ihre jahrelange Praxis auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Wenn man solchen Arbeitern gegenüber noch seine Unzufriedenheit äußert, ist der Respekt beim Teufel, weil dann der Herr als Laie nackt vor der Arbeiterschaft dasteht. Der Arbeiterschaft muß sich dann natürlicherweise eine Gleichgültigkeit und Unlust zur Arbeit bemächtigen. Es gehört eine ziemliche Portion Ueberhebung dazu, sich als Laie alten, erfahrenen und fleißigen Arbeitern gegenüber so zu benehmen. Wir wollen, daß jeder Arbeiter sein ganzes Können mit Rücksicht darauf, daß durch übermenschliche Anstrengung die Gesundheit vieler Schaden leidet, aufwendet, aber durch die gegen-wärtige Antreibemethode kann das nimmermehr erzielt werden. Die gesamten technischen Herren, welche sich momentan hier aufhalten, können nicht, weil es ihnen an der Praxis mangelt, von einem Arbeiter eine gerechte Leistung verlangen, daher ist auch ihr ganzes Herun-jagen zwecklos. Wir sind sehr neugierig, wie lange man oben noch studieren wird, um sich zu der Er-kenntnis durchzuringen, daß man zu einem gedehlichen Resultate die Arbeiter, das heißt die Praxis, miteinreden läßt. Auch den Werkmeistern mangelt mit wenigen Aus-nahmen oft eine durchgreifende Praxis. Gewöhnlich ist diesbezügliche einseitig. So zum Beispiel sind die hiesigen Werk-meister sämtlich dem Schlosserstande entnommen. Wenn man die leider noch existierende gegenseitige Voreingenom-men-heit der Arbeiter als Kategorien in Betracht zieht, so wird man ganz gut begreifen, daß die Arbeiter bei den Werkzeugmaschinen, weil von Leuten beaufsichtigt, die der Praxis entbehren, immer im Nachteil sind. Es wird nicht nur bei Arbeitsverteilung oft unsinnig gesündigt (Wider-spruch hören die Herren nicht gerne) und dadurch die Ar-beit aufgehalten, zum mindesten sehr erschwert. Es wird auch durch seine praktische Unsicherheit im Werkmeister stets der Verdacht genährt, daß bei seiner Abwesenheit die Ar-beit nicht in jenem beschleunigten Tempo vor sich geht wie bei seiner Anwesenheit. Beim Praktiker genügt ein Blick und er ist im klaren. Dies könnte alles besser und leichter gehen, wenn von jeder Kategorie ein oder mehrere alte Arbeiter mit der Arbeitsverteilung betraut würden. Die Herren Werkmeister könnten sich dann manches Paar Schuhhohlen ersparen. Durch das fortwährende Antreiben wird die Arbeitsleistung nicht nur nicht gehoben, sondern ge-rade das Gegenteil erzielt. Es bemächtigt sich der Arbeiter eine förmliche Verzweiflung, die Liebe zur Arbeit wird ver-gällt, das Dasein verelkt. Das zu begreifen, kann billiger-weise doch von einem Vorgesetzten verlangt werden, welcher selbst vor nicht zu langer Zeit noch Arbeiter war. Daß die Herren auch ihre Antreiber haben, das wissen wir, aber gegen eine Zumutung, sich der Arbeiterschaft gegenüber wie ein Bogt aus dem Mittelalter zu benehmen, sollten die Herren energisch Front machen. Noch an einem Bei-spiele wollen wir zeigen, wie unsere moderne Bureaufratie das Wort „Disziplin“ aufsaßt. An Samstagen wird bis 12 Uhr gearbeitet und damit dies auch auf die Sekunde geschieht (denn Ordnung muß sein), hat sich die hochwohl-weise Bureaufratie folgenden Modus verschliffelt: 5 bis 8 Minuten vor 12 Uhr stehen auf verschiedenen Stellen wie Feldherren (natürlich nicht mit Fernglas und Karte) mit der Uhr in der Hand die Herren Techniker Posto, um sofort auf den Weckreder, der es wagen sollte, vor dem Schlußzeichen seine Arbeit zu beenden, in folgender liebenswürdiger Weise loszugehen: „Wird nicht bis 12 Uhr gearbeitet?“ „Ja, Herr Ingenieur.“ Darauf der Herr: „Na also!“ „Aber Herr Ingenieur, ich kann doch in den paar Minuten nichts mehr anfangen, ich werde doch mit dem Einpannen nicht mehr fertig.“ Antwort des Herrn: „Das ist doch großartig!“ (Es fehlten noch zirka acht Minuten.) Das passierte einem Arbeiter, welcher eine 30jährige Dienst-zeit hinter sich hatte und bei einer sehr großen Werkzeug-maschine beschäftigt ist, wo das Einpannen oft mehrere Stunden in Anspruch nimmt. Es müßte gerade in der fehlenden Zeit ein Stück Arbeit mit Flaschenzug hochge-hoben werden um es, da nichts hängen bleiben darf (Stech-heitsvorschrift) wieder herabzulassen. O heiliger Bureaufra-tus! Die Arbeiter, welche ohnedies die schwerere Arbeit, die größere Verantwortung ohne bessere Bezahlung über die Woche haben, können dafür am Samstag, damit sie nicht ganz leer ausgehen, nach Meinung der jungen Herren an ihren größeren Werkzeugmaschinen etwas länger putzen. Dies zeigt wieder recht deutlich, daß die Herren im Arbeiter nur das Aus-beutungsojekt sehen, dessen Empfinden höchstens dem eines Tieres zu vergleichen ist. Haben die Herren schon einmal darüber nachgedacht, wie ihnen zu Mute sein würde, wenn ihnen von ihren höheren Vorgesetzten eine solche Be-handlung zuteil würde? Sollte es der Fall sein, sprechen wir ihnen unser Bedauern aus. Noch ein Wort über die Lantienemwirtschaft sei uns gestattet, selbst auf die Gefahr hin, daß es in den Wind gesprochen ist. Dieses Lantienem-früher Prämienystem wurde in unzähligen Versammlun-gen und Zeitungsartikeln als für den Staat schädlich nachgewiesen. Ob Beamte und Arbeiter oder, wie gegen-wärtig, erstere allein an demselben partizipieren, ist gleich. Von einer soliden Arbeit ist keine Spur, ein Hauptsystem im wahren Sinne des Wortes greift dafür Platz. Man wird oben einwenden, daß die technischen Behelfe durch die Steigerung des Verkehrs unzureichend geworden sind und für Werkstättenvermehrung, respektive Neubauten kein Geld da sei, daß man sich momentan nur mit dieser Wurstleiste erhalten, das heißt den Verkehr aufrecht erhalten kann. Aber die Herren sollen oben nicht zu viel Vogel-straußpolitik spielen, bis es zu spät wird. Die Sündflut bleibt für diese Methode ohnedies nicht aus. Die Erfahrung

lehrt, daß das anscheinend Billige das Teuerste ist. Wenn die öffentliche Meinung eine Ahnung hätte, wie Leicht-fertig mit der Wiederherstellung der Transportmittel oft ungeprüngten werden muß, um den Anforderungen gerecht zu werden, es würde sich alles wie ein Mann gegen diese Arbeitsmethode erheben. Wenn ein Arbeiter schüchtern eine Einwendung erhebt, heißt es, er sei neidisch, weil die Herren die paar Kronen Lantienem erhalten. Sind sich auch die Herren bewußt, welch große Verantwor-tung sie tragen? Die Arbeiter verwahren sich ganz entschieden bei Hereinbruch einer größeren Katastrophe, die Verant-wortung mit zu übernehmen. Es ist ein Armutszengnis, wenn sich die Herren mit solch fraglichen und unsicheren Einnahmen einlassen lassen. Die gesamte kleine und mittlere technische Beamtenschaft mit den Herren Werkmeistern an der Spitze hat sich nicht nur durch das Aufgreifen dieser Prämienwirtschaft (Trinkgeldwesen) als arbeitserföndlich nach unten entpuppt, sie haben sich dafür nach oben als „Intelligenzler“ zu zeigen gerührt, welche nicht gewillt sind, für ihre fixen Bezüge ihre Pflichten so zu erfüllen, wie es mit den derzeitigen technischen Hilfsmitteln schlecht und recht möglich wäre. Nach der Stabilisierung erfolgt die Veranoderung der Arbeiter nach oben hin, daß dieselben durch Teilwerdung der Stabilisierung pflichtvergessen, inter-esselos und faul wurden und heute streicht man mit Hilfe derselben Arbeiterschaft Lantienem ein! Ist das nicht spahig? Zur Ehre sei es gesagt, daß man das oben bald zu deuten verstand. Als durch die Stabilisierung ver-schiedene Einnahmsquellen verfielen, da mußten als Ersatz die Lantienem geschaffen werden, die „Intelligenz“ ist ein-mal nicht anders herumzukriegen. Vom ungebildeten Ar-beiter verlangt man, daß er ohne Nebeneinkommen mit minimalen fixen Bezügen seine Pflicht voll und ganz er-fülle, er tut es auch und würde noch mehr tun, wenn seine Beamten es verstünden, ihn als Mensch zu behandeln. Im nächsten Artikel wird über technische Fähigkeiten ge-sprochen werden.

Erläuterungen

zur Ueberführung der provisorischen Bedien-steten der Böhmisches Nordbahn in das Pro-visionsinstitut der k. k. Staatsbahnen.

Erlaß vom 2. Juli 1909, Z. 17581. An alle Dienststellen. Aufnahme in das Provisionsinstitut für Diener und Hilfsbedienstete der k. k. öster-reichischen Staatsbahnen.

Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit dem Erlaß vom 22. Mai 1909, Z. 15544, verfügt, daß nunmehr die im Bereich der k. k. Direktion für die Böhmisches Nordbahn beschäftigten Taglohnbediensteten (Hilfsbeamte — auch im Monatsbezug — Diurnisten, Diurnistinnen, nicht dekret-mäßig angestellte Diener und Arbeiter) in das Provisions-fondsinstitut für Diener und Hilfsbedienstete der k. k. öster-reichischen Staatsbahnen aufgenommen werden können.

Hierzu wird vorangängig bemerkt, daß die nach dem 31. Dezember 1908 hierorts zu Dienern dekretmäßig er-nannt oder mit Dekret aufgenommenen Personen, welche das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dem genannten Provisionsinstitut pflichtgemäß bereits an-gehören.

I. Beamtenaspiranten und Bolontäre können nicht Mitglieder des Provisionsinstituts werden, dagegen aber fallen in Einsicht auf die Aufnahmszulässigkeit die anderen Aspirantenkategorien (als Stationsausseheraspiranten, Ver-ladeausseheraspiranten, Bahnaufseheraspiranten und der-gleichen), solange diese Kategorien überhaupt noch bestehen, in den Rahmen der hier berufenen ministeriellen Ge-nehmigung.

Für die Aufnahme der im Eingang dieses Erlasses bezeichneten Taglohnkategorien, welche im weiteren Text dieses Erlasses als „Hilfsbedienstete“ bezeichnet werden, gelten im allgemeinen die durch das Provisionsstatut für Diener und Hilfsbedienstete der k. k. österreichischen Staats-bahnen und den Ministerialerlaß vom 4. März 1902, Z. 2554, beziehungsweise vom 19. Dezember 1908, Z. 51787, auf-gestellten Bedingungen.

Diese Bedingungen werden im folgenden wiederholt:

- a) Alter unter 55 Jahren; b) mindestens einjährige zufriedenstellende Dienst-leistung bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen; c) Nichtbezug einer den Betrag von 600 Kr. über-steienden Pension oder Provision aus einer Staatskasse oder aus einem Fonds der k. k. österreichischen Staats-bahnen einschließlich der Böhmisches Nordbahn; d) bahnrätlich nachgewiesene vollkommene körper-liche und geistige Gesundheit; e) österreichische Staatsbürgerchaft.

Die bei der Böhmisches Nordbahn zurückgelegte Tag-lohndienstzeit wird den Aufnahmewerbern in die sub b) vorgesehene einjährige Wartezeit eingerechnet.

II. Um den Beitritt zum Provisionsinstitut für die Hilfsbediensteten erspriechlicher zu gestalten, hat das k. k. Eisenbahnministerium mit dem Erlaß vom 22. Mai 1909, Z. 15544, über Antrag der k. k. Direktion umfassende Erleichterungen rüchlich der Einrichtung der Normal-alterüberschreitungsgebühr (§ 8 II. des Provisionsstatuts), erster Nachtrag sowie weitgehende Begünstigungen bezüg-lich der Anrechnung früherer (Taglohn) Dienstzeit zu ge-nehmigen gerührt, indem die k. k. Direktion ausnahmsweise ermächtigt wurde,

1. denjenigen Taglohnbediensteten, welche bis zum Ende des Jahres 1909 um die Aufnahme in das Pro-visionsinstitut ansuchen, die Abkattung der von ihnen bei Ueberschreitung des 35. Lebensjahres gemäß § 8, II, Z. 1 des Provisionsstatuts zu entrichtenden Normalalterüber-schreitungsgebühr in höchstens 60 Monatsraten statt in der statutarisch vorgegebenen Zahl von höchstens 24 Monats-raten zu bewilligen und

2. denjenigen in das Provisionsinstitut aufgenom-menen Taglohnbediensteten, welche bis zum Ende des Jahres 1909 um Anrechnung früherer, im Dienste der B. N. B. vollstreckter Taglohndienstzeit bittlich werden, eine Dienstzeit von höchstens fünf Jahren, und zwar sofort unter der Bedingung anzurechnen, daß diejenigen einfachen Beiträge, welche der Anrechnungswerber gemäß § 8 zu leisten gehabt hätte, wenn er schon seit Beginn der Zeit, deren Anrechnung er anstrebt, bis zum Beginne seiner wirklichen Teilnahmezeit am Provisionsinstitut unausgesetzt Mitglied desselben gewesen wäre, sowie auch die stufen-

weise zu berechnenden 4prozentigen Zinsen dieser Beiträge von dem Betreffenden nachgezahlt werden.

III. Zur gedachten Aufnahme in das Provisionsinstitut sowie zur Bewilligung der Anrechnung früherer Dienstzeit ist die k. k. Direktion kompetent.

IV. Die bezüglichen Aufnahmsgesuche, welche dem Eingabestempel im Ausmaß von 1 Kr. per Bogen unterliegen, sind vom Petenten eigenhändig zu unterfertigen und müssen

- 1. mit dem Tauf-, beziehungsweise Geburtschein und
- 2. mit einem bahnärztlichen Parere jüngsten Datums versehen sein.

Sollte es die k. k. Direktion im zweifelhaften Fall für notwendig erachten, zum Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft den Heimatschein einzufordern, so ist der betreffende Bedienstete zu dessen Beschaffung verpflichtet.

Jedes dieser Gesuche ist seitens der Herren Dienstvorstände einzubegleiten, welche Einbegleitung zu enthalten hat:

- a) den Tag, seit welchem der Aufnahmswerber ununterbrochen im hierortigen Dienste steht;
- b) ob die Dienstleistung desselben zufriedenstellend ist;
- c) ob für den Petenten eine dauernde Verwendung vorhanden ist und
- d) welchen Bezug, beziehungsweise Lohn per Tag (bei Akkordarbeitern garantierten Minimaltaglohn) derselbe bezieht.

Gesuche, welche auch die Bitte um Anrechnung früherer Dienstzeit enthalten, müssen in unzweifelhafter Weise den Nachweis enthalten, daß der Anrechnungswerber die ganze Zeit, um deren Anrechnung er ansucht, auch wirklich in hierseitigen Diensten gestanden ist.

Sollte der Petent den Beweis durch ein Dokument nicht einbringen können, so hat der unmittelbare Dienstvorstand anlässlich der Einbegleitung des Gesuches gewissenhaft zu erklären, ob er seinerseits in der Lage ist, zu bestätigen, daß der Petent in der betreffenden Zeitperiode wirklich ununterbrochen im hierortigen Dienste gestanden ist.

Eine Unterbrechung der zur Einrechnung angemeldeten Dienstzeit, auch wenn die Unterbrechung nur wenige Tage beträgt, ist in Abzug zu bringen.

Im Falle der Vorlage der Gesuche um Dienstzeitanrechnung hat der einbegleitende Bericht nicht nur die Angabe des derzeitigen Bezuges des Petenten, sondern auch den jeweiligen Bezug unter Anführung der Bezugsdaten während der anzurechnenden Zeit zu enthalten.

Die seitens der k. k. Direktion gemäß § 6 des Statuts zu erteilenden Zeugnisse über die Teilnahmszeit am Provisionsinstitut sind stempelfrei.

V. Die Beiträge, welche die Mitglieder des Provisionsinstituts zu leisten haben, sind im § 8 (I) des Statuts (erster Nachtrag) normiert.

Mitglieder, welche bei der Aufnahme in das Provisionsinstitut das 35. Lebensjahr bereits überschritten haben, müssen, wie bereits früher erwähnt, eine Normalaltersüberschreitungsgebühr in Gemäßheit des § 8 (II) des Statuts (erster Nachtrag) entrichten.

Weigefügt wird, daß im Grunde des Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 24. September 1908, Z. 49.282 (verlautbart im LV. Stück des Amtsblattes des k. k. Eisenbahnministeriums ex 1908), die Provisionsbemessungsgrundlage eine Erweiterung von 70 Prozent auf 85 Prozent erfahren hat und daß weiters der Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 12. November 1908, Z. 55.622 (verlautbart im LV. Stück des Amtsblattes des k. k. Eisenbahnministeriums ex 1908), die anderthalbfache Anrechnung der Jahrsdienstjahre des Zugbegleitungs-personals der k. k. österreichischen Staatsbahnen normiert.

Die anderthalbfache Bemessung hat selbstverständlich für die Einrechnung einer früheren Dienstzeit keine Anwendung zu finden.

Diese beiden Begünstigungen involvieren die mit den letztzitierten zwei Erlassen verfügten Beitrags-erhöhungen.

Die Einbringung der Provisionsfondsbeiträge erfolgt in Gemäßheit des § 9 des Statuts (erster Nachtrag) im Wege des Abzuges von den Bezügen.

VI. Die Rechte der Mitglieder sind in den §§ 12 ff des Statuts festgelegt.

k. k. Direktion für die B. N. B.:
Dr. Bandis.

Streik der Oberbauarbeiter.

Bei der Südbahn in der Strecke St. Michele-Asio sind seit Donnerstag den 22. Juli sämtliche Oberbauarbeiter in den Streik getreten.

Infolge der rapid gestiegenen Preise aller Bedarfsartikel ist dort die Existenzbedingung für alle Arbeiter sehr erschwert, so daß die dortigen Arbeiter in den Privatunternehmungen in den Gebieten von Rovereto und Trient mit ihren Löhnen, die für Handlanger 3 Kr., für Professionsisten 4 bis 5 Kr. betragen, nur schwer ihr Auskommen finden. Die Südbahn aber zahlt ihren Oberbauarbeitern wahrhafte Hungerlöhne von Kr. 2.10 bis 2.50, Kr. 2.70 für Partieführer und erst den Professionsisten 3 Kr. Der Professionsist bei der Südbahn hat also dort so viel als der Handlanger in den Privatunternehmungen. Wenn nun schon die Lage dieser Arbeiter eine schwere ist, so ist leicht denkbar, wie die der Arbeiter bei der Bahnerhaltung sein muß. Die Oberbauarbeiter haben daher anfangs Juni an die Südbahn ein Gesuch gerichtet, in welchem sie um eine Erhöhung ihres Lohnes auf das Ausmaß der übrigen Arbeiter in den Privatbetrieben angefragt und auf die schwierigen Verhältnisse hingewiesen haben. Sie erhielten jedoch keine Antwort. In einer Versammlung beschlossen nun die Arbeiter, wenn sie nicht binnen einer Woche eine Antwort erhalten, in den Ausstand zu treten und teilten diesen Beschluß der Organisation mit. Trotzdem diese Arbeiter nicht organisiert sind, hat die Organisation mit Rücksicht auf die Verhältnisse die Sache in die Hand genommen, um selbe auf gutlichem Wege auszutragen. Die Organisation hat sofort die Südbahn unter Hinweis auf die dortigen Verhältnisse auf die Situation aufmerksam gemacht und versucht, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Gleichzeitig hat die Organisation die Arbeiter bewogen, den Termin bis zur Antwort aufzuschieben, um der Südbahn die zur eigenen Ueberzeugung vom Stand der Angelegenheit nötige Zeit zu lassen. Wiederholt haben die Vertreter der Organisation eingewirkt, daß sich die

Arbeiter noch gedulden sollten, wozu sich aber die Arbeiter nur schwer und am 18. Juli nur mehr auf drei Tage, also bis zum 21. Juli, bewegen ließen. Bis zu dieser Zeit hat sich die Organisation wiederholt bemüht, ein entsprechendes Entgegenkommen seitens der Südbahn zu erwirken. Die Südbahn, respektive deren Baudirektion unter Leitung des Herrn Direktors Oberbaurates Pichler verfügte für 26 Arbeiter, die drei Jahre keine Zulage erhalten hatten, eine solche von 10 G. Auf diese Zulage hatten diese Arbeiter ohnehin nach den Lohnnormen der Südbahn Anspruch.

Nebenbei sei zur Illustration, wie die Baudirektion ihre Arbeiter behandelt, bemerkt, daß die Maschinen-direktion und die Verkehrsdirektion ihren Arbeitern alle drei Jahre eine Zulage von 10 und 20 G., und zwar am 1. Jänner und 1. Juli gibt, während die Baudirektion nur 10 G. und nur am 1. Juli gewährt.

Auf diese Veranlassung der Baudirektion waren die Arbeiter nicht befriedigt, sondern noch mehr gereizt. Ihre Ansicht darüber gaben die Arbeiter in einer Resolution, die sie der Südbahn übermittelten, Ausdruck. Trotzdem die Vertreter der Organisation die Baudirektion auf die Situation aufmerksam machten, verstand sich die Baudirektion nicht weiter, als daß sie den Arbeitern bekanntgeben ließ, daß sie gesonnen sei, die Löhne auf Kr. 2.30 zu erhöhen. Die Wirkung dieser Maßnahme war dieselbe, wie die erste, nachdem nach beiden Verfügungen nur ein Viertel der Arbeiter eine Zulage erhalten hätte, und von diesem die meisten nur 10 G. In einer Versammlung, die am 18. Juli in Rovereto tagte, kam die Stimmung der Arbeiter hierüber lebhaft zum Ausdruck und wurde dieselbe in unverblümter Weise der Südbahn respektive der Baudirektion zur Kenntnis gebracht. Die Arbeiter erklärten, daß wenn sie nicht bis 21. Juli abends eine befriedigende Antwort erhalten, unter diesen Verhältnissen nicht mehr weiter arbeiten zu können. Herr Oberbaurat Pichler war jedoch nicht zu bewegen, ein weiteres Zugeständnis zu versagen. Er erklärte vielmehr, es sei nicht wahr, daß die Verhältnisse so schlecht sind, wie sie die Vertreter der Organisation angaben, auch seien die Arbeiter gar nicht unzufrieden und von einem Ausstand sei überhaupt keine Rede, er wisse das besser, dabei bleibe er und gehe nicht davon ab.

Auf diese Erklärung hielten es die Vertreter der Organisation für beste, keine Worte zu verlieren und es dem Laufe der Sachlage zu überlassen, den Herrn Direktor Oberbaurat Pichler von seinem Unrecht zu überzeugen.

Am 21. Juli, als das Ergebnis der letzten Schritte mitgeteilt wurde, erklärten die Arbeiter unter diesen Umständen nicht mehr weiter arbeiten zu können und beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten.

Am 22. Juli und bisher kam kein einziger Oberbauarbeiter zur Arbeit; mehrere kroatische sind sofort abgereist, um anderswo Arbeit zu suchen und existieren zu können.

Die Streikenden stehen fest, denn auf ihrer Seite ist das Recht. Sie haben nicht mehr verlangt, als was zu ihrem bescheidenen Leben notwendig ist. Sie haben auch insolge dessen die Bevölkerung auf ihrer Seite. Alle dortigen Blätter, ohne Unterschied der Partei, sprechen sich offen gegen die Haltung der Südbahn respektive der Baudirektion aus.

Aber nicht nur die Sympathie der Bevölkerung des dortigen Gebietes, sondern die aller rechtlich denkenden und fühlenden Menschen löst sich angezichts der ganzen Sachlage von selbst aus. Wenn sich auch die Baudirektion, wie uns mitgeteilt wird, bemüht, andere Arbeiter heranzuziehen — 200 aus Kroatien — so wird ihr das nicht helfen.

Unter Arbeitern ist Solidarität, und selbst die kroatischen Arbeiter, die der Baudirektor zum Beweis seiner unbeschränkten Durchsührung des Hungerlohnsystems nehmen will, sind nicht frei von Solidarität.

Der Herr Oberbaurat Pichler wird auch zum Einsehen kommen müssen, daß Verhältnisse selbst vor dem starren Willen eines Baudirektors nicht halt machen.

Inland.

Eine wichtige Entscheidung über Eisenbahninvestitionen hat vor einigen Tagen der Verwaltungsgerichtshof gefällt. Sie betrifft eine Beschwerde, die die Auffig-Teplitzer Bahn gegen die ihr von der Aufsichtsbehörde aufgetragenen Investitionen überreicht hatte. Der Verwaltungsgerichtshof hat diese Beschwerde mit der sehr zutreffenden Begründung abgewiesen, daß die gesetzliche Bestimmung, wonach die Gesellschaft die Pflicht habe, die Bahn in betriebssicherem Zustand zu erhalten, keineswegs bloß die Pflicht bedeutet, die Bahnobjekte konsensgemäß in ordentlichem Bauzustand zu erhalten, sondern darüber hinaus auch die Pflicht, der Entwicklung des Verkehrs und den hierdurch geänderten Verhältnissen entsprechend sowie auch nach Maßgabe der Fortschritte des Fachwissens jeweils alles Erforderliche, also auch Veränderungen an den Bahnanlagen, vorzunehmen, um den Betrieb ohne Gefährdung der Sicherheit abzuwickeln. Eine andere Auffassung würde zu der — sicher unhaltbaren — Folgerung führen, daß eine Bahnunternehmung, wenn sie nur ihre Objekte in konsensgemäßem Zustand erhält, unbeanstandet ihren gesteigerten Betrieb mit den ursprünglichen, längst unzulänglich gewordenen Anlagen in der sicherheitsgefährlichen Weise durchzuführen berechtigt wäre, ohne daß die gerade in erster Linie zur Wahrung der Sicherheit berufene Behörde dagegen Abhilfe schaffen könnte. Es müssen also die bezogenen gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne verstanden werden, daß es der Behörde anheimgestellt ist, entweder die Entwicklung des Verkehrs über ein gewisses Maß hinaus mit Rücksicht auf den Bauzustand der Bahnanlagen nicht zuzulassen — was aber wohl schon mit Rücksicht auf die Bestimmung jeder Bahn von vorneherein ausgeschlossen ist oder doch nur vorübergehend verfügt werden könnte — oder wenn die Ausgestaltung des Betriebes wegen der Verkehrsbedürfnisse unaufhaltsam geworden ist, die Bahnunternehmung, die nicht schon aus eigenem Antrieb in dieser Entwicklung entsprechenden Veränderungen an ihren konsentierten Anlagen vornimmt, durch Aufsichtsverfügungen zur Bornehme der dem gesteigerten Verkehr entsprechenden Herstellungen zu verhalten. In dieser Hinsicht sind auch die von der Gesellschaft bezogenen Bestimmungen ihrer Konzessionsurkunden zu verstehen. Ihr Rechtsstandpunkt erweist sich als unhaltbar.

Darüber zu entscheiden, welche Herstellungen an Bahnen zum Standpunkt der Betriebssicherheit notwendig sind, ist, die ordnungsmäßige Feststellung des Tatbestandes vorausgesetzt, dem sachlichen, also freien Ermessen der Staatsbehörde anheim gestellt.

Die Geschäftsvereinfachung bei den Staatsbahnen, die seit langem im Zuge war, ist nun mittelst eines Erlasses des Eisenbahnministeriums durchgeführt und tritt mit 1. August l. J. in Wirksamkeit. Im Wesen besteht die eingeleitete Neuerung darin, daß das Eisenbahnministerium entlastet, die Befugnisse der Staatsbahndirektionen erweitert, die Bewegungsfreiheit der Direktionen sowie ihre Unabhängigkeit von der Zentralstelle gestiegt wird.

Von Wichtigkeit sind die Änderungen in Bezug auf Personallagen, von denen eine Reihe den Staatsbahndirektionen zugewiesen werden. Zunächst die normalen Vorrückungen der Beamten nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften, sodann die Besetzung von Beamtenposten der VII. und VIII. Rangklasse mit Ausnahme der Abteilungs-vorstände, Direktionskassiere etc., ferner die Besetzung, Dienstenthebung sowie Pensionierung von Beamten der VII. Rangklasse, sodann die Besetzung von Beamtenaspiranten und Beamten der X. bis inklusive VII. Rangklasse, weiters die Einteilung der bahnärztlichen Bezirke, die Zuerkennung von Zulagen, Remunerationen bis zum Betrag von 500 Kr. an dieselbe Person innerhalb eines Rechnungsjahres. Weiters obliegen den Direktionen die Zugeständnisse von Zuschüssen bei Brandschäden bis zum Betrage von 1000 Kr., die Nachsicht und Abschreibungs-bewilligung von Ersparnisverwendungen bis zum Betrag von 1000 Kr. und ähnliche Zuwendungen, der Abschluß von Vergleichs- über Ansprüche der Staatsverwaltung, die Gewährung von freiwilligen einmaligen Spenden und Beiträgen zu fremden wohltätigen oder öffentlichen Zwecken bis zum Betrag von 500 Kr. Den Direktionen obliegen weiters die Abschlüsse von bestehenden oder sonstigen Verträgen über wiederkehrende Leistungen, wenn der Jahreszins 10.000 Kr. nicht übersteigt; überdies die Auflassung von Pönalien aus Bau-, Lieferungs- und sonstigen Verträgen durch die Staatsbahndirektionen, welche die Verträge abgeschlossen haben, wenn die Lieferung verspätet erfolgt ist und der Bahnanfall kein Schaden erwachsen ist, bis zum Betrage von 1000 Kr. In den Fällen dieser Pönalien, die besonders auf den östlichen Bahnen häufig vorgekommen sind, sind also die Staatsbahndirektionen ausschließlich zur Entscheidung berufen und wird die Kompetenz des Eisenbahnministeriums ausgeschaltet. Eine besonders wichtige Bestimmung geht dahin, daß in Fällen, welche nur relativ kleine Beträge betreffen, ein Rekurs an das Eisenbahnministerium ausgeschlossen ist. Die Eisenbahndirektionen haben nämlich die endgültige, keinem weiteren Rechtszug an das Eisenbahnministerium unterliegende Entscheidung der aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr erwachsenden Entschädigungsansprüche wegen Verlustes, Minderung oder Beschädigung bis zum Betrag von 100 Kr. und wegen Ueberziehung der Lieferfrist sowie wegen sonstigen Schadens aus dem Transportgeschäft bis zum Betrag von 50 Kr. für den einzelnen Fall, ebenso die Entscheidung in Gebührensersatzungsansprüchen aller Art (Ansprüche auf Erstattung von Fahr-geld, auf Berichtigung von Irrtümern und Rechnungsfehlern, Refaktien, Erstattung von Nebengebühren etc.) bis zum Betrag von 100 Kr. Auch sonst wird in Bezug auf andere Abgaben der Kompetenzkreis der Direktionen mehrfach erweitert. Ob diese Änderungen in allen Fällen vorteilhaft sein werden, wird jedenfalls abzuwarten sein.

Das zweite Geleise der Nordwestbahn. Das Eisenbahnministerium hat an die Verwaltung der Nordwestbahn einen Erlass gerichtet, in welchem der Bau eines zweiten Geleises von Melnik bis Leitmeritz angeordnet, die Herstellung desselben zwischen Stoderau und Oberhollabrunn aber vorläufig zurückgestellt wird.

Wie die Lebensmittelwucherer arbeiten. Das „Oesterreichische Sanitätswesen“ entnimmt dem Jahresbericht für 1908 der k. k. Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Graz einige interessante Daten, aus denen zu ersehen ist, daß die Lebensmittelwucherung auch in jenen Kronländern floriert betrieben wird, die von der modernen Kultur noch nicht so stark beledet sind, zum Beispiel in Krain und Dalmatien. Von den untersuchten Proben aus sechs Kronländern waren 2786 (78.5 Prozent) von der Anstalt selbst, 409 von Behörden, 354 von Privaten eingeleitet, 2048 = 57.6 Prozent wurden beanstandet, hieron 1027 der Staatsanwaltschaft angezeigt. Einige der am häufigsten untersuchten Nahrungsmittel oder Gebrauchsgegenstände seien hier aufgezählt. Es wurden untersucht Proben, davon beanstandet:

Milch	2216	1347
Gewürze	391	165
Birge	104	65
Sprituosen	98	54
Wein	84	19

Das beweist, wie notwendig die schärfste Lebensmittelkontrolle ist. Aber gerade nach dieser Richtung bleibt in Bräun noch sehr viel zu wünschen übrig.

Rusland.

Stellungnahme der amerikanischen Gewerkschaften gegen die Einwanderung. Unter den amerikanischen Gewerkschaftern gibt es in der Einwanderungsfrage seit langem zwei einander widersprechende Richtungen. Die eine vertritt auf dem Amsterdamer Kongress die Mehrheit der amerikanischen Delegation, die den Ausschluß der Neger und Kulis forderte. Gegen die Mehrheitsresolution machte Genosse Nikolaus Klein im Namen der amerikanischen Minderheit unter anderem geltend, daß man, sobald man Unterschiede zwischen den Nationen mache, dazu gelangen müsse, auch die Italiener, Polen u. s. w. von Amerika fernzuhalten. Hierzu scheint jetzt in der Tat ein Teil der amerikanischen Gewerkschaften zu gelangen, ja sie scheinen für noch viel durchgreifendere Beschränkungen der Einwanderung, wenn nicht für ein Einwanderungsverbot zu sein. Benigstens war das, mit nur einer Ausnahme, die Tendenz aller Redner, die sich kürzlich in einer zweistündigen Verhandlung der New-Yorker Central Federated Union über das Einwanderungs-wesen äußerten. Es wurde auch eine in Washington gehaltene Rede John Mitchells verlesen, welcher meinte, daß das Streben der Arbeiter anderer Länder, ihre Lage durch Auswanderung nach Amerika zu verbessern, ja ganz verständlich sei, daß aber „uns“ die Wohlfahrt der amerikanischen Arbeiter doch mehr am Herzen liegen müsse. Die Massenemwanderung drücke die Löhne herunter. Die Einwanderung sei „um so schärfer zu verurteilen“, als im allgemeinen an Arbeitskräften niemals Mangel herrscht habe.

Die deutschen bürgerlichen Blätter Amerikas bezeichnen die jetzige Stellungnahme der größten Gewerkschaftsorganisation des Landes als engherzigen Nativismus. Der Nativismus, der alle nicht in Amerika geborenen Menschen verachtet, ist aber ein rein bürgerliches Gewächs, was die betreffenden Gewerkschafter zu ihrem radikalen Frontwechsel in der Einwanderungsfrage veranlaßt, sind nicht alberne bürgerliche Vorurteile, sondern proletarische Gründe, wenn auch keine guten. Sie wollen sich nicht die berühmte „Elbogensfreiheit“ durch die Einwanderer verkümmern lassen. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit im Lande ist das verständlich, gegenüber dem Massenimport ausländischer Streikbrecher, dem das Kontraktarbeitergesetz vorbeugen sollte, ist es sogar berechtigt. Aber selbst diese Schäden der Einwanderung könnten die amerikanischen Gewerkschaften wirksamer bekämpfen, wenn sie aus ihrer vornehmen Exklusivität heraus- und mit den europäischen Organisationen in Verbindung treten würden. Darüber hinaus ist es aber verkehrt, die Einwanderung in ein Land zu beschränken oder gar zu verbieten, das auf einen Flächenraum, auf dem in Europa 400 Millionen Menschen wohnen, nur erst 80 Millionen beherbergt.

Deutschland als abschreckendes Beispiel. In einer Versammlung von Kaufleuten der Londoner City hielt Premierminister Asquith eine Rede über das Budget, in der er unter anderem sagte, er wisse nicht, was die Freunde des Schutzzolles über ihre jetzigen Aussichten dächten. Er wies aber darauf hin, daß zwei große Länder, deren größter Rivale England auf dem Gebiete des Handels ist, gegenwärtig einen Zolltarif auf Fabrikate erproben. Ein voll entwickelter, auf wissenschaftlicher Grundlage bearbeiteter Zolltarif sei zwei Jahre lang in Deutschland in Wirksamkeit gewesen und Deutschlands Defizit sei viel größer, als das Englands. Es habe schon den Sturz eines der mächtigsten Staatsmänner Europas verursacht. Die Deutschen bliden mit einem gewissen Neugier nach einem Mittel aus, um die trotz des „wissenschaftlichen Tarifes“ bestehenden Lücken auszufüllen. Asquith sprach dann über die Revision des amerikanischen Zolltarifes, den die amerikanischen Staatsmänner als einen Triumph der Sonderinteressen über die Interessen der Allgemeinheit ansehen.

Als bei Beratung des Zolltarifes unsere Parteigenossen in Deutschland erklärten, daß damit nur eine Schädigung des Volkswohls in Deutschland herbeigeführt wird, erklärten die Argarier und Junker, das sei nicht wahr. Jetzt bekommen sie diese Tatsache von einer Seite bestätigt, die gewiß über den Verdacht erhaben ist, in diesem Falle nicht das Richtige zu treffen.

Die Betriebsergebnisse der Eisenbahnen Süd-Australiens (1908 bis 1909). Das „Railway Budget“ von Neusüdwales bringt in seiner letzten Nummer einen Bericht über die Betriebsergebnisse der Eisenbahnen Südaustraliens für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909. Es ergibt sich darnach für das erste Viertel von 1909, verglichen mit derselben Zeitperiode von 1908, eine Einnahmeverminderung um 26.200 Pfund Sterling und eine Ausgabenvermehrung von 13.150 Pfund Sterling; die neun Monate des Jahres 1908 zeigen gegen die von 1907 eine Verminderung der Einnahmen um 66.100 Pfund Sterling und eine Vermehrung der Ausgaben um 56.500 Pfund Sterling. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Anteilnahme der beiden Provinzen an den mangelhaften Betriebsergebnissen:

	1. Jänner bis 31. März		1. April bis 31. Dezemb.	
	1908	1909	1907	1908
	Pfund Sterling			
Südprovinzen:				
Einnahmen . . .	441.400	415.200	1.342.900	1.276.800
Ausgaben . . .	226.000	239.150	671.000	727.500
Ueberschuß . . .	215.400	176.050	671.900	549.300
	Pfund Sterling			
Nordprovinzen:				
Einnahmen . . .	3007	2380	11.802	9741
Ausgaben . . .	3617	3208	10.110	9420
Ueberschuß . . .	—	—	1.192	321
Direkter Verlust . .	610	828	—	—

Große Arbeitseinstellungen waren die Hauptursache dieser beträchtlich verminderten Profite.

Die Löhne im Eisenbahnpolizisten in Amerika. Im „Switchmens' Journal“ wird ein interessanter Vergleich gezogen zwischen den Löhnen der Beamten im Postdienst auf den Eisenbahnen in Amerika und in den europäischen Ländern England, Frankreich und Deutschland. Nach den Daten, die da angeführt werden, verschwindet die vor den amerikanischen Unternehmen konsequent verbreitete Legende von den Hiesensöhnen in Amerika vollends und dies bezweckt der Schreiber des angeführten Aufsatzes. Die Löhne der Eisenbahnpolizisten stellen sich in den einzelnen Ländern wie folgt:

Amerika	1165 Dollars per Jahr
England	780 „ „
Deutschland	515 „ „
Frankreich	610 „ „

So besehen, ergibt sich nun allerdings für Amerika ein bedeutend höherer Lohnsatz. Zieht man aber in Betracht, daß in den europäischen Ländern die Lebenshaltung um 30, 40 Prozent und noch mehr billiger ist, so ergibt sich bei der Pinzuzählung dieser Vergünstigung schon, wie nachstehend gezeigt, eine bedeutende Verschiebung der Lohnhöhe, und zwar:

Amerika	1165 Dollars per Jahr
England	+ 30 Prozent = 1114 „ „
Deutschland	+ 30 „ = 734 „ „
Frankreich	+ 40 „ = 871 „ „

Außerdem bezieht der englische Eisenbahnpolizist 160 Dollars per Jahr an Reisezulagen, der deutsche erhält freie Wohnung in Werte von 135 Dollars (in Amerika müßte er dafür 240 bis 360 Dollars bezahlen), der französische erhält 180 Dollars Reisezulagen und freie Wohnung, für welche er in Amerika 160 bis 300 Dollars entrichten müßte. Fügt man diese Extrabzüge, auf amerikanische Verhältnisse umgerechnet, den Gehältern bei, so ergibt sich schließlich, daß die „Differenz“ gegenüber den „ochentlohnern“

Beamten des Eisenbahnpolizisten in Amerika nicht so arg ist, denn die richtigen Ziffern sind nunmehr folgende:

Amerika	1165 Dollars per Jahr
England	1344 „ „
Deutschland	974 „ „
Frankreich	1228 „ „

Es wird endlich noch angeführt, daß in diesen drei europäischen Ländern diese Kategorie arbeitender Menschen auch Alters- und Unfallpensionen beziehen können, während die Amerikaner leer ausgehen. Die hohen Löhne Amerikas stellen sich also bei Licht betrachtet, speziell für den Eisenbahnpolizisten als eitel Plunkererei dar.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein verurteilter Reichsbändler. Der Obmann der Ortsgruppe Znaim des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, Offiziant Adolf Wilhelmseder, hielt am 6. Juni d. J. eine Versammlung in Laa an der Thaya ab. Zu dieser Versammlung erschienen auch mehrere Genossen mit Franz Babowsky an der Spitze, meldeten sich, um vielfachen Entstellungen entgegenzutreten, zum Wort, doch wurde ihnen nach bekannter Manier das Wort nicht erteilt. Sie sahen sich daher veranlaßt, in einem abgeordneten Lokal eine § 2-Versammlung abzuhalten. Als Genosse Franz Babowsky nach der Versammlung nach Grubbach kam, um dort seinen Zug zu übernehmen, bemerkte er den Wilhelmseder, der gleichfalls von Laa gekommen war. Babowsky nahm von ihm keine Notiz und ging in die Bahnrestauration. Wilhelmseder aber trat auf ihn zu und begann in rühmenden Worten von der Ortsgruppe in Laa zu sprechen. Babowsky ließ sich nur widerwillig in das Gespräch ein, nahm jedoch Veranlassung, dem Wilhelmseder einige Parteifünden vorzuhalten und wies unter anderem darauf hin, daß Wilhelmseder zuerst Anhänger des Beberitsch-Bundes war und nachdem dieser in Znaim in seinem eigenen Kot erstickt sei, Reichsbändler geworden sei, was an Gefinnungslumperei grenze. Wilhelmseder tat hierauf die Aeußerung: „Es ist besser, unter der Fahne des Beberitsch und des Krot als unter der Fahne des Tomtschil; der Tomtschil hat mich betrogen!“ Babowsky verlangte Aufklärung für diese Behauptung, worauf Wilhelmseder erwiderte, der Abgeordnete Tomtschil habe ihn durch die passive Resignation vom Jahre 1907 um sein Avancement betrogen. Diese Behauptung wiederholte er im Gespräch noch öfter.

Abgeordneter Josef Tomtschil erhob wegen dieser Aeußerungen gegen Wilhelmseder die Anklage, über welche am 19. Juli 1909 die Hauptverhandlung vor dem Bezirksgericht Joslowitz stattfand.

Auf die Frage Richters, ob er sich schuldig bekenne, antwortete Wilhelmseder wörtlich: „Ich weiß gar nichts, daß ich Herrn Tomtschil beleidigt habe, ich kann mich nicht erinnern, daß der Name Tomtschil in meinen Mund gekommen ist. Ich wüßte auch gar nicht, was ich Herrn Tomtschil Ehrenrühriges nachsagen kann. Nur davon war die Rede, daß ich als Unterbeamter durch die Koalition geschädigt wurde.“

Der Richter vernahm sodann Franz Babowsky sowie die bei jenem Gespräch anwesenden Eisenbahner Johann Babowsky und Matthias Linsbauer als Zeugen. Diese erklärten übereinstimmend, daß sich der Vorfall in der oben geschilderten Weise abspielte und daß Wilhelmseder den Namen des Abgeordneten Tomtschil in Verbindung mit jenen Verdächtigungen wiederholt genannt habe.

Der in Vertretung des Privatanklägers Tomtschil erschienene Herr Dr. Leopold Kay aus Wien erklärte, daß die Rolle, welche Herr Wilhelmseder bei der Verhandlung spiele, eine wenig schmeichelhafte sei. Wenn man schon seinen politischen Gegner beleidige, so müsse man freimütig die Konsequenzen auf sich nehmen. Es sei jedoch charakteristisch für den Angeklagten, daß er nunmehr die beleidigenden Aeußerungen einfach in Abrede stelle. Der Privatanklägervertreter stellte sodann den Straf Antrag.

Der Richter Dr. Peer verurteilte Adolf Wilhelmseder wegen Ehrenbeleidigung zu einer Geldstrafe von 20 Kr., im Nichterbringungsfall zu 48 Stunden Arrest. Der Verurteilte ergriß gegen den Schuldspruch die Berufung, worauf Dr. Kay die Berufung wegen zu geringen Strafmaßes anmelde.

Eine gewissenlose Denunziation. Eine geradezu frivol leichtfertige Anzeige erstattete der Betriebsleiter (?) der steiermärkischen Landesbahn Kapfenberg-Kur-Seewiesen, Adjunkt Ferdinand Matuschitz, gegen den Stationsvorstand von Kapfenberg, Ritter v. Hohenthal, bei der Landesbahn-Direktion in Graz. Dieser gewissenlose, mit erdichteten und entstellten Tatsachen gefüllte Bericht Matuschitz hatte zur Folge, daß Ritter v. Hohenthal ohne vorherige Untersuchung sofort entlassen wurde.

In dem Bericht erhob Matuschitz ganz grundlos und leichtfertig die Beschuldigung, Hohenthal habe auf einem Frachtbrief einen Stempel nachgemacht und somit eine Urkundenfälschung begangen.

Zur Beihilfe an dieser Fälschung habe, heißt es in dem Bericht, der Stationsvorstand seinen Rangbedienten verleitet. Ritter v. Hohenthal war der Hauptverkleiber der Görtschacher Kohle in Kapfenberg. In dieser Eigenschaft soll er sich, behauptet Matuschitz, einer Reihe unehrerlicher Handlungen schuldig gemacht haben. Des unlauteren Wettbewerbes dadurch, daß er die Kohlenfrachten unter Mißbrauch seiner Amtspflicht für sich billiger gestaltete und somit die Kohlen billiger verkaufen konnte, als die übrigen Verkleiber. Des Betruges an der Bahn dadurch, daß er einen Bahnarbeiter bei Kohlenarbeiten beschäftigte.

Außerdem behauptete Matuschitz, daß der Stationsvorstand, um statt dem Dienste mehr dem Kohlengeschäft obliegen zu können, sich eine Hilfskraft erzwingen will und überhaupt den Dienst vernachlässigt habe.

Diese ehrabschneidenden Verleumdungen zwangen den Beleidigten, gegen den skrupellosen Anzeiger, der ihn mit einer noch nie dagewesenen leichtfertigen Denunziation um Ehre und Brot brachte, die Ehrenbeleidigungsklage zu erheben, die vor dem Bezirksgericht Bruck an der Mur mit der Verurteilung des Beklagten, der nicht den leisesten Beweis für seine schweren Anwürfe bringen konnte, zu 150 Kr. Geldstrafe endete. Dieses überaus milde Urteil magte der Geklagte zu bekämpfen und so fand denn eine Appellverhandlung statt, die das erstinstanzliche Urteil vollinhaltlich bestätigte.

Wir bringen einige Stellen aus der schriftlichen Urteilsbegründung des Gerichtes, aus der zu ersehen ist, daß nicht nur der Kläger, Ferdinand Matuschitz, in der gewissenlosesten Weise gegen v. Hohenthal handelte, sondern daß auch das Landesbahnamt mit der Entlassung des ungerichtlich beschimpften

Stationsvorstandes geradezu leichtfertig vorging und mit schuldig ist an dem bitteren Unrecht, das dem Beamten widerfuhr. Ritter v. Hohenthal ging aus diesem Prozesse vollständig rehabilitiert hervor.

In der Urteilsbegründung wird zuerst hervorgehoben, daß der Betriebsleiter zwar die Pflicht hatte, alle Unzulänglichkeiten der Direktion anzuzeigen, daß er sich aber wohl zuerst genau um die Richtigkeit seiner Behauptungen hätte kümmern müssen, zumal ihm bekannt war, daß das Landesbahnamt oft ohne Untersuchungen, bloß auf Grund solcher Anzeigen, gegen den Angezeigten mit der Entlassung vorgeht. Die Begründung, in der festgestellt ist, daß Hohenthal auf Grund der Matuschitz'schen Anzeige entlassen wurde, wobei die Krankheit nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte, fährt dann wörtlich fort:

„Er (Matuschitz) hat zwar für alle im Bericht enthaltenen Beschuldigungen sich zum Beweise der Wahrheit erboten, war jedoch nicht imstande, denselben zu erbringen, vielmehr hat das Beweisverfahren ergeben, daß die im Bericht vom 12. Februar 1909 erhobenen Beschuldigungen fälschlich sind und teils erdichtete, teils entstellte Tatsachen der vorgelegten Behörde mitteilten.“

Den Vorwurf des unlauteren Wettbewerbes, der unberechtigten Verwendung eines Bahnarbeiters zu Privat Zwecken und Urkundenfälschung erklärt die Urteilsbegründung ebenfalls auf erdichteten und fälschlichen Tatsachen fußend und wendet sich gegen die Absicht des Angeklagten, seine schweren Beschuldigungen einfach mit Vermutungen zu erhärten, mit folgenden Worten:

„Abgesehen davon, daß eine bloße Vermutung schon an sich nicht hinreichend ist, eine Beschuldigung, wie die erhobene, zu rechtfertigen, sind die zitierten Behauptungen des Angeklagten durch die Aussagen des als Zeuge vernommenen Direktors der Görtschacher Kohlenwerke, Julius Wolf, als völlig unwahr und erdichtet dargetan, denn dieser Zeuge hat bestätigt, daß v. Hohenthal keine Begünstigung seitens der Kohlenwerke erfahren habe.“

Endlich nennt das schriftliche Urteil auch die Behauptung Matuschitz's, Hohenthal habe sich, um seinen Kohlengeschäften nachzugehen zu können, eine Hilfskraft erzwingen wollen, eine erdichtete und entstellte Tatsache.

Bei der Schwere der Ehrverletzungen ist das milde Urteil von 150 Kr. nicht zu begreifen, zumal der Strafsatz auf solche Verleumdungen von einem bis zu sechs Monaten Arrest ausmacht und der Richter selbst einen Ehrverletzungsgrund in der Entlassung, die dem Angegriffenen durch den verleumderischen Bericht zuteil wurde, erblickte.

Hoffentlich genügt dieses aus Nichtermord doppelt witzende vernichtende Urteil, die Gewissenlosigkeit leichtfertiger Vorgesetzter einzudämmen, und ist es auch dem Landesbahnamt eine Warnung, nicht jeden verleumderischen Tratsch über Angestellte als wahr hinzunehmen und die Beschuldigten ohne Rechtfertigungsmöglichkeit um Brot und Ehre zu bringen.

Unfall auf der Sulmtalbahn. Am 21. Juni 1909 fuhr der Lokomotivführer Karl Nowak von Leibnitz nach Böllingbrunn. Bei der Station Muggenau sah er an einer Stelle, wo die Straße parallel mit dem in gerader Linie und im Niveau verlaufenden Geleise, von diesem nur durch einen Graben getrennt, verläuft, auf zirka 150 Meter vor sich einen Streifenwagen mit einem Stützer und einem Anfaßen sich einem Punkte nähern, wo ein Feldweg abzweigt, um sogleich das Geleise zu überqueren.

Nowak gab, da an dieser Stelle keine Pfeifpflöcke ihm das Pfeifen vorschreiben, kein Signal, da er sich darauf verließ, daß die beiden aus dem Wagen befindlichen Personen ihm hörten und daß der eine, der mit dem Gesichte zu ihm gewendet sah, ihn auch sah, und da der Feldweg so selten benützt wird, daß er auf ein plötzliches Einbiegen des Streifenwagens nicht gefaßt war.

Unglücklicherweise plakte gerade, als Nowak vor der Wegüberquerung war, das Wasserstandsglas; der Heizer vermochte den Absperrhahn allein nicht zudrehen, so daß Nowak ihm zu Hilfe kommen mußte und nicht sah, wie der Streifenwagen, dessen Heizer vor der Heberzeugung scheuten und mit dem Wagen über das Geleise wollten, mit dem rückwärtigen Teil von der Maschine gepackt und gespleißt wurde.

Der Kutscher und der Knecht erlitten leichte Hautabschürfungen.

Aus Anlaß dieses Vorfalles hatten sich Nowak und der Kutscher des Streifenwagens Christian Obenaus vor dem k. k. Bezirksgericht Leibnitz am 16. Juli 1909 wegen Gefährdung der Sicherheit des Lebens zu verantworten.

Nowak war zu Beginn der Verhandlung nicht erschienen, weil der Zug, der ihn nach Leibnitz bringen sollte, entgleist war.

Der für Nowak erscheinende Verteidiger Dr. Leopold Kay trug die Verantwortung Nowaks vor, welche dahin ging, daß er nicht zu pfeifen hatte, weil ihm das Pfeifen an dieser Stelle nicht vorgezrieben sei, im übrigen aber das Tempo vor der Wegüberquerung verlangsamte, daß es jedoch unbedingt notwendig war, dem Heizer, der den Absperrhahn des gepackten Wasserstandsglases allein nicht drehen konnte, zu Hilfe zu kommen.

Das Beweisverfahren ergab, daß der Kutscher und der Wageninsasse Müden an Müden miteinander im Gespräch verließ auf dem Wagen geblieben waren, jedoch hatte keiner zum Bahndamm gehen, sondern beide zur Verglehn.

Der Richter sprach demnach, folgend den Ausführungen der Verteidigung, daß der Lokomotivführer verschiedene Verletzungen zu bewältigen habe, die beiden Personen auf dem Wagen aber nichts anderes zu tun hatten, als auf den Zug aufzupassen, den angeklagten Lokomotivführer frei, verurteilte aber den Kutscher Obenaus zu zehn Tagen Arrest.

Unfall infolge Personalmangels in Zunsbrunn. Der Lokomotivführer Franz Gastaiba hatte sich kürzlich vor dem Bezirksgericht Zunsbrunn wegen Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens zu verantworten, da er am 1. April l. J. in Zunsbrunn mit seiner Maschine an eine eben abgepuffelte Schnellzuglokomotive heranfuhr, wodurch der Lokomotivführer Kristian Götsch eine mit zweiwöchentlicher Berufsunfähigkeit verbundene Verletzung erlitt. Gastaiba hätte am bezeichneten Tage mit seiner Maschine in Begleitung einer schon bereitstehenden Maschine eine Probefahrt nach Hall unternommen sollen. Er wurde erst eine Dreiviertelstunde vorher zu diesem Behufe von seiner Wohnung abgeholt, hatte dann noch im Heizhaus verschiedene Reparaturen zu überwachen und fuhr ohne Maschine unbegleitet aus dem Heizhaus aus, während ihm die notwendigen Wechsel vom Stellwerkswärter gestellt wurden. Bevor er den letzten Wechsel überfuhr, fragte er den Heizer, auf dessen Seite sich der Wechselkörper befand, ob dieser richtig stehe. Auf die bejahende Antwort des Heizers setzte er die Maschine in Bewegung. Da jedoch der Wechsel auf Ablenkung stand, geriet er auf ein Geleise, auf welchem gerade die abgepuffelte Schnellzuglokomotive mit dem Führer Götsch entgegenfuhr, so daß es zum Anprall kam.

Die Anklage legte Gastaiba auf Grund eines Gutachtens des Sachverständigen Hieckich zur Last, daß er ohne Maschinenbegleiter außerhalb des Heizhausbereiches gefahren sei, wodurch der Unfall herbeigeführt wurde.

Gastaiba, verteidigt von Dr. Leopold Kay aus Wien, verantwortete sich dahin, daß in der Station Zunsbrunn zu wenig Maschinenbegleiter vorhanden seien, so daß es häufig vorkomme, daß derartige Fahrten ohne Maschinenbegleiter unternommen werden müssen.

Der Verteidiger protestierte gegen die Zulassung des Sachverständigen Hieckich, weil dieser dem Verkehrsdienst angehöre und gegenüber Anklagen gegen Lokomotivführer nur Sachverständige von der Zugsförderung zu vernehmen seien. Der die Verhandlung leitende Bezirksrichter Dr. Praza

maxer gab dem Antrag des Verteidigers statt und berief als Sachverständigen den Zugführungsinspektor Peter Wastl der Staatsbahndirektion Innsbruck.

Dieser behauptete zwar gleichfalls, daß den angeklagten Lokomotivführer insolge der Fahrt ohne Maschinenbegleiter ein Verschulden treffe, mußte jedoch über eindringliches Befragen der Verteidigung zugeben, daß es angezeigt wäre, wenn in der Station Innsbruck mehr Maschinenbegleiter vorhanden wären.

Der als Zeuge vernommene Maschinenführer Kristian Witsch bestätigte gleichfalls, daß das Maschinenpersonal der Station Innsbruck unzureichend sei.

Im Sinne der Ausführungen des Verteidigers fällt der Richter schließlich ein freisprechendes Erkenntnis.

Der Staatsanwalt verzichtete auf die Berufung, behielt sich jedoch vor, gegen den Zeiger Pfundner die Anklage zu erheben, weil dieser auf die Frage, ob der Wechsel richtig siehe, gebantenlos eine bejahende Antwort gegeben hat.

Streiflichter.

Geistesgegenwart eines Lokomotivführers. Durch die Amsticht und Geistesgegenwart des Lokomotivführers Genossen Johann Mabeira der Heizhausleitung Lundenburg wurde die Staatsbahnverwaltung vor einem unberechenbaren Schaden bewahrt und einigen Eisenbahnerfamilien ihre Ernährer erhalten.

Als der betreffende Lokomotivführer am 15. Juni 1.3. mit dem von ihm geführten Transitzug Nr. 294 mit einer Belassung von 1021 Tonnen sich den auf freier Fahrt stehenden Einfaßsignalen der wegen ihrer vielen Unfälle berühmt gewordenen Station Dröfing näherte, schien es ihm, als ob gegen das von ihm zu durchfahrende Geleise II Wagen vom Geleise VI her seinem Zuge entgegenkommen würden.

In der richtigen Erkenntnis der Sachlage und der großen Gefahr, die seinem Zuge und allen darauf befindlichen Personen drohte, gab er unverzüglich die nötigen Signale, welche auch eine rasche Herabminderung der Fahrgeschwindigkeit zur Folge hatten, so daß er bei weiterer Betätigung der Sandstreuvorrichtung und Geben von Kontrebampf den Zug noch einige Meter vom Fahrt-hindernis glücklich zum Stillstand bringen konnte.

Das betreffende Personal und der Lokomotivführer im besonderen hat allerdings auch in diesem Falle nur seine Pflicht erfüllt, wie es schon in ähnlichen Fällen so viele andere vordem getan haben.

Wir verlangen daher weiter nichts, als daß unsere vorgelegten Dienststellen pflichtbewusste Bedienstete, in deren Händen in diesen Fällen Güter von hohem Werte oder das Leben von Reisenden liegt, gebührend einschätzen.

Wenn sich dies Herr Oberinspektor Petrich, Chef des Zugführungsinspektorates Wien, vor Augen hält, wird er hoffentlich das Verdienst des in Betracht kommenden Lokomotivführers (denselben hatte er den verfloffenen Winter in höchst ungerechter Weise zweimal bestraft) in einer Eingabe der k. k. Nordbahndirektion unterbreiten, welche ihm ihre Anerkennung für seine vollste Pflichterfüllung gewiß nicht versagen wird; seine Berufskollegen beglückwünschen ihn einstweilen hierzu.

Herr Oberinspektor Petrich ersuchen wir aber bei dieser Gelegenheit, sein Strafsystem anzugehen, da er ersehen kann, daß wir durch pflichtbewusstes, unerschrockenes Handeln der Verwaltung Hunderttausende von Kroen ersparen können, während er es, selbst wenn er noch so brutal bestraft, höchstens auf einige Tausend bringen kann, an denen aber die Flüche und Verwünschungen des ungerecht bestraften Lokomotivpersonals haften und daher weder ihm noch der Anstalt einen besonderen Segen für die Zukunft bringen werden.

Eine Rechtsverletzung durch das Bahnbetriebsamt Wien I der k. k. Staatsbahnen. In der Vorstandssitzung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen vom 8. Juli d. J. wurde der Kondukteur Oskar Blischke auf Grund des § 34 U.-B.-G. wegen Verjährung mit seinen Ansprüchen abgewiesen, trotzdem er seinen am 14. Mai 1908 erlittenen Unfall beim Betriebsamt Wien I ordnungsgemäß zur Anzeige brachte.

Am 19. Mai 1908 wurde mit dem verletzten Kondukteur Oskar Blischke ein Unfallprotokoll aufgenommen und wurde derselbe insolge des Unfalles vom Tage der Verletzung vom 17. Mai bis 3. Juni 1908 tatsächlich im Krankenstand geführt. Das Bahnbetriebsamt Wien I zeigte diesen am 14. Mai 1908 stattgefundenen Unfall erst am 24. Mai 1909 der Unfallversicherungsanstalt an und deshalb wurde der Kläger wegen Verjährung abgewiesen.

Wer ist nun der Schuldige, daß Blischke mit seinem Anspruch abgewiesen wurde? Einzig und allein das Bahnbetriebsamt I, respektive dessen leitende Organe. Der § 29 U.-B.-G. bestimmt ausdrücklich, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die Anzeige zu erstatten, wenn der Verletzte nicht weniger als drei Tage arbeitsunfähig ist. Kondukteur Blischke wurde jedoch volle 16 Tage im Krankenstand geführt.

Da nun dieser Vorfall nicht vereinzelt dasteht und wir nachweisen können, daß trotz Erlasse und schöner Worte die Anzeigen an die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt nicht weitergeleitet wurden, so ist begründeter Verdacht vorhanden, daß hier von maßgebender Seite ein spezieller Auftrag gegeben wurde, die Anzeige bis zur erfolgten Verjährung hinauszuschieben, um den Verletzten um sein Recht auf Anspruch zu bringen. Oder sollte die Schlampe in solchen Fällen bei genanntem Bahnbetriebsamt, dessen Vorstand Herr kaiserlicher Rat Zawatil ist, bereits so weit eingedrungen sein, um auf derartig wichtige Anzeigen zu vergessen?

Das doch erst kürzlich der Kondukteur Schrad die Willkür des Herrn Zawatil fühlen mußten. Dieser Schrad kümmerte sich nämlich um die Anweisung der Heilverfahrenszente, und weil auch dieser Fall nach vier Monaten noch nicht zur Anzeige gebracht war, so wurde bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt die Anzeige urgirt. Nun war Herr Zawatil über die „Freiheit“ des Kondukteurs so erbittert, daß er Schrad die Strafe des Verweises diktierte. Schrad ging den folgenden Tag zu Herrn Zawatil und sagte demselben, daß er vollkommen unschuldig sei, da nicht er, sondern das Vorstandsmitglied der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt Genosse Wabitsch diese Angelegenheit in der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt pflichtgemäß zur Sprache brachte.

Darob ein sehr lauges Gesicht des Herrn Vorstandes Zawatil und gleichzeitige Zurückziehung der Strafe.

Ob jetzt gar Genosse Wabitsch mit einer Strafe belegt wird?

Derartige Vorfälle sind sehr lehrreich. Wir möchten gerade in dem Falle des Kondukteurs Blischke die k. k. Generalinspektion aufmerksam machen, auf Grund des § 52 die notwendige Strafe zu diktiert, damit endlich auch beim Betriebsamt Wien I das Recht der Bediensteten gewahrt bleibt und die Vorgesetzten verhalten werden, die gesetzlichen Pflichten zu erfüllen.

Wenn die Erlasse des k. k. Eisenbahnministeriums Beachtung finden sollen, dann ist es freilich notwendig, daß so manche Vorgesetzte von ihrem gegenwärtigen Posten entfernt und dorthin gestellt werden, wo sie weder der Verwaltung noch den Bediensteten Schaden zufügen können.

Die neue Automatik der k. k. Staatsbahnen. Bitter enttäuscht in ihren Hoffnungen sind die in den Jahren 1898 und 1899 eingetretene Bremser und Verschiebersubstituten durch die herausgegebene neue Automatik der k. k. Staatsbahnen. Diese Leute, die nach einer zehn- und elfjährigen Dienstzeit immer noch in der Gehaltsstufe von 900 Kr. stehen, hoffen, daß das k. k. Eisenbahnministerium doch soviel sozialpolitische Einsicht haben wird, um dieser Kategorie von Bediensteten eine entsprechende Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.

Diese Zugbegleiter und Verschieber wurden nach einer dreijährigen Dienstleistung im Jahre 1902 durch das Drängen der Organisation mit einem Taglohn von 2 Kr. systemisiert. Durch die passive Resistenz war es möglich, daß ein großer Teil dieser Leute im Jahre 1906 angestellt werden konnte. Diese siebenjährige provisorische Hungerkur ist noch das Werk des damaligen Eisenbahnministers und Ehrenbürgers der Stadt Wien, Herrn Wittel.

Nun war man der guten Meinung, daß die neue Automatik die begangenen Fehler ausgleichen und daß bei Vorrückungen ein Jahr gestrichen wird. Weit gefehlt! Es wurde nicht einmal das versprochene Jahr von 1000 bis 1100 Kronen eingehalten. Dieses eine Jahr würde sehr wenig kosten, weil die Mehrzahl der Bediensteten von dieser Kategorie durch diese Kürzung erst 1912 auf 1100 Kr. avancieren würde.

Es ist gewiß nur eine gerechte wie bescheidene Bitte, wenn das k. k. Eisenbahnministerium diese aufopferungsvollen Männer in zwei Jahren von 1000 auf 1100 Kr. vorrücken läßt.

Durch die jahrelange Belassung im Taglohn von 2 Kr. bis Kr. 2.40 und durch die fortwährende Steigerung aller Lebensbedürfnisse sine viele Zugbegleiter und Verschieber in Not und Schulden geraten und das Elend dieser Leute ist entsetzlich.

Die Familien, insbesondere die Kinder, haben jährlich darunter zu leiden. Im verfloffenen Jubeljahre wurden überall Aktionen für „Das Kind“ eingeleitet, für die Kinder dieser Eisenbahner ist nichts geschehen, diese müssen weiter hungern und darben.

Die von Tag zu Tag steigende Erregung insolge der bitteren Enttäuschung macht sich bereits in der unverkennbarsten Weise Luft und auf den einzelnen Bahnhöfen gärt es unter dem Personal ganz gewaltig. Die Geduld ist zu Ende und die Rücksichtslosigkeit der oberen Dienststellen gegenüber den Bediensteten hat es selbst verschuldet, wenn die Unzufriedenheit größere Dimensionen annehmen sollte.

Von der Böhmisches Nordbahn. Am 19. Juli fand die erste Sitzung der Personalkommission der Bediensteten der B. N. B. statt, und zwar für die Beamten vormittags um 10 Uhr und für die Unterbeamten und Diener nachmittags um 3 Uhr. Beide Sitzungen wurden unter Beisein von zwei Vertretern des Eisenbahnministeriums, vom Direktor Hofrat Dr. Baudis geleitet.

In der Nachmittagsitzung gab Herr Oberinspektor Dr. Merz zunächst die Einreichungsgrundsätze für die Ueberstellung des Personals in den Status der k. k. Staatsbahnen bekannt, worauf in die einzelnen Punkte eingegangen und mehrere, von Seiten der einzelnen Personalkommissionsmitglieder eingebrachte Anträge in Beratung gezogen wurden.

Ein Antrag, dahingehend, daß alle dekretmäßig angestellten Bediensteten, welche vor ihrer Anstellung mindestens sieben Jahre im Taglohn zugebracht haben, unter Wahrung der in der niederen Gehaltsstufe zugebrachten Frist, sofort in die höhere Gehaltsstufe einzureihen sind, ist von besonderer Wichtigkeit, da bei der B. N. B. noch eine ziemliche Anzahl solcher, heute ziemlich bejahrter Diener existiert.

Ein weiterer Antrag geht dahin, daß allen in den Status der k. k. Staatsbahnen eingereihten Bediensteten unter Wahrung der von Seiten des hohen k. k. Eisenbahnministeriums für die seinerzeit mit einem Anfangsgehalt unter 800 Kr. angestellten Bediensteten bereits zugestandene Begünstigung die nächste Vorrückungsfrist um ein Jahr gekürzt werden soll.

Ebenso wurde ein Antrag eingebracht, wonach die Einreichung in die verbesserte Automatik der k. k. Staatsbahnen sowie die Verrechnung der Nebenbezüge rückwirkend sein soll auf den 1. Jänner 1909.

Die Verhandlungen, welche bis 9 Uhr abends dauerten, wurden in sachlicher und würdiger Weise geführt, und kommen wir in einer der nächsten Nummern unseres Blattes auf das ganze Laborat zurück.

Ministerialsekretär Dr. Paul sowie Hofrat Doktor Baudis sicherten der Personalkommission zu, die gestellten Anträge dem hohen k. k. Eisenbahnministerium befürwortend zur Behandlung zu unterbreiten, so daß es den Anschein hat, als ob sich die endgültige Einreichung des Personals cheftens ohne besondere Schwierigkeiten vollziehen dürfte.

Von der Alpbahnbahn. Bisher haben die Bediensteten der Alpbahnbahn selten eine Klage über schlechte Behandlung bekanntgegeben, doch scheinen einige Beamte sich ein derartiges grobes und brutales Benehmen angeeignet zu haben, daß endlich die Lammsgeduld der Bediensteten zu Ende ist.

So zum Beispiel schreit der Herr Vorstand in Sollenau mit den Leuten herum, als wenn er Schulbuben oder Arrestanten unter sich hätte, und läßt seinen groben Ausdrücken selbst vor den Passagieren freien Lauf. Der Herr würde der Bahn und den Bediensteten den größten Gefallen tun, wenn er den blauen Vogen unterm Arm nähme und sich um eine geeignete Stelle bei der Gemeinde Stinlenbrunn bewerben möchte.

Der zweite Patron, den wir vor allem das Studium

von Knigges „Umgang mit Menschen“ empfehlen, ist der Herr Offizial Melzer in Wien.

Was dieser Mensch in puncto Ausdrücken und Grobheiten gegenüber den Bediensteten sich leistet, ist einfach großartig.

Zu diesem Vorgesetzten kann man nicht einmal mit einer Bitte oder Beschwerde kommen, da man gewärtig sein muß, daß man in eine Disziplinaruntersuchung gezogen werden könnte.

Unter solchen Umständen wird es den Bediensteten oft schwer, die erforderliche Lust und Liebe zum Eisenbahnerberuf zu bewahren und das dienstliche Interesse des einzelnen sowie das der Gesamtheit hat oft darunter zu leiden.

Das gesamte Personal hat Anspruch und Recht auf ausländige und menschenwürdige Behandlung von Seiten der Vorgesetzten.

Daß man in unserem Zeitalter von einzelnen Beamten die menschenwürdige Behandlung noch separat verlangen muß, ist sehr bezeichnend für diese Gattung von Vorgesetzten.

Korrespondenzen.

Mittelbach. (Unglücksfall.) Auf der Strecke Lundenburg-Mittelbach der St. E. G. ereignete sich am 26. Juni d. J. ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Der 69jährige Zimmermann Johann Czabny, welcher bei der Brückenreparatur beschäftigt gewesen war, stürzte aus einer Höhe von sieben Metern auf die Ufermauer und von dort in den Bach, von wo er bewußlos herausgezogen und mit dem nächsten Zug nach Wien ins Spital überführt wurde. Czabny, der außer den schweren inneren Verletzungen noch einen Beinbruch erlitten hat, starb noch am selben Tage. Dieser alte Arbeiter, der durch 33 Jahre im Dienste der St. E. G. gestanden, sollte eben zu solch gefährlichen Arbeiten nicht mehr zugezogen werden.

Kremier. Nun war sie da, die angekündigte Demonstration, wo am Bahnhof alles kurz und klein geschlagen werden sollte, wenn bis 10. Juli nicht alle Deutschen aus der Station entfernt sind; wie kläglich aber dieselbe verlauten ist, wollen wir in aller Kürze wiedergeben, um zu zeigen, daß es nicht die kremler Bevölkerung ist, welche diese blöde Geste aufführt, sondern bloß von einigen Eisenbahnern der Zemská Jednota schlecht informierte Schreiberfelle, Lehrer und Steueramtspraktikanten, denen allwöchentlich in ihrem Taschenteilerverein auf der „Sokolovna“ irrig berichtet wurde, um dann in haarsträubenden, von Gemeinheit strotzenden Zeitungsartikeln die ruhige Bevölkerung aufzuschrecken. Zum größten Glück aber haben wir bei der betreffenden Versammlung sowie bei der darauffolgenden Demonstration gesehen, wenn diese paar Taschenteilervereinsjünglinge hinter sich haben; es waren außer den Neugierigen circa 200 Lehrbuben, die Studenten aus den böhmischen Schulen, einige arbeitsscheue Individuen und andere Gestalten recht zweifelhaften Charakters, denen eine solche Remasjuri ein Vergnügen macht, wo es eventuell einige Fensterstöße einzu-schlagen gibt.

Die Versammlung selbst bot wenig Interessantes, weil der alte Quatsch aus den Zeitungen nur wiederholt wurde; auch ein Weib, sie nannten es Fräulein Gebauer, trat als „Rednerin“ auf, welche über Eisenbahnverhältnisse sprechen wollte, aber keinen Dunst von denselben hatte; sie wußte nur zu erzählen, daß das Kinderasyl in Feldberg zu Germanisierungszwecken errichtet wurde, und zwar auch von „unserem mährischen Gelde“; jeder halbwegs zivilisierte Mensch weiß bereits, daß dieses Kinderasyl von der früheren Nordbahn für verwaiste Eisenbahnkinder gestiftet wurde, nur das Fräulein Gebauer weiß es nicht.

Besser hat ein Redakteur von einem Kremierer Blätchen gesprochen. Er sagte: „Nachdem unsere Forderungen der Direktion schon lange bekannt sind und wir uns die Gurgeln in Versammlungen herausgeschrien, ignoriert dies die Nordbahndirektion vollständig; ja, noch mehr, als Antwort verleiht sie dem Vorstand Koller den goldenen Krug und läßt ihn aufertoulich vorrücken; ja, wenn solche Zustände herrschen, machen wir uns nur lächerlich, da ist es am besten, wir hängen uns auf.“ (Na also.) Hierauf folgt allgemeines Geschrei der versammelten Lehrbuben und Ruße: „Den Juden Casny aufhängen!“ Herr Casny ist nämlich Verkehrsbeamter, ein gebürtiger und zuständiger Kremierer, weil aber mehr deutsch als tschechisch, muß er aus seiner Heimat verschwinden, um einem „Zeiserl“ (so heißen hier die eingewanderten Böhmen) Platz zu machen.

Nach dieser „impofanten“ Versammlung wurde unter ohrenbetäubendem Geschrei gegen den Bahnhof gezogen. Die größte Tat des Tages wurde aber schon in der Wassergasse vollzogen; hier wurde dem Bruder des in Wien stationierten Betriebsinspektors Herrn Knöpfelmacher eine Fensterscheibe mit einem Taschenteiler eingeworfen; auf der Straße stellten sich zwei ganze Wacheleute entgegen und auf eine einzige Handgebärde zum Auseinandergehen stiebte die ganze Horde auseinander. (Jednota-Gelben.)

Daß sich solche Subenstücke wiederholten und in einem Standa auszuarten drohen und unter dem Schutze einer Gemeinbevertretung ereignen können, ist nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, daß das alte, schwache Männlein Pistocky als Bürgermeister an der Spitze steht, der tanzen muß, wie die Klubjünglinge pfeifen, um nicht von der Oberfläche zu verschwinden.

Daß aber zwei Abgeordnete, welche in der Stadt wohnen, Kulp und der alte Kampfjahn Vater Stojan, solchen Subenstreichen keinen Damm setzen können, ist schon etwas erstaunlicher, obwohl man weiß, daß einem Pfaffen, wenn es sich um seine Vorteile handelt, nicht einmal die Ehre einer ganzen Nation heilig ist.

Nun erklären aber die Eisenbahngestellten, daß in dienstlicher Beziehung keine Rücksichten mehr obwalten werden, für alle jene, welche diese Subenstreiche mitmachen oder sich mit ihnen einverstanden erklären. Sie verbieten sich auch alle Provokationen von den paar Jednota-Leuten und werden jeden, der sich wagt, an den Pranger stellen; für heute begnügen wir uns, den Cleven Nowak zu erinnern, erst seinen Dienst anstandslos zu verrichten und sich im Dienste nicht berart zu besaufen, daß er durch Sturz in die Glaskür die Scheiben hinausschlägt.

Zuaim. (Ein Mitglied, das seinen Verein alle Ehre macht.) Am 8. Juli d. J. abends befand sich eine Gesellschaft von fünf Personen in einem hiesigen Gasthause (Ed. Czach) und vergnügte sich mit Kegelschieben. Etwa eine Stunde später kam der Kondukteur der De. N. B. Anton Martinek, welcher Mitglied des Reichsbundes Deutscher Eisenbahner ist, in angeheitertem Zustande und begann unter der Gesellschaft, welche sich allein im Lokal befand, herumkommandieren. Da sich die Anwesenden dies nicht bieten ließen, sondern den Betrunknen aus dem Lokal hinauszuwecheln trachteten, gab es einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Martinek der ganz unbeteiligten Frau des C. eine Ohrfeige gab und auch die übrigen angriff.

Ein Genosse vermühte auch seine Manschetten, die er zu Anfang des Spieles auf den Tisch legte, worauf dieselben erst über energisches Verlangen aus den Taschen des Martineks zum Vorschein kamen. Von der Wirtin bekam Martinek öfter schon Lokalverbot wegen seines aufreizenden Benehmens, doch besitzt derselbe die Freiheit, dennoch dort zu erscheinen. Da es an und für sich schon eine Gemeinheit ist, sich an einer wehrlosen Frau tätlich zu vergreifen, so seien die Kollegen und Genossen auf diese infantile Handlungsweise aufmerksam gemacht und zugleich eruchtet, Leuten solches Schlags aus dem Wege zu gehen.

Linj a. D. (Aus dem Reiche Messerklinger.) Von Seiten der Personalkommission wurde die Direktion Linj schon zu wiederholtenmalen aufmerksam gemacht über die ungleiche Behandlung von Seiten mancher Dienstvorstände wegen des dienstfreien Tages, welcher dem Exekutivpersonal gewährt wurde, und zwar mit Amtsblatt Nr. 5 ex 1901 der k. k. Staatsbahndirektion Linj, sturende Nr. 13, worin es heißt, „daß für alle jene Bediensteten, für die sich im Laufe des Monats eine Ruhezeit von 24 Stunden nicht von selbst ergibt, ein solcher Ruhetag turnusgemäß zu gewähren ist“.

Manche Vorstände entzogen nun den Bediensteten diesen dienstfreien Ruhetag, wenn im Laufe des Monats ein Bediensteter vielleicht einmal einen Tag Urlaub bekam, zum Beispiel zu einem Kranken- oder Sterbefall, Begräbnis zc.

Dies führte zu Beschwerden des Wächterpersonals, da ja dieser 24stündige Ruhetag unter allen Umständen zugestanden war und der bei dem langen Dienst gewiß notwendig ist.

Vom Personalkommissionsmitglied Lehner wurde in der Sitzung vom 17. März 1909 der Vorsitzende Herr Oberinspektor Dr. Wessely interpelliert, worauf dieser sagte: „Der monatlich gewährte dienstfreie Ruhetag hat nur dann zu entfallen, wenn ein Urlaubs- oder Krankentag an diesen turnusmäßigen Tag fällt.“

Wie verhält sich nun diese Erklärung mit nachstehendem Erlaß, der nun erst bekanntgegeben wurde?

Dieser Erlaß heißt:
„k. k. Staatsbahndirektion Linj. 16. Juni 1909. 3. 24.693/II ex 1908.“

Erlaß an alle Dienststellen.

Um eingetretenen Zweifeln zu begegnen und die bisher noch nicht erzielte einheitliche Behandlung des Personals bezüglich der Gewährung von dienstfreien Tagen bei allen Dienststellen herbeizuführen, wird der Erlaß vom 30. März v. J., 3. 6780 S, in Erinnerung gebracht, nach welchem den Bediensteten in jenem Monat, in welchem denselben ein Urlaub bewilligt wurde, ein dienstfreier Tag nicht gebührt.

Der Staatsbahndirektor:
 Messerklinger m. p.

NB. Anschließend wird bekanntgegeben, daß bei einem Urlaub nach dem bereits ausgenützten freien Tag der freie Tag im nächstfolgenden Monat dafür zu entziehen ist.

Somit ist der bereits jahrelang bestandene freie Tag bei einem Urlaub, der ja nur im Notfall genommen wird, entzogen. Sollte diese Ungerechtigkeit unter Herrn Messerklinger wirklich fortbestehen sollen? Wenn die Anträge der Personalkommission wirklich nicht beachtet werden, zu was werden dann die Sitzungen abgehalten?

Troppan. Der Artikel „Bahnärzte“ ist im „Eisenbahner“ eine zur Genüge bekannte Spezialität. So auch der Herr Bahnarzt in Troppan, Herr Kunz, der humane Herr, war früher Stadtphysikus, Arzt für die städtischen Straßentherapeuten u. s. w., wo er als solcher schon längst pensioniert, als Bahnarzt aber noch immer gut genug ist. Die Eisenbahner behandelt er entweder per distans oder wenn er wirklich mit denselben in Verbindung kommt, so wird er grob. Am 3. Juli 1909 kam ein Verschieber aus dem Dienst nach Hause und seine Frau teilte ihm weinend mit, daß der fünf Jahre alte Sohn krank sei. Als sich der Verschieber zum Herrn Dr. Kunz begab, um ihn zu seinem Kind zu bitten, traf er ihn nicht zu Hause an. Seine Frau bemerkte, daß der Herr Doktor ins Kaffeehaus gegangen sei. Der Verschieber hatte den Herrn Doktor um 9 Uhr 20 Minuten abends im Restaurant gefunden, und als er denselben die Bitte vorbrachte, er möge zu seinem kranken Kind kommen, da wurde Herr Dr. Kunz ganz wild und sagte: „Da kommen Sie jetzt, Sie Haderlump!“

Der Eisenbahner sagte diesem: „Ich bin kein Haderlump, sondern ein Verschieber der k. k. Nordbahn und diese beschäftigt keine Haderlumpen! Sie brauchen zu meinem Kind nicht mehr kommen, ich werde mich um einen anderen, menschenfreundlicheren Doktor umsehen, denn Ihrem Benehmen nach kann ich ja so keine Hilfe von Ihnen erwarten!“

Dr. Kunz leugnete im selben Moment die Beschimpfung des Verschiebers ab und hatte bald eingesehen, daß er hier den Spieß umdrehen müsse und ging zu dem kranken Kind.

Das Personal der Station Troppan-Nordbahn verlangt von der k. k. Nordbahndirektion sowie vom k. k. Eisenbahnministerium, dieselben mögen dem Herrn Dr. Kunz den blauen Bogen geben, denn wenn er zur Behandlung der städtischen Straßentherapeuten nicht mehr taugt, dann taugt er für die Eisenbahner schon lange nicht mehr.

Znaim. Eine Wächtersfrau ersucht uns, folgenden Zeilen Raum zu geben: Mein Mann dient seit dem Jahre 1896 der Staatsbahngesellschaft. Als er sich in der Station Laa a. d. Thaya beim Verladen von Weistalk auf einem Zuge verlor, wurde er noch als Ablöswächter auf Posten 45, 46, 47 und später auf Posten 82n versetzt. Im Jahre 1904 folgte die Versetzung nach Staats auf Posten 44 und im Jahre 1907 wurde er bei der Behörde und Sechsprüfung vom Bahnarzt in Mistelbach beanstandet. Eine inzwischen erfolgte Versetzung als Aufsichtorgan im Steinbruch nach Deutsch-Altenburg wurde nicht durchgeführt, weil der Wächter in dessen vom Chirurgen als farbenblind erklärt wurde. Im Dezember 1908 wurde ihm freigestellt eine Versetzung nach Altenburg, Stadlau oder Znaim als Geleisewächter zu wählen. Er wählte Znaim und hat gleichzeitig seinen Streifen, Herrn Büffel in Laa, in Grubbach wohnen zu dürfen oder ihn aber gleich nach Grubbach zu versetzen. Herr Büffel erklärte, daß das nicht ginge, weil er in Znaim das Aviso zu befördern hätte. Eine diesbezügliche Vorstellung beim Bahnhalter, Herrn Cermak selbst, hatte nur die Erklärung des Herrn Cermak zur Folge, daß er ihn — den Wächter — in Znaim haben wolle. Uebrigens wollte man ihn gar entlassen, er soll also ruhig nach Znaim gehen, wo er das Feld des Wächters und des Vorstandes in Wählfraun, der es ohnehin an fremde Leute verpackt, zugewiesen erhält. Diese Anordnung möge er seinem Vorstand, Herrn Büffel, melden. Dieser erklärte aber, von nichts zu wissen, und der Wächter konnte nach Znaim gehen, erhielt dort einige Geldspitzen, während der Vorstand in Wählfraun sein gutes Feld weiter an fremde Leute verpackt. Nun bekommt der Wächter monatlich 48 Kr. ausbezahlt, hat eine siebenköpfige Familie und soll damit auskommen. Jedermann wird einsehen, daß die ganze Familie unter solchen Umständen zum Hunger verurteilt ist, und Hilfe wäre dringend nötig. Schon mit der Erlaubnis allein, daß der Wächter in Grubbach wohnen dürfe, von wo er ja genau so früh in Znaim ankommt als von Wählfraun, wäre dieser Familie wenigstens etwas geholfen, denn die Frau könnte in Grubbach einen Nebenverdienst finden. Und man kann wirklich neugierig sein, ob die Staatsbahngesellschafts-Verwaltung wenigstens so billige und berechnete Wünsche ihres Personals erfüllt.

Möge dieser Notschrei an maßgebender Stelle gewürdigt werden!

Jansbrunn. (Staatsbahn.) Die Bevölkerung Jansbrunn steht gegenwärtig vollständig im Banne der Jahrhundertfeier und Groß und Klein redet schon von den Dingen, die da kommen sollen; niemand außer den Zugbegleitern der k. k. Staatsbahn hat eine Ahnung davon, welche schlimme Folgen diese Feier schon hatte, und es lohnt sich wohl, der Deffektivität zu zeigen, wie gewisse Herren dieses Mittel sogleich ergreifen haben, um den Güterzugbegleitern einen miserablen Turnus aufzupacken, der nicht nur schlecht und aufreizend für das Personal, sondern auch höchst unökonomisch für den Dienst ist.

„Die Jansbrunner Güterzugbegleiter können nichts so schwer ertragen, als eine Reihe von guten Tagen,“ werden sich die Herren gedacht haben, als sie zur Erkenntnis kamen, der

vergangene schöne Winterzugturnus könne nicht mehr weiter bestehen, sondern ein weit schlechterer müsse geschaffen werden. Wir wollen nun die Vorgangsweise der Direktion in dieser Frage etwas näher beleuchten.

Die Güterzugbegleiter hatten im vergangenen Winter einen ganz heftigen Turnus und alles war zufrieden und machte mit Lust und Liebe Dienst. Da auf einmal durfte im Sommer der Turnus nicht mehr der gleiche sein, man wollte sogar den freien Tag aus dem Turnus streichen und so die Zugbegleiter Tag für Tag und Monat für Monat in das Joch der Arbeit spannen. Herr Mähler sagt allerdings, es gibt keinen freien Tag, der freie Tag ist nirgends vorgeschrieben, was allerdings wahr ist. Glaubt aber Herr Mähler, daß sich die Zugbegleiter ein Recht, das zwar in keiner Vorschrift und Instruktion enthalten ist, wohl aber in unserem Menschenbewußtsein, noch nehmen lassen, ohne die äußersten Mittel dagegen anzuwenden? Glauben die Herren, die Jansbrunner Zugbegleiter wollen auf eine Einrichtung verzichten, die schon in allen größeren Domizilstationen eingeführt ist? Wir haben unseren freien Tag behalten, dafür hat man uns aber einen Turnus mit drei Reservon aufgebürdet, der teilweise nicht einmal den Bestimmungen der Vorschrift über die Dienst- und Ruhezeit der Zugbegleiter entspricht, da nach den zwei länger als elfstündigen Touren 70, 70 W, 70 Witten-Saalfelden und 67, 67 W, 67 Saalfelden-Witten keine Nachtruhe zu Hause eingeführt ist. Die Rückfahrt von Saalfelden mit Zug 67 nach Witten dehnt sich im Dienste deshalb über elf Stunden aus, weil die Zugbegleiter von Witten nach Jansbrunn (Bahnhof) zurückgehen müssen, um dort die Zugsanrüstung zu deponieren.

Man möchte jetzt die Schuld an diesem Turnus den Zugbegleitern selbst zuschieben, weil Ende April drei Zugbegleiter bei den Herren Gahmann und Mähler waren und um die Beibehaltung des freien Tages gebeten haben unter der völligen Aufrechterhaltung des alten Turnusses.

Es ist das allerdings wahr, niemand hat aber um die Verkürzung der so notwendigen Ruhezeit nach Zug 67 W und um die Aufstellung der dritten Reserve gebeten.

Wenn die Herren immer auf den „Druck von oben“ hindeuten, so durchschauen wir sie bei dieser Ausrede, denn das k. k. Eisenbahnministerium hat einer Deputation gegenüber erklärt, daß die Direktionen zur Aufstellung einer Partie das Ministerium nicht mehr zu fragen brauchen, es haben deshalb schon bereits alle übrigen Direktionen schönere Turnusse bei den Güterzügen als die Direktion Jansbrunn.

Die Zugbegleiter haben im Monat Juni noch einmal, und zwar mittels Unterschriften, um Abänderung des Turnusses gebeten, aber leider umsonst. Wegen drei Tagen Ende August müssen die Zugbegleiter den ganzen Sommer einen unerträglichen Turnus fahren, trotzdem die Zugbegleiter versprochen haben, während der Ferie am 28., 29. und 30. August mit ganzer Kraft sich dem Dienst zu widmen, wenn man ihnen einen besseren Turnus für den Sommer gibt.

Es stellt sich nun heraus, daß das Jansbrunner Personal trotz der drei Reservon den Verkehr während der Feriezeit nicht bewältigen kann und daß der Güterverkehr wird teilweise eingestellt werden müssen.

Wollten die Zugbegleiter böswillig sein wie andere Herren, so könnten sie ihren Unwillen in diesen Tagen zum Ausdruck bringen, so aber werden die Zugbegleiter trotz alledem ihren Mann stellen, nur hoffen sie dann, daß die Herren auch einmal zur Einsicht kommen bei Erstellung des nächsten Turnusses.

Klosterneuburg. (Die Bahnmeisterstraße Tulln und die Oberbauarbeiter.) Die Erfahrung lehrt, daß die mißlichsten Verhältnisse zwischen der Bahnverwaltung und ihren Bediensteten meistens nur durch die unmittelbaren Vorgesetzten heraufbeschworen werden, weil diese sich nicht genug tun zu können glauben, um von der Bahnverwaltung eine Anerkennung ihrer Tätigkeit zu erlangen. Der Bahnrichter Resnicel von Tulln hat in dieser Beziehung schon sehr viel auf dem Gewissen. Er kann bis heute von Glück reden, daß seine Taten dem beliebten Verhältnißsystem der Staatsbahnen verfallen sind. Wenn beispielsweise die Affäre des Oberbauarbeiters Alois Mädl, welcher sich ertränkte, so glimpflich verließ, so sollte sich Resnicel doch bestimmen, endlich seinen Mißheißsätzen Einhalt zu gebieten, um seinem Bestreben, das 40jährige Dienstjubiläum feiern zu können, einige Aussicht zu verschaffen, sonst könnte ganz gut der Fall eintreten, daß das Mißeröse dieser Affäre noch aufgeschult wird, daß also das „Warum“ dieses Ertrinkungstodes noch an den Tag kommt. Denn angeht es des Falles Dornmayer fallen sich die Gewitterwolken bereits drohend am Himmel Resnicels zusammen. Es kann ihn daher nicht wundernehmen, wenn wir uns für alle seine Fälle interessieren und besorgt sind, sie aufzudecken. Aber schon lange hätte sich die Bahnrichterssektion Wien II und die Staatsbahndirektion Wien bedenken und es auffällig finden sollen, warum gerade bei diesem Bahnrichter sich so häufig Fälle ereignen, die nicht genug aufgeklärt werden können und daß sonderbarerweise immer gerade die nächsten Bediensteten die ganze Tragik der Schuld mit hinübernehmen müssen, von wo es kein Zurückkommen mehr gibt. Ging denn Resnicel aus allen Fällen rein wie ein Engel hervor, um sich der besonderen Guld seiner Vorgesetzten zu erfreuen? Wir meinen doch, daß die vielen Protokolle all der Geschwüßse bis heute immer nur bloße Kleinwagungen des Resnicel erfordert haben, wir aber werden trachten, daß die große Schuld dieses Bahnrichters endlich in ihre Bedeutung gerückt werde, um die Oberbauarbeiter von einem Tyrannen zu erlösen, der vor nichts zurückschreckt. Hoffentlich wird uns das noch vor seinem 40jährigen Dienstjubiläum gelingen, wenn sich in seinem Charakter keine Aenderung zum Besseren vollzieht!

Vorläufig wollen wir jedoch auf einige Zuschriften reflektieren, die erweisen, daß Resnicel nicht nur den ihm nicht belächelten einzelnen, sondern auch die ganze Masse zu treffen weiß. So werden die Oberbauer, welche in Jaiselmauer, Müden-dorf und Langenlebern wohnen, nach Tulln, jene die in Tulln wohnen nach Langenlebern und Jaiselmauer zur Arbeit geschickt, und das deshalb, damit diese Arbeiter ihr lazes Mittagmahl nicht zu Hause einnehmen können. Die Schicht liegt also offen da. Und wenn er seiner den Tullner Oberbauarbeitern, die bittlich geworden sind, die halbe Stunde Laufzeit durcharbeiten zu dürfen, um den Zug um 5:38 Uhr abends noch zu erreichen, nicht gewährt, so tut er es wohl deshalb, damit diese Leute erst mit dem nächsten Zug um 7:50 Uhr abends nach Hause fahren können, so daß er ihnen zwei Stunden von ihrer freien Zeit fehlen kann!

Der Bahnmeister Nebensühr könnte sich aber ein bisschen um den Bahnrichter Resnicel kümmern, weil er sich sonst mit den Taten dieses Menschen einverstanden erklärt. Wurde er doch von Resnicel schon in so manche schiefen Lage gebracht. Bei dieser Gelegenheit machen wir ihn auch auf einen gewissen Tagler aufmerksam, der ganz in die Fußstapfen des Resnicel tritt. Wir meinen, es könnten bereits der Opfer genug sein!

Schwarzach-St. Veit. Durch die Eröffnung der Tauernbahn mehren sich auch die bereits früher bestandenen Uebelstände. Wohl wurde von allen Seiten Personal herbeigezogen, doch noch immer nicht in genügender Anzahl.

Infolge des geradezu riesigen Verkehrs haben alle Kategorien eine Unmasse Arbeiten zu bewältigen, und von dem letzten Arbeiter bis hinauf zum Lokomotivführer klagt alles über die allzulange, die Gehirnschmerz aufreibende Dienstzeit.

Gleichzeitig mit der Vermehrung des Personals hat auch die Teuerung der Lebensmittel und die beständig herrschende Wohnungsnot zugenommen. Dabei ist in unserer Station das Quartiergeld so niedrig bemessen, daß ein jeder daraufzahlen muß. Am meisten haben selbstredend die im Taglohn oder im niederen Gehalt stehenden Bediensteten darunter zu leiden.

Zum Ueberflus scheint sich eine früher nicht gekannte Schlauperei in der Auszahlung der verdienten Zehrgelder allmählich auszubilden.

So mußten die Bediensteten auf die für den 15. Juli 1909 fälligen Zehrgelder bis 22. Juli warten, was gewiß nicht zum Vorteil derselben gereicht, nachdem die hiesigen Geschäftsleute mit dem Termin vom 15. eines jeden Monats bestimmt rechnen.

Die k. k. Staatsbahndirektion in Willach wird gut tun, ein strenges Augenmerk auf diesen Modus zu richten, um den Bediensteten und der Direktion Unannehmlichkeiten fernzuhalten.

St. Veit an der Glan. Die k. k. Staatsbahndirektion in Willach hat im Unterrichtsblatt Nr. 36 ein Zirkular mit folgender Aufschrift herausgegeben. Zirkular Nr. 179. Allgemeine Verhaltensmaßregeln für den Verkehr des Personals unter sich und mit dem Publikum. So wahr und gutgemeint dieses Zirkular auch und für sich ist, so muß doch mit Bedauern konstatiert werden, daß sich insbesondere die jungen Herren Beamten über dieses Zirkular hinwegsetzen, und sich einen blauen Teufel darum kümmern. Hier einige Beispiele.

Bei Zug 508 von Triest nach St. Veit. In Klagenfurt kam ein Herr mit einer Dame, und verlangt ein Nichtrauchercompé. Der Kondukteur weist denselben die Plätze in dem direkten Berliner Wagen an, wo noch acht Plätze leer waren. Vor Abfahrt des Zuges wurden noch zwei Wagen angehängt, von welchen der Kondukteur nicht wußte, ob dieselben von St. Veit weiter rollen werden. Außerdem war ein Salonwagen zwischen dieser Verstärkung, somit ein Durchgang behufs Revision während der Fahrt ausgeschlossen. Vorgenannter Herr wollte im Berliner Wagen nicht einsteigen, sondern in den angehängten Wagen Platz nehmen, was der Kondukteur aus den vorangeführten Gründen nicht zulassen konnte. In St. Veit an der Glan beschwerte sich der Reisende bei einem gewissen Assistenten Kutsch, welcher ohne den Sachverhalt untersucht zu haben, den Kondukteur beschimpfte, vor den Reisenden einen Sechsfachler nannte und die Reisenden in höchst eigener Person unwaggonierte. Das Beschimpfen und Schreien des Herrn Kutsch machte auf das reisende Publikum einen schlechten Eindruck, so zwar, daß einige Reisende der zweiten Klasse ihren Unmut laut zum Ausdruck brachten und den Kondukteur in Schutz nahmen. Herr Kutsch ist dann von der Bildfläche verschwunden, und hat eine unwahre Anzeige an die k. k. Staatsbahndirektion Triest gemacht.

Bei Zug Nr. 19 am 30. Mai stiegen zwölf Reisende II. Klasse in St. Veit an der Glan ein, wo 36 Sitze vorhanden waren. Das Damencoups war abgesperrt. Von den zwölf Reisenden waren fünf zusammengehörig und wollten durchaus das Damencoups besetzen. Der Kondukteur machte die Reisenden aufmerksam, daß die Damen daselbst ohnehin nicht Platz nehmen könnten, die Herren aber in den anderen Abteilungen untergebracht werden. In diesem Moment kommt Herr Kutsch angefliegen, rief das Damencoups auf, nahm die Tafel „Damencoups“ herunter und schänderte es in das Gepäcknetz. Herr Kutsch machte in den Wagen einen Skandal, daß man glaubte ein Marktchreier à la Barum u. Bailay vor sich zu haben. Der Kondukteur ging und meldete diesen Vorfall dem Zugführer, welcher sich dann die Ueberzeugung verschaffte, daß nun kein Damencoups vorhanden ist, machte den Herrn Kutsch auf die Instruktion 39, Artikel 9, Punkt 4, aufmerksam. Kutsch wurde nun wütend, schrie mit dem Zugführer er solle schauen, daß er fortkomme, er habe im Wagen nichts zu suchen. Ein Offizier, welcher in dem gleichen Wagen untergebracht war, äußerte sich zum Kondukteur folgendermaßen: „Die Vorgangsweise dieses Beamten ist ein Skandal.“

Bei Zug Nr. 2 am 20. Mai kommt dieser schon so oft genannter Assistent mit noch zwei Fremden in St. Veit an der Glan zum Zuge, und fragt den Kondukteur, ob er nicht ein leeres Coups nach Wien habe, was der Kondukteur verneinte. Auf das hin fing dieser Herr wie besessen zu schreien an, nannte den Kondukteur unfähig zum Personendienst.

Nun Herr Kutsch, Sie sind ja Schulbeamter. Wie können Sie die Vorschriften den schulbesuchenden Bediensteten beibringen, wenn Sie dieselben nicht verstehen. Auf der einen Seite müssen bei Ihnen alle Coups geöffnet, andererseits abgesperrt sein. Wenn Sie jemanden zum Zug bringen, sollten leere Coups vorhanden sein, und wenn zwölf Reisende einsteigen, wo 36 Plätze vorhanden sind, muß das Damencoups gesperrt werden? Konsequenz besitzen Sie nicht, und was Ihr Betragen gegenüber den Untergebenen anlangt, so werden Sie auf die Dienstordnung und das eingangs erwähnte Zirkular verwiesen, den Ihnen als Schulbeamter sollten diese Sachen heilig sein. Außerdem empfehlen wir Ihnen dringend das Buch „Anigiges Umgang mit Menschen“ anzuschaffen, damit Sie sich, wie es Ihrem Stande geziemt, benehmen können.

Einem verspäteten Personenzug, der in der Station Sankt Veit an der Glan zur Abfahrt bereit stand, wurde im letzten Augenblick noch fünf Wagen beigegeben. Der Zugführer, ein schon im Dienste ergrauter Mann, ordnete die Uebertragung der Zugsignale an, wie es die Instruktion 22 vorschreibt und glaubte damit seinen dienstlichen Obliegenheiten nachzukommen. Weit gefehlt. Der diensthabende Verkehrsbeamte, Herr Kosta, ein noch sehr junger Eisenbahner kennt wahrscheinlich die Vorschriften noch nicht, oder setzt sich darüber hinweg. Kurzum er ließ die Signale nicht übertragen, ordnete die Abfahrt an, und pasta. Der Zugführer machte diesen Herrn auf das vorschriftswidrige aufmerksam; anstatt dies einzusehen, brüllte er dem Zugführer in Anwesenheit des reisenden Publikums an, und drohte ihm mit dem Abziehen. Es ist nur ein Wunder zu nennen, daß der Zugführer seine Kaltblütigkeit zu beherrschen wußte, denn sonst wären wohl Auseinandersetzungen vorgekommen, die dem Herr Kosta gewiß nicht zur Ehre gereicht hätten.

Man sieht wie die k. k. Staatsbahndirektion Willach von den Uebeln der jungen Beamten Kenntnis hat und in richtiger Erkenntnis im Unterrichtsblatt dies zur Darnachachtung herausgegeben hat. Herrn Kosta, Vorstand des Betriebsamtes Sankt Veit an der Glan, der doch schon im gesetzten Alter steht, sollte diese jungen Herren doch bei solchen Anlässen zurechtweisen und nicht dulden, daß sich in seiner Station solche jeder Befriedigung spottende und das Ansehen des Betriebsamtes schädigende Vorfälle ereignen.

Oberleutensdorf. (Durch Meinheit zur Einheit.) Ein ganz anständiger Kübel von Unrat der Kabi-Nazi scheint sich in der Station Oberleutensdorf angehäuft zu haben, dessen penetranter Gestank weit über Botans Gehirne bemerkbar wird.

Wie jetzt haben wir aus gewissen Gründen einen einzelnen Familien geschwiegen, doch da diese Kerle mit ihrem unsauberen Handwerk immer frecher werden, müssen wir einmal diesen Individuen auf die etwas zu langen Finger klopfen.

In unserer letzten Nummer 21 besahen wir uns oberflächlich mit dem seinerzeit gegangen gewordenen Kassier und jetzigen Sekretär und Vertrauensmann Herrn Källner sowie dem Stundengeld-Verrechnungsführer Oberkondukteur Großmann.

Um das wirkungsvolle Werden und Gebahren dieser ehrenfesten treu deutschten Kerlen beurteilen zu können, führen wir folgendes an: In wiederholtenmalen gingen Arbeiter und Angehörige von Bediensteten der k. k. Staatsbahnen zu dem Bahnmeister Mahner in Wiesel und Lukesch in Oberleutensdorf um Arbeit zu erhalten, um später in den Dienst der k. k. Staatsbahnen treten zu können.

Doch wurde niemand von den Bewerbern aufgenommen, doch wurde einigen von diesen Leuten gesagt, sie mögen sich nur an den Reichsbund deutscher Eisenbahner, beziehungsweise an dessen Obmann, Oberkondukteur Großmann, wenden. Auf das hin gingen die betreffenden zu Großmann in die Wohnung und brachten dort ihr Anliegen vor, mit der Ergän-

zung, daß sie bereits bei den beiden Bahnmessern waren, doch abgewiesen wurden. Hierauf erklärte Großmann: „Ja, ja, dies ist richtig, die können niemanden mehr aufnehmen, das haben heute wir in der Hand, da müssen sie aber erst unserer Ortsgruppe, respektive dem Reichsbund deutscher Eisenbahner beitreten.“

Gleichzeitig frag Großmann die Arbeiter, ob diese nicht früher Mitglieder eines nationalen Vereines waren und ob sie etwa Mitgliedslisten aufbewahren können.

Nachdem dies nicht der Fall war, mußten die Arbeiter die Eintrittsgebühr für den Reichsbund erlegen und erhielten sodann ein Schreiben an die Fabrikleitung Mügen in Oberleutensdorf, wo sie zitta zehn Tage beschäftigt wurden. Nach dieser Zeit erhielten die Leute abermals ein Schreiben, vom Obmann deutscher Eisenbahner Großmann gezeichnet, mit der Aufforderung, in seine Wohnung zu kommen, wo ihnen ein Brief an den Stationsvorstand Herrn Kretschmer in Welsa übergeben wurde. Mit diesem Brief und einem Begleitschreiben wurden die Geschickte an den Streckenchef in Brütz geschickt, wo dann endlich die Arbeit auf der Bahn sofort begonnen werden konnte. Selbstredend mußten die Arbeiter Herrn Großmann das feierliche Versprechen geben, ja keinem anderen Verein beizutreten, denn die anderen Vereine können nichts erreichen; wer beim Reichsbund deutscher Eisenbahner ist, wird früher definitiv und avanciert mittelst Kreuzerl um 100 Kr. Abal Da haben wir die eifrigsten unermüdbaren Kämpfer, die schwarzen Brüder beispreschen den Himmel und ewiges Leben, die Radis-Magi Kreuzerl und Unvancement.

Ueberhaupt arbeiten unsere hiesigen Deutschnationalen nur mit Lüge und Verdröhung, dies ist den größtmöglichen Verdien zu Hauptaufgabe geworden. Zum Beweis führen wir nur den Bau der Personalhäuser an. Bis jetzt haben sich alle gegen den Bau von Personalhäusern gewehrt und auch die deutschnationalen Eisenbahner im Gemeinderat haben dagegen gesprochen, jetzt aber, da die Sache in Fluß kommt und durch unsere eifrige Agitation auch verwirklicht wird, kommt Großmann mit seinen ehrenfesten Kumpanen und sagt: „Jetzt paden wir den Häuserbau an, wir bekommen die Baubewilligung sofort, die Noten aber niemals.“ Armer ausgeblauer Frosch! Was die bösen Sozi in Oberleutensdorf schon lange eingeleitet und bis heute erzielt haben, will der kleine Gernegroß als Verdienst auf seine Fahne schreiben, trotzdem sich die Radis-Magi feinergeit geweiher haben, unser Ansuchen zum Bau von Personalhäusern zu unterschreiben. Geschwindelt muß eben werden, das kann Großmann nicht lassen. Doch auch für diesen treudeutschen Ehrenmann scheint das Ende nahe und bald dürfte der Stundenlohnverrechnungskünstler in der Bersefung verschwinden.

Für diesmal begnügen wir uns mit dem Angeführten, doch werden wir nicht früher ruhen, bis der letzte Lirat aus dem nationalen Krübel geleert ist.

Wenn bei solchen Meinungsarbeiten gewisse Vorkommnisse aufgedeckt werden müssen, die unserem Herrn Vorstand nicht angenehm sein werden, so hätte sich Herr Kretschmer diese Leute früher vom Hals scharfen sollen. Schmutzige Wäsche und „Reinheit zur Einheit“, wie reimt sich das?

St. Michael ob Leoben. Am Dienstag den 17. August 1909, um 8 Uhr abends, findet in Draglers Gasthaus eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Der Sozialversicherungsbeitrag und die Eisenbahner. 2. Anträge und Anfragen. Referent Genosse Franz Somitsch aus Wien. — Eisenbahner, erfüllt eure Pflicht und erscheint zahlreich!

Wien (St. G.). Von unseren Vertrauensmännern wird uns mitgeteilt, daß auf der St. G. immer noch Fälle vorkommen, wo die Oberbauarbeiter von den Bahnmessern unheimlich behandelt werden. So schreibt man aus einer nahe bei Wien liegenden Station, daß der dortige Bahnmessner die Arbeiter in einer Weise anbrüllt, daß man das Geschrei 1/2 Stunde weit hören kann und daß dieser Borgesetzte den Oberbauarbeitern den Akkordtarif niemals zur Durchsicht vorgelegt hat.

Die Akkordlöhne werden willkürlich verrechnet. So zum Beispiel erhält ein Arbeiter ebensowiel ausgezahlt, wenn er nur einen einzigen Tag im Akkord gearbeitet hat, wie jener Arbeiter, der volle zehn Tage im Akkord war. Beide bekommen den gleichen Betrag an Ueberlohn, was durchaus nicht in der Ordnung ist.

Ferner klagen die Oberbauarbeiter, daß sich das Aufsichtsorgan von den Arbeitern bezahlt macht; auch dieses ist ungerrecht, da unseres Wissens das Aufsichtsorgan immer von der Gesellschaft bezahlt wird. Ueberhaupt scheinen einige Bahnmessner die Oberbauarbeiter nicht nach deren persönlichen Fähigkeiten und Leistungen, sondern nach den Geschenken und Gefälligkeiten von Geld, Keratien und dergleichen einzuschätzen.

Natürlich werden dann auch solche, die in der Lage sind, mit vollen Händen beim Bahnmessner zu erscheinen, immer und überall zum Nachteil der übrigen Arbeiter bevorzugt. Wer oft und reichlich gibt, der kann den ganzen Winter hindurch arbeiten, während die anderen, die ihre Sachen selbst sehr notwendig brauchen, oft zu Hause bleiben können.

Diese forumpierende Protektionswirtschaft muß unbedingt ein Ende nehmen und wenn der § 91 der Dienstordnung vom 16. Oktober 1908 nicht bald Geltung auf unserer Strecke bekommen sollte, so wären wir gezwungen, diese Zustände an die Direktion anzuzeigen.

Wir wollen jedoch hoffen, daß auf Grund dieser Zeilen eine ehebaldige Besserung in der Behandlung der Arbeiter eintreten wird und daß man dem armen Teufel von Oberbauarbeiter seine oft mühe- und arbeitsmäßig erzwungenen Kleinigkeiten für sich und seine Familie läßt. Wer von den Armen das Wenige nimmt, ist schlechter als der Dieb.

Wiener Neustadt. Wie uns aus sicherer Quelle geschrieben wird, wird der Heizhauschef Herr Dlugy nach Würzburgschlag veretzt.

Das Personal in Wiener Neustadt atmet erleichtert auf und ist froh, diesen unliebhamen Patron endlich los zu sein.

Die Kollegen in Würzburgschlag werden gut tun, vor diesem Herrn hübsch auf der Hut zu sein, da dessen verächtliche Anzeigen und insbesondere seine „wahrheitsgetreuen Meldungen“ allgemein bekannt sind.

Brünn. (Ueber die Verhältnisse des Lokomotivpersonales der Staatsbahnengesellschaft.) Wir haben schon einmal über die unhaltbaren Verhältnisse des Brünnner Lokomotivpersonals geschrieben, leider vergebens. Schon durch volle zwei Jahre herrscht hier großer Mangel sowohl an Lokomotiven als auch und insbesondere am Personal. Die Bege hat das Lokomotivpersonal zu bezahlen, das bei zwangsweiser Beschäftigung der Dienstleistungsausweise, womit ihm die vorgeschriebene Minimalruhezeit wenigstens am Papier verbiebt, fahren muß bis zur Erschöpfung, ohne das dagegen etwas unternehmen werden würde. Und so wollen wir denn nochmals öffentlich gegen diese Mißstände Stellung nehmen.

Erst nach wiederholten Petitionieren des Lokomotivpersonals ist neuer endlich ein Lokomotivzustand gekommen, aber beileibe nicht so, als sich ihn das Personal zusammenstellen hatte, sondern er wurde umgeändert, natürlich zum Nachteil des Personals.

Da geschah es, daß man in wenigen Tagen den Verkehr nicht mehr bewältigen konnte, und mußte deswegen mehrere Führer von böhmisch-Trübau nach Brünn exponieren. Diese Gelegenheit benützte der Heizhausvorstand in Wessely a. d. M., der wohl gerne Inspektor oder noch was Besseres werden möchte und suchte, die Züge der Strecke Brünn-Wessely seinem Heizhause zuzuteilen. Er erreichte auch tatsächlich, daß die Züge 2737/40 dem Personal in Wessely zugewiesen wurden. Dadurch aber ist wieder das Brünnner Personal erheblich geschädigt, denn dies waren seine zwei besten Züge in Bezug auf Dienstleistung und

Verdienst. Der Verlust dieser zwei Züge bedeutet auch eine Zurücksetzung der jüngeren Führer im Range, nachdem jetzt um drei Führer weniger zum Streckendienst benötigt werden. Außerdem aber waren diese Züge im oben erwähnten Turnusse eingereicht, und mußte demzufolge nach Ansicht unserer Herren der ganze Turnus aufgelöst werden und das Personal fährt wieder fliegend wie die Zigeuner bis zur Bewußtlosigkeit mit doppelten Auslagen weiter. Mit doppelten Auslagen deshalb, weil man zum Beispiel nachmittags von einer Dienstreise nach Hause kommt, man damit rechnet, daß man erst am anderen Tage bei Zug 2791 als Nachschub fahren wird und da läme man laut Fahrordnung schon vormittags zurück, und nimmt sich folglich auch kein Essen mit. Doch leider ist der Mensch nicht allwissend; der Lokomotivführer, der den Zug bis Wessely führen sollte, ist plötzlich krank geworden, wovon man aber in Brünn nie verständigt wird, und ohne die geringste Verpflegung mitzubringen, muß man sich in Wessely bei Nacht ankommen, da die Geschäfte schon größtenteils geschlossen sind, damit begnügen, was man für teures Geld im Wirtshaus bekommt, was bei der herrschenden horrenden Teuerung keinen kleinen Ausfall in der Haushaltungsrechnung ergibt.

Beinahe hätten wir eine Unwahrheit gesagt, es gibt doch noch einen Lokomotivturnus, aber auf diesen wollen wir hiermit die übliche l. l. Generalinspektion aufmerksam gemacht haben! Oder entspricht es vielleicht gar den Vorschriften, wenn das Personal in drei Tagen eine Dienstleistung von 44 1/2 Stunden aufweist, ohne die regelmäßigen Verspätungen und ohne die Zeit für das Anbremsen eingerechnet.

Nicht viel besser ergeht es den Personenzugslokomotivführern, die erst vor kurzer Zeit anlässlich der Neueinführung der Züge 609/10, um welche der bestehende Turnus erweitert wurde, vorstellig wurden. Geregelt wurde der Turnus zwar nicht, es wurde aber dem Personal bedeutet, daß es nichts zu sprechen und zu wünschen, sondern nur zu gehorchen und den Dienst ohne jeder Weigerung zu machen habe. Kennzeichnend für die Brünnner Verhältnisse ist auch die Antwort, die die Deputation, als sie auf die Verschlechterung der Dienstverhältnisse hinwies, erhielt:

„Ihr werdet noch mehr fahren und noch weniger verdienen.“ Nicht besser schaut es im Tschonowitzer Turnus aus, welchen man zu verbessern versprochen, aber alles immer noch beim alten gelassen hat. Die jüngsten, sogenannten Reservisten, die die Versuchsfahrer führen, die werden gar nicht als Lokomotivführer behandelt. Obwohl sie einen Dienst von 12 Stunden Dienst, 12 Stunden frei, 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei versehen sollen, werden sie Samstag, Sonntag, Montag, ebenso wenn ein Feiertag in die Woche fällt, ganz einfach um ihre freie Zeit gebracht, indem sie einen Arbeiter- oder Bergnützungszug führen müssen. Wenn sie zurückkommen, müssen sie gleich wieder nach der Dienstverteilung ihren Dienst antreten, wodurch sie um 12 bis 15 freie Stunden gebracht werden. Nachdem sie aber nach der Dienstverteilung allein schon 300 Dienststunden im Monat erreichen — was heute wohl in keinem industriellen Unternehmen vorkommt — so ist ein Kommentar zu dieser Dienstverteilung wohl überflüssig. Wann endlich die zwölfstündige Dienstzeit mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit, wie es die l. l. Nordbahn in Brünn hat, auch bei der St. G. eingeführt wird, das wissen die Götter, obwohl die damit verbundenen Auslagen nicht gar so groß wären und man dem Personalmangel mit ein bißchen guten Willen leicht abhelfen könnte.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch der Kasernen in Segengottes und Wessely erwähnen, wo es im wahren Sinne des Wortes von Ungeleser nur so wimmelt; die Meinung ist eine sehr mangelhafte, so daß von einem Ausruhen oder Schlafen gar keine Rede sein kann.

Man glauben wir, alles hat seine Grenze, weiter geht diese Schinderei des Lokomotivpersonals nicht, denn es liegt doch auch im Interesse der Bahnverwaltung, ein gesundes, zufriedenes und ausgeglichenes Personal zu haben, welches gerne in Notstandszeiten bereit ist, eine Wehrleistung auf sich zu nehmen, nur dürfen dieselbe nicht, so wie jetzt durch volle zwei Jahre dauern. Die Brünnner Verhältnisse sind ja schon sprichwörtlich geworden und soll ein Führer nach Brünn veretzt werden, so wehrt er sich mit Händen und Füßen dagegen.

Wir würden nicht ein Wort über diese Verhältnisse verlieren, wenn es überall so sein würde, oder so sein müßte, aber auf einer Seite ist die Brünnner Heizhausverwaltung mit Werkmeisterhülern, welchen bei der Aufnahme versprochen wurde, daß sie nicht lange in der Werkstätte bleiben, sondern auf die Maschine herauskommen werden vollgepropt, auf der anderen Seite dieser unehörte Personalmangel. In böhmisch-Trübau gibt es nicht weniger als 30 Lokomotivführerwärter, die permanent den Heizdienst versehen, von diesen will aber niemand nach Brünn veretzt werden, denn sie wollen lieber in Trübau heizen als in Brünn Führerdienst machen. Nachdem man bei Beilegung dieser Mißeren, wohl erwarten darf, daß man die Brünnner Führer nicht noch mit Verletzungen von älteren Führern nach Brünn wird schädigen, wäre es am besten, die letzte Partie der Trübauer Anwärter (das sind acht Mann), hierher zu versetzen und für den Nachwuchs aus der Brünnner Werkstätte zu sorgen. Diese acht Mann werden vorberhand das Wehrfordernis anlässlich der Kaisermander bestreiten können und die Zukunft wäre durch die Herausgabe der Lehrlinge gesichert.

Zum Schluß eruchen wir die löbliche Direktion, die Wünsche und zwar: Veretzung einiger der jüngsten Lokomotivführerwärter nach Brünn, Regelung aller bestehenden Turnusse im Einvernehmen mit dem gewählten Heizhausauschuss, Einführung einer zwölfstündigen Dienstzeit mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit bei Versuchsfahrern und gründliche Reinigung und Instandhaltung der Kasernen in Segengottes und Wessely endlich zu berücksichtigen.

Zuletzt sagen wir noch dem Brünnner Lokomotivpersonal: Laßt einmal diesen Range- und Kaserngeist fahren, haltet alle wie ein Mann zusammen, schafft unter euch die herrschende Kilometerjagerei weg, und unterstützt in allen Fällen den gewählten Heizhausauschuss, laßt alle diverse Taschenrechnervereine und Klubs beiseite, tritt alle der Organisation bei, und dann werden alle die hier geschilderten Mißstände wirksam bekämpft werden können.

Wien IX. Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.“ Dieses Gebot scheint der christlichsozialen Zugerevisor Herr Jewl nicht zu kennen, wie folgender Fall beweist:

Am 27. Juni fuhr Kondukteur D. mit Zug 315 von Wien II nach Krems und da derselbe kurz vor Abfahrt des Zuges in der Station ankam, konnte er sich keine Fahrkarte mehr lösen. In Klosterneuburg kam der Herr Jewl revidieren und forderte von Kondukteur D. die Fahrkarte. D. erklärte nun dem Zugerevisor, weshalb er keine Karte mehr bekommen konnte und nun ohne Karte eingestiegen sei.

Ohne den Kondukteur zu fragen, wohin er fahre und ohne eine Nachzahlung auszustellen, die anstandslos gezahlt worden wäre, zeigte Jewl diesen bei der Staatsbahndirektion an, und zwar wegen Verweigerung der Nachzahlung und daß D. ohne jede Bewilligung und noch dazu im Krankenstand nach Krems fahre.

Nun sind die Angaben, die der Zugerevisor Jewl gemacht hat, vollständig falsch.

Erstens kann der Kondukteur D. durch Zeugen bestätigen, daß er die Nachzahlung nicht verweigert hatte, ja nicht einmal verweigern konnte, da der Revisor nicht fragte, wohin er fahre und zweitens hatte der Kondukteur sowohl von seinem Dienstvorstande als auch vom Bahnarzt die Erlaubnis eingeholt, um nach Krems zu fahren.

Der Zugerevisor hat in diesem Falle zumindest einige Unwahrheiten mit in dieser Anzeige eingeschoben und ist die Glaubwürdigkeit dieses Herrn bei den nächsten Vorkommnissen barnach einzuschätzen.

Das Personal von Wien II, insbesondere aber die Zugbegleiter glauben, daß ein Zugerevisor, der wesentlich falsche Anzeigen an die Direktion macht, zu dieser Stelle nicht geeignet ist und absolut keine Achtung von seinen Untergebenen erzielen wird, um so weniger, da seit der ominösen Gpffriger Geschichte der Respekt vor diesem Patentchristen aber schon ganz beim Teufel ist.

Graz. Südbahn. (Wahrung der Dekonomie.) Das Betriebsinspektorat Graz ist emsig bemüht, der Südbahn auf die Beine zu helfen. Dabei greift es aber zu plumpen Mitteln, die geeignet sind, die Südbahn nicht nur materiell, sondern auch in Bezug auf die Gefährdung der Sicherheit in einen bedauerlichen Ruf zu bringen. Man braucht da nur das Wofis Nr. 102 vom 21. Juni 1909 durchzusehen und man wird auf den ersten Blick erkennen, daß bei Handhabung desselben damit auch schon Gefahren verbunden sein müssen, weil da nur von der Reduzierung des Personals bei den Arbeitszügen gesprochen wird. Die Folgen davon werden große Verspätungen sein, welche die Sicherheit des Verkehrs gefährden. Freilich sagt das Inspektorat, nur an einem Montag oder einem Feiertag folgenden Tage ist es ganz unnötig, die volle Zahl des Personals für die Arbeit beizustellen, es vergibt aber ganz und gar, daß gerade nach einem Feiertag oder Sonntag die Sammelzüge die meisten Greislerwagen mit sich führen und auch am meisten Rangierungen in den Stationen vorzunehmen sind. Daß die Stationen keine oder nur sehr wenig Arbeit haben, wenn ein Kontrollor beim Zuge ist, ist ja eine altbekannte Tatsache.

Das Eisenbahnunglück auf der Sulmtalbahn ist doch nur auf das Sparsystem zurückzuführen. Wären dort Wächter vorhanden oder eine entsprechende Anzahl Streckenbegeher, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß die Bahnfreier so lange auf der Strecke unbeschäftigt arbeiten könnten und es wäre möglich gewesen, die eingeleitete Traverse noch vor Anfuhr des Zuges zu entdecken. Wenn die Südbahn durch ihr Sparsystem wirklich schon greifbare Erfolge aufzuweisen hätte, dann würde auch das Personal so manches über sich ergehen lassen, aber so wird schon durch Jahrzehnte hindurch immer gespart und die Schulden und Defizite werden immer größer. Das angewendete Sparsystem ist also gar nichts anderes als eine Schifane des Personals und ein Futter für jene, welche bei der Krippe sitzen.

Graz. (Ein abgebligter Wiener christlichsozialer Agitator.) Vor kurzem tauchte in Graz der Wiener Gepäckschlepper namens Neubauer auf und begann unter den Grazer Trägern eine Agitation für den christlichsozialen Verkehrsband. Mit christlichen Käsepapieren war er reichhaltig ausgerüstet und damit auch sehr ipendib, doch die Grazer Träger wollten ihren Käse mit Bruderschwärze nicht vergiften. Damit aber der Herr Neubauer in Wien nicht sagen darf, daß die Grazer Träger gar keine Gegenleistung gemacht haben, so haben sie sich reich entschlossen, seinen Ueberzieher mit „Arbeiterwillen“ voll zu stopfen. Kurzezeitlich räumte der Wiener Christ seinen Ueberzieher und verließ eiligst die rote Station Graz.

Die Wiener Christen sollen es doch endlich einsehen, daß für sie in Graz nichts zu holen ist als höchstens eine anständige Blamage. Die Grazer Träger stehen in der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation und wollen von den Christlichsozialen verschont bleiben. Dies möge sich der Herr Neubauer merken.

Lieng. (Nichtigstellung.) In unserer Nummer 21 vom 20. Juli d. J., auf Seite 14, Spalte 1, enthaltenden Bericht mit der Aufschrift „Lieng. (Eine trinkfeste Kantihyppe.“ hat sich in der Angabe der Station ein Irrtum eingeschlichen. Der betreffende Vorfall mit dem Bäuerlein spielte sich nicht in der Station Lieng, sondern in der Station Thal, oberhalb Lieng ab.

Wir bringen dies unseren geehrten Lesern zur Kenntnis, mit der Bitte, der Frau Stationschefin in Thal keine geistigen Getränke zur Kostprobe anzubieten.

In der Station Lieng wäre überdies ein derartiges Vorkommnis vollkommen ausgeschlossen, da der dortige Vorstand sowie dessen Familie hochachtbare Leute sind.

Die Redaktion.

Zell am See. Sämtliche Eisenbahner von Zell am See und Umgebung werden zu der am 9. August d. J., um 8 Uhr abends, im Vereinslokal, Heigmanns Gasthaus, stattfindenden freien Eisenbahnerversammlung höflichst eingeladen.

Referenten: Genosse Somitsch aus Wien und Genosse Unterreiner, Mitglied des Direktionsarbeiterauschuss aus Kitzbühel.

Tagesordnung: 1. Die Zugeständnisse des Eisenbahnministeriums. 2. Die Lage und Forderungen der Oberbauarbeiter im besonderen. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Teplitz. Die Wächter der Bahnerhaltungsektion Teplitz-Waldtor und jene in der Strecke von Kostenthal bis Kosten-Gaan wurden mit einem neuen Turnus beglückt, der unter den gegenwärtigen Dienstverhältnissen unbrauchbar erscheint.

Durch die Anlage der neuen Strecke nach Kosten-Gaan, die neben Kohlenbergwerke vorbei und über Abbaue der Schächte führt, ist eine öftere Streckenbegehung notwendig geworden. Die Wächter haben einen Dienst, wo sechs Nächte enthalten sind, dazu noch die erhöhte Aufmerksamkeit auf die neue Strecke und der überaus starke Verkehr bei einer bloß zwölfstündigen Ruhezeit, dies alles zusammen muß selbst den festesten Organismus mit der Zeit aufreiben.

Infolge dieses anstrengenden Dienstes sind die Wächter niemals vollständig ausgeruht und lehnen daher die Verantwortung ab.

Und doch könnte, und zwar sehr leicht eine bessere Dienstverteilung getroffen werden. Durch die Betriebsinstellung des Walzwerkes sind die Wächter der genannten Strecke frei geworden und könnten zur Dienstverleichterung herangezogen werden.

Ja, auf der neuen Haltestelle Janneg sind gleich fünf Wächter auf einem Posten.

Wenn hier Ordnung und damit eine den Verkehrsverhältnissen entsprechende Dienstverteilung getroffen wird, so können sowohl die Wächter als auch die Streckenbegeher eine Dienstzeit von 16 Stunden Dienst und 16 Stunden frei haben, ohne daß es die geringsten Wehrkosten verursachen möchte.

Dies wollen wir einer l. l. Staatsbahndirektion in Prag zur Durchführung empfehlen.

Amstetten. (Werkstätte.) Freitag den 26. Juli anno 1909 war ein Tag der Ueberraschungen. Es wurden fünf herrenlose Bierflaschen eingefangen, und vormittags, nach mühsamen Suchen, wurde ein auf einen Wofisak reitender Oberbauer gefunden.

Nach erfolgtem Angriff auf diesen Kavalleristen mußte dieser den Rückzug antreten. Er reterierte wahrscheinlich mehr ins Niederland, da man etwas weiter unten derlei Reitsperde glücklicher behandelt und alles war gerettet.

Nachmittags eine zweite Ueberraschung:

Es wurden alle zur Stabilisierung eingegebenen Bahnarbeiter zur Abholung ihrer Dokumente in die Kanzlei beordert. Da schlich sich auch ein durch viele Fälle sich unlieham gemachtes Individuum, schen geduckt, auf den Beheynspigen, vorsichtig um sich blickend, damit ihn ja niemand sieht, der sogenannte Dechant-Poldl, seine Papiere holend, in der Richtung gegen das Kanzleigebäude. Aber der frische Kies vor den Gebäuden, der Teufel soll ihn holen, verriet, daß auch er eingezogen.

Es ist gegen diese Eingabe gar nichts einzuwenden, wenn vielleicht damit, was wohl sehr zu bezweifeln ist, der Anfang gemacht werden sollte, auch Handlanger anzuustellen. Heißt es doch immer, Hilfsarbeiter können angestellt werden, Handlanger jedoch nicht. Und Hilfsarbeiter ist dieser Dechant-Poldl nicht. Man nennt doch einen Kanzlei aussehenden und Spud-

näpfe putzenden Handlanger nicht Hilfsarbeiter. Viel eher gelangt die Vermutung zur Annahme, daß sich der jetzt so brave Soldat zur richtigen Zeit in die Entleerungsorgane eines maßgebenden Faktors verflochten hat. Oder können Stabilisierungsvorschläge auch von subalternen Organen gemacht werden? Diese heimliche Vorziehung des Handlangers vor den Hilfsarbeitern kann nicht stillschweigend übergegangen werden. Und Sache des Direktionsausschusses wird es sein, gegen berartige Vorkommnisse Stellung zu nehmen, damit sich solche Elemente nicht anderen vordrängen können. Man findet es auch nicht für angebracht, die Hilfsarbeiter mit derlei Sachen bewußt oder unbewußt gegen die Direktion zu hegen. Solche Vorfälle gefährden im höchsten Grade die Disziplin, reizen zu Mißtrauen und daß gegen die Vorgesetzten und bringen Zwietracht unter das Personal.

Laiabach. (St. L. Staatsbahn.) Unser Herr Heizhausleiter, Inspektor Pola de Polajalva, ist ein alter Herr und der Ruhe bedürftig. Das ihm unterstellte Personal wünscht ihm auch, daß er bald diese wohlverdiente Ruhe genießen möge. Solange er aber die Regierung nicht aus der Hand gibt, eruchen wir ihn, das ihm unterstellte Personal, zu welchem auch die Professionsisten der Werkstätte gehören, wie Menschen zu behandeln. Straftausch, wie: „Salten Sie das Maul“ und dergleichen sind weder für denjenigen, den sie vermeintlich, angenehm, noch stehen sie im Einklang mit der Inspektorswürde.

Der heilige Bureaufatismus der k. l. Staatsbahn sagt, daß ein jeder Bedienstete, der einen Freifahrtschein haben will, vorerst einen Urlaub erhalten muß. Ganz richtig.

Wie stellt nun ein Werkmann der Werkstätte Laiabach (St. V.) die Sache an, wenn er an einem dienstfreien Sonntag irgendwohin fahren will? Die Freikarte bekommt er, wenn er Urlaub hat. Aber den Urlaub bekommt er nicht, wenn er auch dienstfrei ist, sobald es dem Herrn Inspektor nicht paßt. Schließlich kann es ihm passieren, daß ihm in einem etwas starken Konversationsston bedeutet wird: „In der Kanzlei haben Sie zu schweigen, hier hab' ich zu sprechen!“

Wie man sich in solchen Fällen mit dem Herrn Vorstand verständigen soll, davon erzählt der angeführte Heilige nichts. Wir versuchen es jetzt auf diese Art.

Versammlungsberichte.

St. Pölten. Montag den 19. Juli d. J. fand in Garreis Gasthaus eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Sommerfeld den Bericht der Zentralpersonalkommission brachte. Nachdem noch mehrere Redner sich an der dem Referat folgenden Debatte beteiligt hatten, wurde eine diesbezügliche Resolution zur Verlesung gebracht und einstimmig angenommen.

Feldkirch. (Mißglückter Fischfang.) Samstag den 10. Juli war im „Möhen“ eine Versammlung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner. Der Saal war gedrängt voll von Sozialdemokraten. Im Präsidium saßen drei deutsche Eisenbahner und es ist fraglich, ob noch weitere drei im Saale waren.

Der Vorarlberger „Volksfreund“ schreibt in Nr. 88, daß der Referent, Ingenieur Suske aus Innsbruck, in sachlicher Weise über den Wert der internationalen Gewerkschaften sprach. Es wäre Zeit- und Raumverschwendung, des näheren auf dieses konfuse Referat einzugehen. Die vielen Versammlungsteilnehmer haben von der Sachlichkeit nichts verspürt, was auch die zahllosen Zwischenrufe beweisen dürften. Dann kam ein Ingenieur aus Feldkirch zum Wort. Der Herr sprach von den Römern und Germanen und sonst allerlei, nur nicht von der Eisenbahn. (Dürfte dies vielleicht einen besonderen Grund haben?). Bei diesem sachlichen Referat wurde die Versammlung schon wirklich stierfisch und es war eine Wohltat für die Versammelten, als dieser Herr das Podium verließ.

Nächster Redner war Genosse Preiß. Es war ein Genuß, die sachliche Rede des Genossen Preiß anzuhören, dem es ein leichtes war, die beiden Vorredner gründlich zu widerlegen und wurden seine trefflichen Ausführungen mit großem Beifall belohnt. Die projektierte Gründung einer Ortsgruppe deutscher Eisenbahner mißlang unter solchen Umständen und alle Versammlungsteilnehmer sind sich dessen bewußt, daß die Herren aus Innsbruck das erste und letztemal in Feldkirch waren.

Amstetten. Am 20. Juli d. J. fand hier eine massenhafte besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Sommerfeld den Bericht der Personalkommission vom 7. Juli brachte. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall entgegengenommen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 20. Juli 1909 zum Zwecke der Berichterstattung der Zentralpersonalkommission vom 7. Juli 1909 einberufene Eisenbahnerversammlung in Amstetten spricht ihren Verehrten in der Zentralpersonalkommission das vollste Vertrauen aus und fordert dieselben auf, unentwegt darauf hinzuwirken, daß die Automatik der Diener, analog den Unterbeamten, mit zwei Jahren festgesetzt wird. Fordert aber derzeit unbedingt für alle vor 1. Jänner 1909 angestellten Diener, daß denselben die Vorrückungsfristen in der Gehaltsstufe von 1000 bis 1100 Kr. mit zwei Jahren festgesetzt wird.“

Ferner hält sie auch unentwegt den in der Zentralpersonalkommission eingebrachten Antrag aufrecht, daß jeder Bedienstete in die ihm nach den Dienstjahren gebührende Gehaltsstufe einzureihen ist.“

Hütteldorf. Am 16. Juli fand hier eine Versammlung statt, in welcher Genosse Sommerfeld den Bericht über die Sitzung der Zentralpersonalkommission brachte.

Wien, Msergrund. Die Lokomotivwärter in Wien hielten am 25. Juni d. J. im Hotel Bellevue eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in welcher Personalkommissionsmitglied Genosse Smeytal über das Zulivancement und die Lokomotivführerernennungen referierte.

Genosse Smeytal brachte den Bericht über die Sitzung der Personalkommission und gab bekannt, daß erklärt wurde, daß der Stand der Unterbeamten um 102 Posten erhöht werde, daher die Wärter, welche als Lokomotivführer fahren, zum größten Teil als solche ernannt werden dürften.

Gleichzeitig besprach der Referent die in Hütteldorf stattgefundene Versammlung, wo beschlossen wurde, behufs beschleunigter Durchführung eine Deputation in das k. l. Eisenbahnministerium zu entsenden. Dieser Deputation werden sich die Genossen Ferenz und Kern vom Heizhaus Wien II anschließen.

Nachdem noch einige Nebensachen im Heizhaus Wien II besprochen und das Verhalten des Maschinenmeisters Parrath einer gerechten Kritik unterzogen wurde, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Appell zum Anschluß an die Organisation vom Vorsitzenden Genossen Kneidinger geschlossen.

Wiener-Neustadt. Montag den 26. Juli d. J. fand im Arbeiterheim eine gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in welcher die Genossen R. Weigl und Adolf Müller referierten.

Die beiden Redner besprachen die gegenwärtige Lage des Eisenbahnpersonals, das Gesetz über die Sozialversicherung und den vor kurzem ausgebrochenen Streit der Bahnarbeiter in Südtirol.

Als Delegierte zur Konferenz nach Villach wurden die Genossen Hermann und Danhelmer gewählt.

Gleichzeitig gibt die Ortsgruppe bekannt, daß es der Organisation gelungen ist, mit der hiesigen Wabeanstalt Stauber eine Preisermäßigung für Mitglieder zu vereinbaren. Gegen Vorweisung der Legitimation (Mitgliedsbuch oder Interimskarte) können Mitglieder jeden Dienstag ein Dampfbad zum Preise von 60 S. (früher Kr. 1.20) erhalten.

An die Genossen von Wiener-Neustadt und Umgebung ergoht die freundliche Aufforderung, von dieser Begünstigung ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Spittal a. d. Drau. Am 25. Juli l. J. hat hier eine gut besuchte freie Eisenbahnerversammlung stattgefunden, in welcher die provisorische Leitung der Ortsgruppe gewählt wurde: Josef Gabriel, Kassenbeamter, Obmann; Adolf Gayer, Weichenwärter, Kassier; Alfons Pehler, Magazinsaufseher, Schriftführer; Eichholzer, Köpl, Trichlning und Weichsler, Ausschüsse.

Es wird notwendig sein, auf der neuen Strecke noch einige Versammlungen abzuhalten und lebhaft zu agitieren, um unsere hierher vertriehen Genossen zu sammeln.

Zuschriften sowie Anmeldungen zum Beitritt sind vorläufig an Josef Gabriel, Kassenbeamter der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse in Spittal a. d. Drau, zu adressieren, wo auch Auskünfte in allen Angelegenheiten erteilt werden.

Wörgl. Am 5. Juli fand in Serra Kumschiers Gasthof eine freie Eisenbahnerversammlung statt, in welcher die gewählten Vorstandsmitglieder der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt Genosse Deder und Hartl Bericht erstatteten.

Altmann. Eine gut besuchte Versammlung der Bahnarbeiter fand Sonntag den 11. Juli d. J. statt, in welcher die Direktionsausschussmitglieder Genossen Dörner und Hofwimmer über den Zweck und Wert des betreffenden Ausschusses sprachen. In sachlicher und leicht verständlicher Weise entlegten sich die beiden Referenten ihrer Aufgabe und ertelten für ihre Referate lebhaften Beifall. Zum Schluß wurde eine diesbezügliche Resolution verlesen und einstimmig angenommen.

St. Valentin. Sonntag den 11. Juli fand in Hubers Gasthaus eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Sommerfeld den Bericht über die letzte Sitzung der Zentralpersonalkommission brachte.

Nach dem ausführlichen Referat des Genossen Sommerfeld sprach Genosse Wunsch über Zweck und Nutzen der Organisation. Zum Schluß kritisierte Genosse Gladik das Verhalten einiger Genossen sowie der Indifferenten. Sämtliche Redner ertelten für ihre Referate lebhaften Beifall und nachdem noch mehrere Anfragen beantwortet wurden, schloß der Vorsitzende die für St. Valentin denkwürdige Versammlung.

Literatur.

Im Verlag von J. S. B. Dieh Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Vorläufer des neueren Sozialismus**, von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage.

Erster Band: Kommunistiche Bewegungen im Mittelalter. Preis broschiert M. 2.50, gebunden 3 M.
Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Reformation. Preis broschiert M. 2.50, gebunden 3 M.

Diese beiden Bände bildeten früher den ersten Teil der von Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzelbarstellungen. Eine Neuauflage des Gesamtwerkes wurde fallen gelassen; aus praktischen Gründen ist es in einzelne Bände zerlegt worden, die in selbständiger Form erscheinen, wie es bereits in Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Bernsteins Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution geschehen ist.

In den oben angezeigten beiden Bänden werden den Lesern eines der bedeutendsten Werke Kautskys bargeboten, die sich in unmittelbarer Folge an den Ende 1908 erschienenen Ursprung des Christentums anschließen. Diese Arbeit steht im engsten Zusammenhang mit der vorliegenden, wie Kautsky in seiner Vorrede bemerkt. „Die gegenwärtigen Zusammenhänge, die ich in dieser Entdecke, haben mir auch als Leitstern in jener gedient. Beide Arbeiten stützen einander. Wer die eine kritisieren will, muß auch die andere in Betracht ziehen.“

Bekanntmachung der Administration.

I.
Folgende Ortsgruppen respektive Zahlstellen haben bis 28. Juli die Monatsabrechnung mit der Zentrale noch nicht gepflogen, wodurch die in den betreffenden Ortsgruppen befindlichen Mitglieder mit ihren Rechten in Mitleidenschaft gezogen sind.

Um einer eventuell daraus entstehenden Schamität vorzubeugen, eruchen wir um schleunigste Begleichung des Rückstandes.

Gzernowich schuldet außer einen Betrag von Kr. 238.98 noch den Monat Juni. Cormons schuldet für Monat April, Mai und Juni. Divacca schuldet für Monat Juni. Friedlsand schuldet für Monat Juni. Dieflau schuldet für Monat Juni. Landeck schuldet für Monat Juni. Langen am Arlsberg schuldet für Monat Mai und Juni. Loitsch schuldet für Monat Juni. Michelsch schuldet für Monat Juni. Pragerhof schuldet für Monat Juni. Spalato schuldet für Monat April, Mai und Juni. Sucha schuldet für Monat Juni. Sniatyn=Zalucze schuldet für Monat Mai und Juni. Triszt I schuldet für Monat Juni. Zablotow schuldet für Monat Juni. Adelsberg schuldet einen Betrag von Kr. 128.35. Jägerndorf schuldet einen Betrag von 70 Kr. Jaromet schuldet einen Betrag von Kr. 67.26. Steinbrück schuldet einen Betrag von 20 Kr.

II.

Wir machen die geehrten Ortsgruppenfunktionäre aufmerksam, bei Einsendung der portofreien Zeitungsklammationen jedesmal die Zeitungsnnummer in die hierfür bestimmte Rubrik einzustellen, da die Post, wenn keine Zeitungsnnummer eingeklebt ist, dies als schriftliche Mitteilung behandelt und mit Straßporto belegt.

Sprechsaal.

An alle Krankenkassenmitglieder der Oesterreichischen Nordwestbahn und Südnorddeutschen Verbindungsbahn!

Am 9., 10. und 11. August 1909 finden die Neuwahlen in den Unterstützungsfonds der

De. N. W. B. und S. N. D. B. statt. Als Kandidaten für den Zentralausschuß und für die Lokalausschüsse in Nimburg, Prag und Reichenberg wurden von den Mitgliedern nachstehende Genossen aufgestellt, welche wir euch hiernit zur Wahl empfehlen:

A. Für den Zentralausschuß:

Aus dem Bau- und Bahnerhaltungspersonal:
Als Mitglieder: Josef Schwab, Offiziant; Alfred Zimmermann, Signalmeister.
Als Ersatzmänner: Georg Vollmoß, Zimmermann; Lambert Burian, Oberbauarbeiter.

Aus dem Heizhaus- und Zugförderungspersonal:
Als Mitglieder: Ludwig Chlumetzky, Lokomotivführer; Franz Faust, Geizer.
Als Ersatzmänner: Wenzel Turej, Lokomotivführer; Eduard Kriz, Geizer.

Aus dem Werkstättenpersonal:
Als Mitglieder: Alois Bed, Tischler; Josef Schuster, Kupferschmied.
Als Ersatzmänner: Johann Kreuz, Lackierer; Franz Binder, Messerschmied.

Aus dem übrigen Personal:
Als Mitglieder: Josef Lillhon, Assistent; Eduard Bartels, Magazinsaufseher.
Als Ersatzmänner: Emanuel Knapil, Oberverfchieber; Anton Hartmann, Kangleidiener.

B. Für die Lokalausschüsse:

1. Nimburg.

Aus dem Bau- und Bahnerhaltungspersonal:
Als Mitglied: Emanuel Kutnohorstky, Bahnmeister.
Als Ersatzmann: Wenzel Cmuqr, Vorarbeiter.

Aus dem Heizhaus-, Zugförderungs- und Werkstättenpersonal:
Als Mitglied: Rudolf Kisliak, Schlosser.
Als Ersatzmann: Heinrich Leisler, Lackierer.

Aus dem übrigen Personal:
Als Mitglied: Franz Dobeß, Wagenmeister.
Als Ersatzmann: Alois Cerny, Verchschaufseher.

2. Prag.

Aus dem Bau- und Bahnerhaltungspersonal:
Als Mitglied: Karl Cepicka, Kangleidiener, Prag.
Als Ersatzmann: Josef Bozensky, Oberbauarbeiter, Prag.

Aus dem Heizhaus-, Zugförderungs- und Werkstättenpersonal:
Als Mitglied: Johann Wieweg, Lokomotivführer, Prag.
Als Ersatzmann: Josef Schneeweiß, Magazinsmeister, Prag.

Aus dem übrigen Personal:
Als Mitglied: Johann Tolman, Oberkondukteur, Prag.
Als Ersatzmann: Josef Zahradnik, Offiziant, Prag.

3. Reichenberg.

Aus dem Bau- und Bahnerhaltungspersonal:
Als Mitglied: Anton Ehrl, Oberbauarbeiter, Sabendorf.
Als Ersatzmann: Franz Josef, Oberbauarbeiter, Reichenberg.

Aus dem Heizhaus-, Zugförderungs- und Werkstättenpersonal:
Als Mitglied: Johann Prochazka, Tischlervorarbeiter, Werkstätte Reichenberg.
Als Ersatzmann: Julius Friishe, Kangleidiener, Werkstätte Reichenberg.

Aus dem übrigen Personal:
Als Mitglied: Gustav Frauenhof, Magazinsaffordobmann, Reichenberg.
Als Ersatzmann: Anton Paninka, Kondukteur, Reichenberg.

Kollegen, Genossen! Es ist notwendig, daß sich alle freiwillig gestimmten Eisenbahner für die Wahl unserer Kandidaten einsetzen und kräftig für sie agitieren.

Die Wahl des Zentralausschusses ist eine gemeinsame, die Wahl der Lokalausschüsse für jedes Betriebsinspektorat separat.

Mit Brudergruß
Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

An alle Vertrauensmänner der k. l. Staatsbahn.
Kondukteur Seb. Jdl, Zentralausschußmitglied der Personalkommission wohnt ab 1. August Innsbruck, Freisingstraße Nr. 4, 1. Stock.

Achtung, Mitglieder des Lebensversicherungsvereines für Eisenbahnbedienstete! (De Laglio.)
Aus Anlaß der für das Wiener Zentralkomitee des Lebensversicherungsvereines für Eisenbahnbedienstete (De Laglio) bevorstehenden Ergänzungswahlen wurde von seiten der den koalitierten Organisationen angehörenden Mitglieder nachstehende Kandidatenliste aufgestellt, und zwar:

Als Mitglieder des Zentralkomitees:
Friedrich Wiefinger, Oberrevident, M.;
Franz Werner, Revident, C.

Gegen bequeme Teilzahlungen

Gramophone
Schallplatten
Musik-Spielzeug
Automaten

Zithern
aller Arten
u. Systeme
Mandolinen,
Guitarron
in allen
Preislagen

Violinen
erstklassige
Instrumente
nach alten
Meister-
Modellen
aller
Bratschen
Celli usw.

Photogr.
Apparate
neueste
Modelle
aller
modernen
Typen
zu mäßigsten
Preisen.

Reliably illustrierter Hauptkatalog gratis und frel. — Postkarte genügt.

Bial & Freund in Wien, VI/50 Mariahilferstr. 95.

Ersagmänner:

Josif Alberttha, Oberrevident, M.; Rudolf Regensberger, Assistent, Stadlau.

Rechnungsrevisoren:

Rudolf Kucipp, Oberrevident, F.; Adolf Wölkner, Oberrevident, F.; Alfred Freund, Assistent, Station: Wien XI, Simmering.

Im vorigen Jahre ist es der Opposition gelungen, ihre Kandidaten durchzubringen und neues Leben in den „De Laglio“-Verein zu bringen und eine Tätigkeit zu inaugrieren, die nicht nur das Interesse der Gesamtheit der Mitglieder zu wahren, sondern auch eine Veränderung der veralteten Statuten sich zum Ziele setzte.

Wenn es im Vorjahre einen Kampf gegen die erbgefeffenen alten Herren gab, die glaubten, einen lebenslänglichen Anspruch auf die Funktionen im Ausschuss zu haben und die gegen eine Aenderung dieses Zustandes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich zur Wehr setzten, so gibt es diesmal Kampf gegen einige gewissenlose Streber, die nicht die Interessen der Mitglieder vertreten, sondern persönliche Vorteile und ihrem schrankenlosen Ehrgeiz fröhnen wollen.

Unter diesen Strebern ist auch der bekannte Ueberläufer und Knecht Herr König zu finden, welcher mit Hilfe eines Herrn Wessely von der Domänendirektion Wien, der für König die Reichiger Mitglieder zu mobilisieren beabsichtigt, gewählt werden will.

Kollegen, Mitglieder! So wie ihr im vorigen Jahre geschlossen für die Kandidaten von den koalitierten Organisationen gestimmt habt, so zeigt auch bei den diesjährigen Ergänzungswahlen die Geschlossenheit und Einheit und Strammheit der Organisation und laßt euch den Einfluß, der euch in der Verwaltung dieses Instituts gebührt, nicht entziehen.

Die euch empfohlenen Männer sind Männer der Tat und arbeiten unermüdet, unausgesetzt und mit Opfermütigkeit daran, um durch eine entsprechende Reorganisation aus dem „De Laglio“-Verein ein modernes, für die Mitgliedschaft segensreiches Institut zu machen. Gebet daher geschlossen eure Stimmen den oben angeführten Kandidaten! Keiner schließe sich aus! Keiner fehle bei der Wahlurne!

Das Wahlkomitee der koalitierten Organisationen.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Prag.

Beim Neubau auf der Strecke Bodenbach - Eulau im Jahre 1907 wurde den Oberbauarbeitern vom Herrn Ingenieur Lechner vorgelesen, daß alle jene Oberbauarbeiter, welche noch nichts erreicht haben, nach einem Jahre Anspruch auf 10 S. Lohnzulage haben.

Jedoch ist bis heute dieses Versprechen nicht vollzogen worden. Die Betroffenen ersuchen daher die löbliche Direktion, dem Herrn Inspektor Dellin den Auftrag zu erteilen, das durchzuführen, was den Oberbauarbeitern versprochen wurde.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Prag.

Die am 1. Jänner 1909 in der Werkstätte Bodenbach angestellten Arbeiter ersuchen um endliche Ausfolgung der Dienstkleider.

An die löbliche Direktion der k. k. Nordbahn in Wien.

Die Bediensteten der Stationen Bülten und Pohl haben am 1. Mai d. J. im Dienstwege ein Gesuch um Errichtung einer Bahnarbeitsstelle in Bülten an die k. k. Nordbahndirektion eingeleitet.

Da in dieser, für die Bediensteten so wichtigen Angelegenheit bis heute keine Erledigung erfolgt ist, so bitten die Unterzeichneten nochmals um ehebaldige günstige Erledigung. Sämtliche Bedienstete der Strecke Weiskirchen bis Pohl.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Das Zugspersonale der Station Landeck hat zu wiederholten Malen bemerkt, wie der Herr Adjunkt Klein in der Einteilung des Personals zum Manipulationsdienst parteiisch und ungerecht vorgegangen ist und seine speziellen Beziehungen den dienstfälligen Kollegen vorzieht.

Am 18. Juli d. J. gab er einer ganzen Partie von einer turnusmäßigen Tour frei, dafür mußte die zweite Reserve, welche bereits vier volle Nächte Dienst hinter sich hatte, die Züge 169 und 170 fahren.

Durch diese Dienstleistung war die genannte Partie nicht weniger als fünf Nächte hintereinander im Dienste. Um Abstellung derartiger unzulässiger Dienstkommandierungen wird gebeten.

Das Zugspersonale in Landeck.

An die Betriebsleitung der Stauding-Stramberger Eisenbahn.

Ist einer löblichen Betriebsleitung bekannt, daß mehrere der provisorischen Bediensteten, die in der Antwort vom 28. Juni d. J. versprochene Lohnhöhung bis heute nicht erhalten haben und warum? Ferner verkehren auf unserer Strecke zwischen einzelnen Stationen Maschinen ohne jede vorherige zuverlässige Verständigung, ohne Abweisung und ohne Begleitung, ja selbst ohne jeden Samdenpass.

Wir bringen dies im Interesse des Dienstes und Sicherheit des Verkehrs der löblichen Betriebsleitung zur Kenntnis und erwarten baldigste Regelung und Abhilfe.

An die Verkehrsdirektion der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft in Wien.

Nachdem die Beschwerden und Klagen über das Verhalten des Assistenten Krausdorfer in der Station Wien in Tirol überhandnehmen und dessen unmännliches Benehmen immer unerträglicher wird, so ersucht das gesamte Zugbegleitungs-personale der Station Wien um Entsendung eines unparteiischen Direktionskontrollors zur protokolllarischen Festsetzung der Beschwerden und Einvernahme der Beschwerdeführer.

Das gesamte Zugspersonale in Wien.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Linz.

Die Oberbauarbeiter der Strecke Steyregg erhalten keine Amtsblätter zur Einsicht und Unterschrift. Ueber Anfrage bei ihrem Vorgesetzten Bahnrichter Ammersberger erklärte dieser, daß die Oberbauarbeiter nicht so ausgestattet und gebildet zu sein brauchen und verweigert beharrlich die Einsichtnahme der Amtsblätter.

Um baldige Regelung dieser Angelegenheit wird gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Der Bertsgehilfe Sackinger, Werkmann Dambauer, Werkmann Prohaska und Lokomotivführer Weissensteiner haben im Jahre 1908 dem Offizianten Deurer den Betrag von 1 Kr. übergeben, doch bis heute keine Legitimationen erhalten, während Bedienstete anderer Dienstzweige ihre Legitimationen bereits vor Monaten bekommen haben. Um baldige Erledigung dieser Angelegenheit wird gebeten.

An das k. k. Eisenbahnministerium.

Die Kohlenarbeiter des Heizhauses I in Budweis haben am 17. Februar d. J. ein Gesuch um Abänderung ihres Turnus an das hohe k. k. Eisenbahnministerium im Dienstwege eingeschickt. Da bis heute keine Antwort erfolgt ist, so erlauben sich die Unterzeichneten die höfliche Anfrage, ob das Gesuch eingelangt ist und bitten gleichzeitig um baldige, günstige Erledigung. Die Kohlenarbeiter vom Heizhaus I in Budweis.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Ruffein. Am Donnerstag den 5. August 1909 findet im Gasthaus „zur Gräfin“, um 8 Uhr abends, eine öffentliche freie, für jedermann zugängliche Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Teuerungsvorhältnisse und die Eisenbahner. 2. Eventuelles Referent Genosse Scheibin aus Innsbruck. Eisenbahner, erscheint zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung und bringt eure Frauen mit, damit auch sie aufgeklärt werden über die Teuerung der Lebensmittel.

Gleichzeitig gibt die Ortsgruppenleitung bekannt, daß sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe die Monatsbeiträge bei den Portieren zu leisten haben.

Ortsgruppe Linz a. d. Donau. Da eine vollständige Umgestaltung der Bibliothek unternommen wird, müssen alle Bibliotheksbücher bis 1. August zurückgestellt werden.

Jene Mitglieder, welche noch Bibliotheksbücher haben, wollen dieselben sofort retour stellen, damit die Wiederausgabe nicht verzögert wird.

Zahlstelle Rudig. Die geehrten Mitglieder werden freundlichst ersucht, zu der am 8. August l. J. stattfindenden Monatsversammlung bestimmt und zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher und Interimskarten behufs Revision mitzubringen. Gäste sind willkommen.

Ortsgruppe Budweis. Die nächste Monatsversammlung findet am 8. August l. J. im Vereinslokal „zum roten Herz“, vormittags halb 10 Uhr, statt.

Nachmittag veranstaltet die Ortsgruppe einen Ausflug nach Biechöf. Gemeinsamer Abmarsch um halb 2 Uhr nachmittags vom Vereinslokal.

Ortsgruppe Linz. Am Samstag den 7. August, um halb 8 Uhr abends, findet eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die neuen indirekten Steuern und die Eisenbahner. 2. Die neue Automatik und die Lohnverbesserungen im Linzer Direktionsbezirk. 3. Anträge und Anfragen. Referent: Abgeordneter Genosse Hadenberg aus Wien.

Am Sonntag den 8. August finden zwei Eisenbahnerversammlungen statt, und zwar um halb 9 Uhr vormittags im „Arbeiterheim“ in Mauthausen a. d. Donau, um halb 3 Uhr nachmittags in Kartusch Gasthaus in Pragarten. Tagesordnung: Bericht über die neue Automatik und über die Taglohnaufbesserung sowie Regulierung im Linzer Direktionsbezirk. Referenten: Genossen Weiser und Freischlag aus Linz. Im Interesse der Eisenbahner liegt es selbst, diese Versammlungen massenhaft zu besuchen. Frauen willkommen.

Ortsgruppe Linz. Am 25. Juli l. J. befindet sich unser Vereinslokal im Arbeiterkonsum, Parier (ehemalige Konsumtanzel), wo jeden Sonntag vormittags Diskussionen und Bibliotheksausgabe stattfinden wird. Die Kollegen werden freundlichst ersucht, sich an der Diskussion zahlreich zu beteiligen.

Ortsgruppe Klosterneuburg. Montag den 2. August l. J., um 8 Uhr abends, findet in Straßers Gasthaus, Stadtplatz 6, die Mitgliederversammlung statt. Referent aus Wien.

Gleichzeitig werden jene Ortsgruppenleitungen, welche Vorverkaufstarten zu dem am 4. Juli stattgefundenen Gartenfest übernommen haben, höflichst ersucht, mit dem Kassier Franz Watzl in Klosterneuburg, Stadtplatz 30, rechtzeitig abzurechnen.

Ortsgruppe Haag. Die Genossen werden aufmerksam gemacht, daß vom 1. August an jeden ersten Montag im Monat eine freie Eisenbahnerversammlung stattfinden wird und sind diese Versammlungen stets zahlreich zu besuchen.

Jene Genossen, die durch Krankheit oder sonstige Unglücksfälle gezwungen sind, eine Unterstützung zu beantragen, werden gebeten, die Gesuche selbst, ob mündlich oder schriftlich, einzubringen.

Ortsgruppe Steyr. Die Ortsgruppe Steyr hält Sonntag den 8. August l. J., um 12 Uhr mittags, in Großraming (Wobins Gasthaus) eine Vereinsversammlung ab, wozu die Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Ortsgruppe Dux. Die geehrten Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß die nächste Monatsversammlung am 8. August l. J. abgehalten wird. Weiters bringen wir den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Ortsgruppe Dux zum Sterbefonds beigetragen ist und wurde Genosse Benzel Weber, Bergmannsgasse Nr. 304 in Dux, mit der Einklassierung der Gelder betraut. Diejenigen Genossen, die dem Sterbefonds beitreten, wollen sich beim Genossen Weber melden.

Zahlstelle Zwettl. Bei der am 18. Juli l. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen einstimmig gewählt:

Leopold Moser, Zahlstellenleiter; Franz Haas, Stellvertreter; Anton Sforz, Kassier.

Sämtliche Zuschriften sind an den Zahlstellenleiter Leopold Moser, Vorarbeiter, in Hörmans, Post Groß-Globitz, zu senden.

Ortsgruppe Salzburg. Sonntag den 8. August l. J., um 3 Uhr nachmittags, findet in Jpling, Strohbichlers Gasthaus, eine Eisenbahnerversammlung statt, in der die neue Automatik bei den k. k. Staatsbahnen besprochen wird. Referent aus Wien.

Das gesamte dienstfreie Personal wird im eigenen Interesse ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Hallein. Die Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß am 9. August, um halb 8 Uhr abends, im Gasthaus „zur Angel“ in Hallein eine öffentliche, jedermann zugängliche Staatsdiener-, Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung stattfindet. Referent Reichratsabgeordneter Genosse Hadenberg aus Gmünd. Pflicht der Mitglieder ist es, daß sie für einen Massenbesuch sorgen.

Weiters werden die Mitglieder ersucht, mit den Mitgliedsbeiträgen nicht im Rückstand zu bleiben, da wir in Zukunft genau nach Statut vorgehen werden.

Ortsgruppe Gries-St. Andrä. Am 11. August l. J., um 8 Uhr abends, findet im Arbeiterheim, Via Boschetto 6, die halbjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt.

Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, bestimmt und pünktlich am Platz zu sein.

Ortsgruppe Bodenbach. Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, ihre Monatsbeiträge regelmäßiger zu entrichten. Diejenigen, welche mit ihren Beiträgen länger als drei Monate im Rückstand sind, werden aufgefordert, dieselben bis längstens 15. August zu begleichen, da wir sonst gezwungen wären, nach §§ 6, 7 und 9 vorzugehen.

Ortsgruppe Pilsen. Im Monat August werden die Vereinsversammlungen nachstehend abgehalten: Die Mitglieder- und Eingabungsversammlung findet Montag den 2. August, um 8 Uhr abends, im Vereinslokal, im Gasthaus „Juna“, statt. Die Ausgabungsversammlungen, bei welchen sich auch die Mitglieder zahlreich beteiligen können, finden am Montag den 9. und 23. August, um 8 Uhr abends, statt, wobei auch Eingabungen der Mitgliedsbeiträge entgegengenommen werden von halb 7 bis 8 Uhr abends.

Ortsgruppe St. Peter in Krain. Die diesjährige Generalversammlung findet am 8. August l. J., um 2 Uhr nachmittags, im Gasthaus „zur Stadt Gume“ (Laurence) statt und werden die Kollegen ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Gleichzeitig gibt die Ortsgruppe bekannt, daß von nun an die Versammlungen im neuen Vereinslokal, Gasthaus „zur Stadt Gume“, stattfinden werden und wollen die Kollegen dieses Gasthaus bei ihren Besuchen und dienstlichen Reisen jederzeit berücksichtigen.

Briefkasten der Redaktion.

Zur Beachtung an alle, die an die Redaktion schreiben. 1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tu dies rasch und schicke es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Bräsen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders die Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.

4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Josif Neumayer, Offiziant der k. k. Staatsbahn in Penzing. Da Sie die ganze Sache einen Schmarren angeht, so machen Sie sich durch Ihre vorwichtige Berichtigung als auch durch Ihre ausgerechnete Entrüstungskomödie einfach lächerlich, ja sogar sehr verdächtig.

Lesen Sie einmal das Preßgesetz aufmerksam durch und Sie werden mit Entsetzen gewahr werden, welchen Unfuss Sie begangen haben.

Interate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. Immer geartete Verträge ausantwortung.

Fertige Betten. Ein Schwanz. aus bestem Bettinlett, gut gefüllt, 1 Duzent ober 1 Unterbett 180 cm lang, 116 cm breit, 10, 12, 15 und 18 Kr., 200 cm lang, 140 cm breit, 13, 15, 18 und 21 Kr. 1 Kopfkissen 80 cm lang, 58 cm breit, 8 Kr., 2-50 und 4 Kr., 90 cm lang, 70 cm breit, 8 Kr., 4-50 und 8 Kr. 5-50. Unterfertigung auch nach jeder beliebigen Maßgabe. Dreiteilige Daarmatrassen auf ein Bett 27 Kr., bessere 35 Kr. Perlauftrank per Nachnahme von 10 Kr. aufwärts. Umtausch und Rücknahme gegen Vorabfertigung gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 908 bei Pilsen (Böhmen).

Nebenverdienst für Herren und Damen jeden Standes durch Uebernahme hochlohnender Vertretung. Hausindustrie schriftlich. Nebenverdienst häuslich gewerblicher Arbeit zc. Prospekte gratis. Reform-Verlag, Großschönau Nr. 30 in Sachsen.

Achtung! Eisenbahner! Achtung! Es dient den Genossen von Berlin und Umgebung zur Kenntnis, daß ich die Acquisition für unsere Eisenbahner-Versicherungs-, Spar- und Vorzugsinstitut „Eisengrab“ mit heutigem Tage übernommen habe. Eine einfache Zuschrift genügt, um jeden Parteigenossen die hierfür nötige Unterstützung mit größter Bereitwilligkeit zu geben. Um zahlreichen Zuspruch bitten, zeichne ich mich als Vertrauensmann obigen Institutes.

Nachruf. Die Ortsgruppe Laibach ruft den nach Bozen veretzten Genossen Oberkonduktoren Jakob Uršič und Alois Osk. sowie dem nach Leoben veretzten Oberkondukteur Franz Luzer ein herzlichstes Bebevolh zu. In der Ueberzeugung, daß die veretzten Genossen auch in der Ferne den Parteiprinzipien treu bleiben, empfehlen wir sie den Genossen der genannten Orte auf das wärmste.

Beste böhmische Bezugsquelle Billige Bettfedern! 1 kg grane, gute, gefüllene K 2-; bessere K 2-40; prima halbweiße K 2-80; weiße K 4-; weiße, flaumige K 5-10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, gefüllte K 6-40, K 8-; 1 kg Daune (Kraun), grane K 6-; K 7-; weiße, feine K 10-; allerfeinster Weißkraun K 12-; Bei Abnahme von 5 kg franco aus nächstem roten, weißen oder gelben Rankig, 1 Duzent, 180 cm lang, 116 cm breit, mit samt 2 Kopfkissen, jede 80 cm lang, 58 cm breit, gefüllt mit neuem Kraun, sehr dauerhaften, saunigen Verstecken K 10-; Halbdaunen K 20-; Daunen K 24-; einzelne Duzente K 12-; K 12-; K 14-; K 16-; Kopfkissen K 3-; K 5-08 K 4-; Kopfkissen, 180 cm lang, 140 cm breit, K 4-; K 12-80, K 21-; Kopfkissen, 90 cm lang, 50 cm breit, K 4-50, K 6-50, K 8-70; Unterfertigung, Kinderbetten, Ueberzüge, Decken und Matrasen zu billigen Preisen. 5 Pfand gegen Rücknahme von K 12- an franco. Umtausch oder Rücknahme franco abhätet. Für Nachbestellen Geld retour. Auslands Briefe K 10- und franco S. Benisch in Doseowitz Nr. 158, Böhmerwald.

Kaufe bei Kraus

wer edle schöne Leinwand schätzt!

- 1 Stück Prima Hemdchiffon 84 Ztm. breit, 20 Meter lang K 9[—]
- 1 beste Rumburger 88 " " 23 " " 13[—]
- 1 Krauswebe Nr. 57 84 " " 28 " " 17[—]

Krauswebe ist ein weisser Wäschestoff von unbegrenzter Haltbarkeit u. wunderbarer, feinsten Qualität.

1 Dtzd. Leinwandhändtücher, weisse, 48x115 Ztm. gross, K 5⁵⁰.

Leintücher ohne Naht

aus bester Flachleinwand, 6 Stück 150x200 Ztm. gross, K 13²⁰, oder 150x225 Ztm. gross, K 14⁸⁸.

1 Dtzd. feine, reinleinen Taschentücher 48x49 Ztm. gross, K 6[—].

Jede Art gediegener Leinwand für Haushalt und Ausstattung, waschechte Neuheiten in Zephyren, Oxford u. s. w. versendet gegen Nachnahme, für Nichtpassendes Geld zurück.

Mechanische Weberei u. Leinwandfabrik
JOS. KRAUS, Nachod VII, Böhmen.

Musterbuch gratis!

Um meine Waschmaschinen à 24 Kronen

mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselben zu obigem billigen en gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Ziel 3 Monat! Durch Seifenersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Grösste Arbeiterleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! — Schreiben Sie sofort an:

Paul Alfred Goebel, Innsbruck, Postfach.

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation zuzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

Druckarbeiten jeder Art

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
Stvoboda & Co.

Druckerei des „Eisenbahner“ und vieler anderen sozialdemokratischen Blätter, vieler Arbeiterorganisationen und Vereine
Wien, VI. Mariahilferstrasse 89A.

Zur gef. Beachtung! Jeden Samstag von 12 Uhr Mittags an geschlossen!

Billige böhmische Bettfedern!

5 Kilo neue, gefüllte Nr. 900, bessere 12 Kr., weiße baumwollene, gefüllte 18 und 24 Kr., schwarze baumwollene, gefüllte 50 und 66 Kr. Versand franco per Nachnahme. Unentgeltlich und Rücknahme gegen Porto-Verantwortung gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobos Nr. 170 bei Pilsen (Böhmen).

Die echten Original-Tigerdecken sind für jeden sparsamen Haushalt geradezu unentbehrlich, weil dieselben für jeden Zweck brauchbar sind.
Gesetzlich geschützt Nr. 5355.

Klischee und Text gesetzlich geschützt.

Sommer-Tiger-Schlafdecken

Grösse zirka 124x200 cm, Gewicht zirka 1000g per Stück K 2⁸⁰. Gesäumt, fertig zum Gebrauch, langjährig bewährte, sehr haltbare, wollige und kräftige Decke bester Qualität. Solide, prachtvolle Muster. Ein Postpaket = 4 Stück Decken liefert portofrei. Kein Risiko! Bei Nichtgefallen nehme Decken zurück und zahle Geld retour. Ungezählte Anerkennungen und Tausende von belangreichen Nachbestellungen.

Drei Belobungsschreiben:

Es wundert mich, dass es Ihnen möglich ist, für einen derart niedrigen Preis solche elegante Decken zu liefern.
Postassistent Weiss in F.

Die vor zwei Jahren erhaltenen 125 Stück Tigerdecken haben sich bei allen Kollegen als haltbar und waschecht erwiesen. Die jetzt erhaltenen 80 Stück sofort vergiffen, so dass ich heute sofort 30 Tiger... bestellen kann. Wer sieht, kauft sofort.
O. N., Briefträger in Ch.

Die in den Vorjahren von Ihnen bezogenen Tigerdecken sind unzweifelhaft und haben als eine gute Ware bei meinen Abnehmern allgemeine Anerkennung gefunden.
O. Bährle, Bahnbeamter I. P.

Ein Zeichen der Reellität ist das grosse Renommee meiner Firma, denn nicht weniger als zirka 30.000 Kunden aus den Kreisen der Herren Eisenbahn- und Postbeamten zählen zu meinen Abnehmern.

Theodor Müller, Versandgeschäft Warnsdorf in Böhmen.

Vorlangen Sie bitte Preislisten, dieselben sende portofrei.

Bei Bestellung von 2 Paketen franko

Einzig vorzügliche Kaufgelegenheit für Händler und Hausierer in Schnittware. Versand auch an Private.

40 bis 45 Meter Reste um nur 15 Kronen

Blusenstoff (Englisch-Zephir), 80 Ztm. breit, neueste, zarte Muster; Modozephyre für Kleider, Blusen u. Hemden; Kanovas für Bettüberzüge (lebhaft Farben); Oxford für Männerhemden (ausserst dauerhafte Qualität); Prime waschechter Flanel für Damen- und Herrenwäsche, Blandruck für Küchenschürzen und Hauskleider. Restenlänge 6 bis 15 Meter. Garantiert fehlerfrei, garantiert waschecht und beste Qualität. Der Betrag wird sofort retourniert, falls die Ware nicht gefällt, und das Paket unfrankiert retourniert.

Mindestabnahme 1 Postpaket (40 bis 45 Meter) per Nachnahme. Bei der Bestellung kann auch das gewünschte Sortiment angegeben werden.

Leinenweberei S. Stein in Nachod, Böhmen.

Weiters offeriere ich hochprima zu feinsten Wäsche und Brautausstattung gebleichte Rumburger Leinwand und gebleichten Radl für Unterwäsche. 40 Meter, nach Wunsch sortiert, K 18⁵⁰.

Gelegenheitskauf 3 Monate Kredit!

Diese hochfeine, echt silb. Remontoir-Herrn- u. Damen- u. Kinder- u. Dampf- u. Wellenbad. Diese hochfeine, echt silb. Remontoir-Herrn- u. Damen- u. Kinder- u. Dampf- u. Wellenbad. Diese hochfeine, echt silb. Remontoir-Herrn- u. Damen- u. Kinder- u. Dampf- u. Wellenbad.

Verwendbar als: Wellen-, Voll-, Sitz-, Kinder- u. Dampfbad.

Keine mit Silberbronze überpinselten und gelöteten Nichte und Füsse, sondern geschweisete Nichte, vernietete Füsse, im Vollbad verzinkt. :: Broschüre gratis. :: Versand franco und verpackungsfrei. :: Garantie. :: Anstandslos Zurücknahme. ::

Feststehende Wannen von K 35[—] an, Wannen mit Gasheizung, fahrbare Wannen, Wannen mit Schwitzeinrichtung, Sitzwannen etc. empfiehlt

BERNH. HÄNNER, Fischern bei Karlsbad Nr. 237.

Vertreter gesucht. Vertreter gesucht.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise des Beileids und der aufrichtigen Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Gattin und Mutter Marie Marie... sei hiermit allen der beste Dank zum Ausdruck gebracht. In- und auswärts fühle ich mich verpflichtet, allen sich so sehr an dem Leidensgenuss beteiligten, ebenso für die vielen Anspannen meinen aufrichtigsten Dank auf diesem Wege anzukündigen.
S. P. o. r. i. s., am 11. Juli 1909. Josef Maibner.

1200 Dutzend fertig gesäumte Prima-Leintücher ohne Naht

150 Ztm. breit und 2 Meter 25 Ztm. lang, garantiert Leinen, aus den edelsten Leinwandgarnen verarbeitet, für die feinsten Brautausstattungen verwendbar, werden infolge Reduzierung der Produktion um

2 Kronen 80 Heller

pro Stück abgegeben. Mindestabnahme 6 Stück gegen Nachnahme. Meinen geehrten Kunden diene zur Kenntnis, dass nach beendigter Inventur wieder zirka 400 Meter der bestbewährten, feinsten, am Rasen gebleichten, fehlerfreien

Rumburger Leinenreste

in Restenlängen von 6 bis 12 Metern à 50 Heller, ausgewählte Reste von 12 bis 18 Meter Länge à 55 Hellern pro 1 Meter abzugeben sind. Für Dauerhaftigkeit leiste auch diesmal die vollste Garantie. Der Versand geschieht, solange der Vorrat reicht, nur in 5 Kilogramm-Paketen (zirka 40-45 Meter) per Nachnahme. Achtung! Für Nichtpassendes sende sofort Geld retour, daher kein Risiko.

S. Stein, Leinenweberei, Nachod in Böhmen

Nicht einen Heller kostet Sie meine Instruktion, wie man Brüche heilt. Viele Dankschreiben. Schreiben Sie sofort an **C. Wallner, Spezialist, Wien, VII. Mariahilferstrasse 78/21**

Günstiger Gelegenheitskauf

für Händler und Hausierer mit Schnittwaren; sende auch an Private: **40-45 Meter à K 15[—]**

fortiert. Stoffe auf Blusen, 78 Ztm. breit, feine neueste Mode-Deffins, Seiden- und Wollstoffe, vorzügliche tolle Damenleinenwand, Kanovas, Bettzeug, Oxford für Männerhemden, Frauenhöschenstoffe, Handtücher, Blausätze auf Schürzen und Casuelkleider, hübsche moderne Deffins. Bestenlänge 6-10 Meter.

Garantiert ohne jeden Fehler und schiffbar, nur in prima Qualität. Für Nichtpassendes sende ich sofort das Geld retour. Mindestabnahme: 1 Postpaket, 40-45 Meter gegen Nachnahme franko

Leinenweberei KARL KOHN, Nachod, Böhmen.

Wilhelm Beck & Söhne

k. u. k. Hof-Uniformierungsanstalt u. Uniformsortenfabrik.

Uniformen, Kappen, Uniformsorten, Pelze, Pelzblusen und Zivilkleider.

ZENTRALWARENHAUS: WIEN, VII.1, Langgasse Nr. 1. FABRIK: WIEN, VI.2, Hirschengasse Nr. 25.

FILIALEN:

SARAJEVO u. BUDAPEST. INNSBRUCK, Burggraben 21. LEMBERG, Walowa 11 etc. etc.

Preiskataloge und Massanleitungen gratis. — Provinzaufträge werden sofort effektiert.

Unentbehrlich für jeden Herrn Eisenbahner

ist eine gute Dienstuhr wer also eine solche sich aneignen will, der schreibe an

Adolf Zirka, Uhrmacher in Krumnau a. d. Moldau.

um **Doxauhr**, welche sich in eine Doxauhr, den Kreifen der Herren Eisenbahner allgemeiner Beliebtheit erfreut.

Preis einer Doxauhr wie Abbildung im Metallgehäuse, oxydiert, zahlbar in 10 Monatsraten **26 Kr.**, dieselbe im glatten Nickelgehäuse **22 Kr.**, gegen bar 10 Prozent Nachlaß.

8 Tage zur Probe.

Neueste Musikpendeluhr mit Schlagwerk, Wecker u. Musik

in prachtvollem Natur-Nussbaum, farb. Kasten, 75 cm hoch, schlägt halbe und ganze Stunden, weckt und spielt die schönsten Musikstücke zur beliebigen Stunde und verfährt sich, die Uhr i. normal 8 Tagen franko unbeschädigt retour zu nehmen und den Betrag ohne jeden Abzug retour zu senden. Preis per Stück K 14[—]. Ohne Musik K 10[—]. 3 Jahre schriftl. Garantie, Versand per Nachnahme.

Erste und grösste Uhren-Niederlage MAX BÖHNEL

Wien, IV., Margarethenstrasse 27/9.

Nickel-Roskopf-Uhr K 3[—], Silber K 7[—], Omega K 18[—], Silberkette K 3[—], Golduhr K 18[—], Goldkette K 20[—], Goldring K 5[—], Wecker K 2[—]. Verlangen Sie meinen grossen Preiskurant mit 5000 Abbildungen, welcher jedermann umsonst franko zugesendet wird.

MÖBEL Aufruf an die Herren Eisenbahner!

Wiens beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen althabende, o langjährig bestehende o

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schawarda) polsterte Zimmereinrichtungen à Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Kücheneinrichtungen von Kr. 34 aufwärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 240. — Moderne Kücheneinrichtungen, grau, weiß, grün, à Kr. 70. — Einzelne Gegenstände billigst in großer Auswahl. Kleine Preisliste für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Briefmarken franco.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bestellen Wiens kostenfrei. Um meine P. L. Kunden vor Schäden zu warnen! durch Zerschlagung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konturrenne meine Hausnummer als Preis misbraucht, um meine P. L. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsort.

Requir. Schup. Sie sind erst dann im richtigen Geschäft, wenn Sie meine markt. Eisen-Schuhmarke „Eisenbahndiener“ in Lebensgröße in Bahnkonduktoren.

Anerkennungsschreiben:

Bin mit Ihren bisherigen Sendungen sehr zufrieden.
Salzburg. Alois Seber, Lokomotivführer.

Teile Ihnen mit, daß ich mit den Möbeln sehr zufrieden bin. Werde Sie bei jeder Gelegenheit bestens rekommeniieren.
Innsbruck. Karl Kott, Kondukteur.

Habe die Möbel in gutem Zustande erhalten; bin damit zufrieden. Sie stets bestens rekommeniierend Bözen. Leo Brandstätter, Kondukteur.

Grässlich

habe Preise werden oft für Herren- und Damenstoffe bezahlt. Dies können Sie nur vermeiden, wenn Sie direkt zur Tuchfabrikfabrikanten. Verlangen Sie daher kostenlose Zueignung meiner reichhaltigen Herbst- und Winter-Musterkollektion. Führe nur erstklassige Zeugnisse und aparte Saisonneuheiten.

Tuch-Versandhaus FRANZ SCHMIDT
Jägerndorf 76 (Oest.-Schles.)

Vorzüglichen Wein,

garantiert naturweh, von den berühmtesten Weingebenden und zwar Liffaner, rot, zu 40 Hellern | Dessertwein, Liffaner, weiß, zu 44 Hellern |
Dalmatiner, rot, zu 32 Hellern, Dalmatiner, weiß, zu 40 Hellern. Saffiger (Opello) zu 36 Hellern, Istrianer, rot, zu 24 und 26 Hellern, Istrianer, weiß, zu 36 Hellern, Terano, gerebott I, zu 36 Hellern, Muscato, weiß oder rot, hochfein zu 56 Hellern, verwendet in Weiszfässern von 56 Liter aufwärts ab Station Pola per Nachnahme die Weingroßhandlung N. Kaudasin, Pola. NB. Weinmutter auf Verlangen sofort gratis.

Herausgeber: Josef Tomschik. — Verantwortlicher Redakteur Franz Liff.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Stvoboda & Co. Wien, VI., Mariahilferstrasse 89A.